

Beteiligentransparenzdokumentation

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 6/6963)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 16. Dezember 2023

1. Drucksache

Gesetzentwurf

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes – Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Im Geltungsbereich des Thüringer Waldgesetzes hat sich folgender Anpassungsbedarf ergeben: Ein verstärkter Aufkauf von Waldflächen durch forstwirtschaftsfremde Investoren ist in Thüringen festzustellen! Außerdem kann das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht umgangen werden, wenn Land- und Forstflächen gemeinsam verkauft werden. Die Eigentumsstrukturen im Privatwald mit einer durchschnittlichen Eigentumsgröße von 1 ha, meist verteilt auf mehrere Flurstücke, erschweren immer stärker die ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung. Die größten ungenutzten Holzvorräte Thüringens befinden sich im Kleinprivatwald und können von Eigentümern, die ein Interesse an der Bewirtschaftung ihrer Flächen haben, nur schwer genutzt werden, da oft nicht genügend schlagbares Holz für einen wirtschaftlichen Einsatz von Forsttechnik auf den kleinen Waldflächen zusammen kommt.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind immer stärker spürbar. Massenentwicklungen des Borkenkäfers kann vor allem im Kleinprivatwald nicht hinreichend begegnet werden. Die bisherige Geschwindigkeit des Waldumbaus hin zu trockenheits- und sturmresistenten Wäldern reicht nicht aus um die Existenz von Wäldern, gerade auf ungünstigen Standorten, zu sichern.

Kommunalwaldverkäufe allein zum Zweck der Haushaltskonsolidierung konnten mit der bisherigen Regelung des Waldgesetzes nicht verhindert werden.

Die Regelungen zum Reiten und Radfahren im Wald haben sich nicht bewährt. Die Bestimmungen zum Gemeinschaftseigentum der Mitglieder einer Waldgenossenschaft müssen in Folge des Beschlusses des Thüringer Oberlandesgerichtes vom 04. April 2018 (3 W 17/18) neu geregelt werden.

B. Lösung

- Ein Vorkaufsrecht bei Waldverkäufen für die Thüringer Landgesellschaft als gemeinnützige Siedlungsgesellschaft wird analog des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts formuliert.

- Der dem Klimawandel angepasste Umbau des Waldes wird als Aufgabe verankert.
- Das Tätigwerden der unteren Forstbehörde aus Forstschutzgründen wird erleichtert.
- Die Genehmigung zur Waldwegebenutzung durch Reiter und Radfahrer wird ohne daraus resultierende Verkehrssicherungspflichten erteilt.
- Die Vorgaben für den Verkauf von Kommunalwald werden konkretisiert.
- Die Frist zur Aufforstung von Kahlflächen wird auf 5 Jahre angehoben.
- Es werden Regelungen zur Eintragung der Waldgenossenschaften im Grundbuch ohne namentliche oder zahlenmäßige Eintragung der Mitglieder getroffen. Die Untersetzung erfolgt in Anteilsbüchern, für deren Anlegung und Führung die allgemeinen grundbuch- und kostenrechtlichen Bestimmungen gelten.

C. Alternativen

Zur Verbesserung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten im Kleinprivatwald kann eine bessere Unterstützung der Bildung von Waldgenossenschaften und Forstbetriebsgemeinschaften erfolgen. Durch Flurneuordnungsverfahren lassen sich Grundstücke zusammenlegen.

Zur Umsetzung der notwendigen Forstschutzmaßnahmen und der Vorgaben zur Wiederaufforstung in Folge der witterungsbedingten Waldschäden aus dem Jahr 2018 können zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

D. Kosten

Für den im Zuge des fortgeschrittenen Klimawandels notwendigen Waldumbau sollen zusätzliche Mittel im Landeshaushalt eingestellt werden. Der Bedarf ist jedoch in den nächsten Jahren noch gering, da erst Voraussetzungen wie Saatgutgewinnung und Anzucht von geeigneten Pflanzen geschaffen werden müssen. In der nächsten Förderperiode der EU kann die Möglichkeit einer ELER- Finanzierung geschaffen werden. Die Vorgabe der Fördertatbestände „Pferderückung“ und „40m-Gassen-Bewirtschaftung“ muss für die nächste Förderperiode der EU angemeldet werden.

Durch die Streichung der Verpflichtung zur Reitwegeausweisung werden Abstimmungs- und Beschilderungskosten bei ThüringenForst eingespart.

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Thüringer Waldgesetz in der Fassung vom 18. September 2008 (GVBl. S. 327) „zuletzt geändert durch Artikel 50 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 GVBl. S. 731, wird wie folgt geändert:

1. § 6 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt geändert:

aa) Die bisherigen Sätze 1 und 2 werden durch folgende Sätze 1 bis 3 ersetzt:

„Fahren mit Krankenfahrrädern sowie mit Personenkraftwagen, deren Fahrer bzw. Mitfahrer im Besitz einer Sonderparkgenehmigung für Schwerbehinderte sind, ist auf befestigten Wegen erlaubt. Reiten und Radfahren ist auf festen und befestigten Wegen sowie auf Straßen gestattet. Gesonderte Verkehrssicherungspflichten für den Waldbesitzer ergeben sich daraus nicht.“

bb) Die bisherigen Sätze 3 und 4 werden aufgehoben.

cc) Der bisherige Satz 5 wird Satz 4 und erhält folgende Fassung:

„Das Fahren mit Kutschen ist auf befestigten Wegen und Straßen erlaubt.“

dd) Der bisherige Satz 6 wird aufgehoben.

b) Absatz 9 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Das Nähere zum Betreten des Waldes und zur sportlichen Betätigung regelt die oberste Forstbehörde durch Rechtsverordnung; die Aufwendungen für das einheitlich zu kennzeichnende Wanderwegenetz sind einvernehmlich zwischen der obersten Forstbehörde und dem für Finanzen zuständigen Ministerium abzustimmen.“

2. In § 11 Absatz 5 Satz 1 werden die Worte „Schutzmaßnahmen, die ihrer Art nach nur für mehrere Waldbesitzer gemeinsam getroffen werden können,“ gestrichen.

3. § 17 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung :

„Den Gemeinden, dem Land und der Thüringer Landgesellschaft steht das Vorkaufsrecht an Waldgrundstücken und teilweise bewaldeten landwirtschaftlichen Grundstücken in dieser Reihenfolge zu.“

b) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Die Landesregierung wird ermächtigt, das Nähere zum Vorkaufsrecht in einer Verordnung zu regeln.“

4. §23 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird die Angabe „drei“ durch die Angabe „fünf“ ersetzt.

bb) Folgender Satz 3 wird angefügt:

„Bei flächendeckender Naturverjüngung innerhalb der fünf Jahre ist keine Wiederaufforstung nötig“.

b) Absatz 2 wird aufgehoben.

c) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 2 und 3.

5. §24 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„Waldumbau; Erhaltung der Waldbestände; Kahlschläge“

b) Folgender neue Absatz 1 wird eingefügt:

„(1) Die Stabilität der Waldbestände ist vor dem Hintergrund des Klimawandels zu sichern. Dazu sind geeignete Baumarten in ausreichender Dichte vor allem in reine Fichtenwälder und nicht standortgerechte Wälder einzubringen. Zur Finanzierung dieser Aufgabe stellt das Land angemessene finanzielle Mittel nach Maßgabe des Haushalts zur Verfügung. Das für Forsten zuständige Ministerium wird ermächtigt, das Nähere durch Rechtsverordnung zu regeln.“

c) Die bisherigen Absätze 1 bis 8 werden die Absätze 2 bis 9

6. § 27 Absatz 3 Satz 2 wird wie folgt geändert:

- a) in Nummer 11 wird das Wort „und“ durch ein Komma ersetzt.
- b) in Nummer 12 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt
- c) es werden folgende neue Nummern 12 bis 14 angefügt:

„12. Waldbewirtschaftung mit einem Rückegassenabstand von mindestens 40m,

13. Pferderückung und

14. Beseitigung von durch Waldbrände entstandene Schäden.“

7. § 29 wird aufgehoben.

8. § 33 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Veräußerung von Körperschaftswald ab 1 ha Größe bedarf der Genehmigung der obersten Forstbehörde. Die Veräußerung soll genehmigt werden:

- wenn der Verkauf der Arrondierung des kommunalen Forstbetriebes dient und die Einnahmen zweckgebunden für den Ankauf von Waldflächen verwendet werden, dazu ist eine Rücklage zu bilden;
- wenn die Belange des Allgemeinwohls überwiegen oder
- der Wald an eine andere Kommune, die Landesforstanstalt oder die Stiftung Naturschutz Thüringen verkauft wird.

Der Verkauf von Kommunalwald zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung ist nicht zu genehmigen.“

9. § 54 erhält folgende Fassung:

„§ 54
Grundbuch

(1) Zum Gemeinschaftseigentum der Mitglieder einer Waldgenossenschaft gehörende Grundstücke sind im Grundbuch in der Weise einzutragen, dass sie der aus den Mitgliedern der namentlich zu bezeichnenden Waldgenossenschaft gebildeten Gesamthandsgemeinschaft zustehen. Eine namentliche oder zahlenmäßige Eintragung der Mitglieder der Waldgenossenschaft und ihrer Anteile erfolgt nicht.

(2) Die oberste Forstbehörde ist auf Antrag der Waldgenossenschaft befugt, das Grundbuchamt um Eintragungen, Löschungen und Berichtigungen zu ersuchen.“

10. Nach § 54 werden die folgenden §§ 54 a und 54 b eingefügt:

„§ 54 a Anteilsblätter

- (1) Über die Anteile der Mitglieder einer Waldgenossenschaft an der Gesamthandsgemeinschaft werden auf Ersuchen der obersten Forstbehörde oder auf Antrag eines Antragsberechtigten Anteilsblätter angelegt, für deren Anlegung und Führung die allgemeinen grundbuch- und kostenrechtlichen Bestimmungen entsprechend gelten, soweit sich nicht aus diesem Gesetz etwas anderes ergibt; das Anteilsblatt ist für den Anteil als Grundbuch im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches anzusehen. Im Übrigen gilt § 54 Abs. 2 für Eintragungen, Löschungen und Berichtigungen in den Anteilsblättern entsprechend.
- (2) Anteilsblätter sind unter Angabe des Namens und des Sitzes der Waldgenossenschaft als solche zu bezeichnen; Anteilsblätter zu derselben Waldgenossenschaft sollen fortlaufende Nummern erhalten. In das Bestandsverzeichnis des Anteilsblatts ist die Höhe des Anteils an der Gesamthandsgemeinschaft unter namentlicher Bezeichnung der Waldgenossenschaft aufzunehmen. Soweit das Ersuchen ausweist, dass ein Anteilsinhaber nicht zur ermitteln ist, ist der letzte bekannte Anteilsinhaber einzutragen und als solcher zu bezeichnen.
- (3) Bei der Bildung eines Briefs über ein Grundpfandrecht an einem Anteil an der Gesamthand ist kenntlich zu machen, dass der belastete Gegenstand ein Anteil an einer Gesamthandsgemeinschaft ist.
- (4) Die Anlegung und Führung der Anteilsblätter obliegt den Grundbuchämtern bei den Amtsgerichten. Örtlich zuständig für die Führung der Anteilsblätter ist das Amtsgericht am Sitz der Waldgenossenschaft.

§ 54 b Mitwirkung der Waldgenossenschaft

- (1) Die Waldgenossenschaften sind verpflichtet, auf Verlangen der obersten Forstbehörde als Textdatei zu erstellen:
 1. ein Verzeichnis der zur Gesamthand gehörenden Grundstücke (Bestandsverzeichnis);
 2. ein Verzeichnis der Mitglieder der Gesamthand mit Namen, Anschrift, Geburtsdatum und der Höhe des jeweiligen Anteils (Anteilsverzeichnis).

Ist der Inhaber eines Anteils nicht zu ermitteln, ist dies in dem Verzeichnis mit dem Vermerk „unbekannter Inhaber“ unter Benennung des letzten bekannten Anteilsinhabers auszuweisen.

- (2) Die Waldgenossenschaft hat die Verzeichnisse vor der Übermittlung an die oberste Forstbehörde für die Dauer von vier Wochen zur Einsichtnahme durch ihre Mitglieder und sonstige Personen, die ein berechtigtes Interesse an der Einsichtnahme haben, auszulegen. Die Auslegung des Verzeichnisses ist unter

Hinweis auf die Auslegungsfrist, die Möglichkeit zur Geltendmachung von Einwendungen und darauf, dass das Verzeichnis die Grundlage eines Eintragungsersuchens der obersten Forstbehörde bei neu anzulegenden Anteilsblättern bilden kann, in ortsüblicher Weise und im Amtsblatt des Landkreises öffentlich bekanntzumachen. Zudem ist das Anteilsverzeichnis mit den vorgenannten Hinweisen spätestens mit Beginn der Auslegung den bekannten Mitgliedern der Waldgenossenschaft zu übermitteln, soweit diese nicht auf eine Übermittlung verzichten. Nach Ablauf der Auslegungsfrist übermittelt die Waldgenossenschaft die Verzeichnisse an die oberste Forstbehörde, wenn gegen die Verzeichnisse keine Einwendungen geltend gemacht wurden. Wurden Einwendungen geltend gemacht, wirkt die Waldgenossenschaft auf die Beilegung der Einwendungen hin und legt die Verzeichnisse der obersten Forstbehörde vor, sobald keine Einwendungen mehr fortbestehen. Die oberste Forstbehörde kann die Verzeichnisse als Grundlage für Ersuchen an das Grundbuchamt verwenden."

11. § 62 wird aufgehoben.

12. § 66 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird aufgehoben.

b) Die bisherigen Nummern 4 bis 24 werden die Nummern 3 bis 23.

13. Die Inhaltsübersicht wird den vorstehenden Änderungen angepasst

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am ersten Tag des zweiten auf die Verkündung folgenden Kalendermonats in Kraft.

Begründung:

Zu Nummer 1 (Änderung § 6)

Zu Absatz 3: Reiten und Radfahren wird auf festen und befestigten Wegen sowie auf Straßen erlaubt, die Pflicht zur Reitwegeausweisung sowie zur Pferdekennzeichnung entfällt. Das Fahren mit Kutschen wird auf befestigten Wegen und Straßen erlaubt. Die Änderung erfolgt, weil sich die frühere Regelung, Reiten und Kutsche fahren nur auf ausgewiesenen Wegen Straßen zu erlauben sowie Pferde zu kennzeichnen, nicht bewährt hat und kaum noch vollzogen wird. Wegeschäden durch Pferde oder Kutschen sowie die unzumutbare Beeinträchtigung anderer Wegenutzungen kann mit Paragraph 6 Absatz 4 ausreichend Rechnung getragen werden.

Zu Absatz 9 Satz 1: Folgeänderung in Folge des Wegfalls der Pferdekennzeichnung.

Zu Nummer 2 (Änderung § 11)

Vor dem Hintergrund der drohenden Borkenkäfermassenvermehrung wird die Einschränkung, dass ThüringenForst nur Schutzmaßnahmen selbst durchführen kann, wenn sie ihrer Art nach nur für mehrere Waldbesitzer gemeinsam getroffen werden können, gestrichen. Damit kann die Anstalt öffentlichen Rechts auch handeln, wenn nur einzelne Waldbesitzer Schutzmaßnahmen durchführen müssten.

Zu Nummer 3 (Änderung § 17)

Es wird ein Vorkaufsrecht für land- und forstwirtschaftliche Betriebe analog des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts eingeführt, um die Betriebsstruktur, vor allem im zersplitterten Kleinprivatwald zu verbessern.

Zu Nummer 4 (Änderung § 23)

Durch die Neuregelung muss eine Wiederaufforstung nur noch durchgeführt werden, wenn nach fünf Jahren keine flächendeckende Naturverjüngung vorhanden ist.

Zu Nummer 5 (Änderung § 24)

Der Waldumbau zur Anpassung an den Klimawandel wird künftig eine gesetzliche Aufgabe. Da es sich dabei um einen langfristigen Prozess handelt, in dem standortangepasstes Saatgut und geeignete Pflanzen bereitgestellt und zu geeigneten Zeiten in den Wald eingebracht werden müssen, ist auch eine gesetzlich vorgeschriebene Finanzierung notwendig.

Zu Nummer 6 (Änderung § 27)

Als weitere, förderungswürdige Maßnahmen des Landesförderungsprogramms sind künftig die Waldbewirtschaftung mit mindestens 40 m Rückegassenabstand, die Pferderückung und die Beseitigung von Waldbrandschäden zu berücksichtigen.

Zu Nummer 7 (Änderung § 29 Aufhebung)

Das Risiko von Waldbränden hat durch den Klimawandel deutlich zugenommen. Da vom Waldbesitzer erwartet wird, Vorkehrungen gegen Waldbrände zu treffen, sollte die verpflichtende Beihilfe entfallen und durch eine Förderung der Schadensbeseitigung ersetzt werden.

Zu Nummer 8 (Änderung § 33)

In der Vergangenheit kam es häufig vor, dass Kommunen Wald zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung verkaufen mussten. Das soll mit der Neuregelung unterbunden werden. Die Festlegung des Genehmigungsvorbehalts ab 1 ha dient der Entbürokratisierung.

Zu Nummer 9 und 10 (Änderung von § 54 und Einfügung der §§ 54 a und b)

Der Gesetzesentwurf hat zum Ziel, die grundbuchrechtliche Behandlung sowohl des Gesamthandseigentums der Mitglieder einer Waldgenossenschaft als auch der einzelnen Anteile dieser Mitglieder an der Gesamthandsgemeinschaft im Interesse der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit ausdrücklich gesetzlich zu regeln. Dies ist erforderlich, da durch eine Entscheidung des Thüringer Oberlandesgerichts vom 4. April 2018 (Az.: 3 W 17/18) zu Tage getreten ist, dass die grundbuchrechtliche Behandlung sowohl des Gesamthandseigentums wie auch der Anteile an der Gesamthandsgemeinschaft in § 54 Thüringer Waldgesetz (ThürWaldG) derzeit nur unzureichend geregelt ist. In der vorgenannten Entscheidung kommt das Thüringer Oberlandesgericht zu dem Ergebnis, dass nach gegenwärtiger Gesetzeslage die Gesamthandsgemeinschaft als Eigentümer der im Gesamthandseigentum stehenden Grundstücke in das Grundbuch einzutragen ist; sich dies aber in der gesetzlichen Regelung des Thüringer Waldgesetzes nicht ohne weiteres widerspiegelt. Darüber hinaus hat das Thüringer Oberlandesgericht in einem obiter dictum Bedenken geäußert, ob durch die derzeitige grundbuchrechtliche Regelung des Thüringer Waldgesetzes die Verkehrsfähigkeit der Anteile an einer aus den Mitgliedern der Waldgenossenschaft gebildeten Gesamthandsgemeinschaft gewährleistet ist.

Die aufgezeigten Unzulänglichkeiten sollen im Interesse der Rechtssicherheit und Rechtsklarheit behoben werden, indem die zur Umsetzung der materiell-rechtlichen Vorgaben des Thüringer Waldgesetzes erforderlichen grundbuchrechtlichen Regelungen klarstellend und ergänzend in das Thüringer Waldgesetz aufgenommen werden. Diese ausdrücklichen Regelungen zur grundbuchrechtlichen Behandlung des Gesamthandseigentums und der Anteile der Mitglieder an der Gesamthand gewährleisten die Verkehrsfähigkeit der Anteile der einzelnen Mitglieder und beseitigen zudem

die Unklarheiten in Bezug auf die Frage, wer als Rechtsträger der im Gemeinschaftseigentum der Waldgenossen stehenden Grundstücke in das Grundbuch einzutragen ist.

Ausgangspunkt für die grundbuchrechtlichen Bestimmungen ist die materielle Rechtslage, wie sie durch das Thüringer Waldgesetz vorgegeben wird. Soweit die durch das Thüringer Waldgenossenschaftsgesetz vom 16. April 1999 (ThürWaldGenG), dessen Regelungen durch das Gesetz zur Änderung und Aufhebung von Vorschriften zum Wald, zur Fischerei und zu den Waldgenossen vom 24. Juni 2008 im Wesentlichen in das Thüringer Waldgesetz übernommen wurden, vorgenommene Rechtsbereinigung und Rechtsanpassung für die altrechtlichen Waldgenossenschaften grundbuchrechtlich noch nicht vollständig vollzogen wurde, wird eine Überprüfung der bisherigen Eintragungen in den Grundbüchern erfolgen müssen. Dabei wird zu berücksichtigen sein, dass die eigentumsrechtlichen Regelungen des Thüringer Waldgesetzes auch für diejenigen altrechtlichen Gemeinschaften von Waldbesitzern Anwendung finden, die dem Geltungsbereich des Thüringer Waldgesetzes unterfallen (vgl. §§ 38, 46 ThürWaldG). Darüber hinaus wird auch Berücksichtigung finden und geprüft werden müssen, ob im Nachgang dieser Rechtsanpassung durch originäre oder abgeleitete Rechtserwerbsstatbestände ein gegebenenfalls erneuter Rechtsträgerwechsel stattgefunden hat.

Zu den einzelnen Regelungen

Zu § 54 ThürWaldG-E

§ 54 Abs. 1 ThürWaldG-E stellt klar, dass in Umsetzung des § 39 Abs. 3 S. 1 ThürWaldG als Rechtsträger der im Gemeinschaftseigentum der Waldgenossen stehenden Grundstücke die aus den Waldgenossen gebildete Gesamthandsgemeinschaft und nicht – wie § 54 Abs. 2 ThürWaldG in seiner derzeitige Fassung nahelegen könnte – die Waldgenossenschaft als juristische Person des öffentlichen Rechts in das Grundbuch einzutragen ist. Die Eintragung der Gesamthandsgemeinschaft erfolgt dabei dergestalt, dass das Eigentum der aus den Mitgliedern der namentlich zu bezeichnenden Waldgenossenschaft gebildeten Gesamthandsgemeinschaft zusteht und damit eine Teilrechtsfähigkeit und grundbuchrechtliche Eintragungsfähigkeit dieser Gesamthandsgemeinschaft anerkannt wird. Eine namentliche oder zahlenmäßige Bezeichnung der Mitglieder der Waldgenossenschaft erfolgt nicht.

In Abweichung von § 47 Abs. 2 S. 1 Grundbuchordnung (GBO) und § 15 der Verordnung zur Durchführung der Grundbuchordnung (Grundbuchverordnung - GBV) bestimmt § 54 Abs. 1 ThürWaldG-E, dass die Mitglieder der Gesamthandsgemeinschaft nicht namentlich zu bezeichnen sind. Dies rechtfertigt sich aus den Besonderheiten der Waldgenossenschaft. Denn das Eintragungserfordernis der Gesellschafter einer Gesamthandsgemeinschaft dient in erster Linie der Transparenz der Verfügungsbefugnis der Gesamthand, die bei der Gesamthandsgemeinschaft dem Grundsatz nach bei allen Gesamthändern gemeinsam liegt (§§ 709, 714 BGB). Abweichend hiervon steht der aus den Waldgenossen gebildeten Gesamthandsgemeinschaft als organchaftliches Vertretungsorgan die Waldgenossenschaft zur Verfügung (§ 40 Abs. 1 ThürWaldG). Durch die in § 54 Abs. 1 ThürWaldG-E vorgegebene namentliche Bezeichnung der Waldgenossenschaft ist damit zugleich auch deren Vertretungsorgan bezeichnet. Einer zusätzlichen Aufnahme der einzelnen Mitglieder der Gesamthandsgemeinschaft zur Gewährleistung der Transparenz der Verfügungsbefugnis ist danach

bei aus Waldgenossen gebildeten Gesamthandsgemeinschaften nicht erforderlich. Zugleich wird damit den praktischen Bedürfnissen der aus den Waldgenossen gebildeten Gesamthand Rechnung getragen, da durch die Neuregelung gewährleistet wird, dass nicht jede Änderung im – regelmäßig relativ großen – Mitgliederbestand der Waldgenossenschaften eine Änderung des Grundbuchs erforderlich macht. Diese Abweichung von der Grundbuchordnung durch die landesgesetzlichen Regelungen wird durch Art. 83 EGBGB und § 146 GBO ermöglicht.

Durch § 54 Abs. 2 ThürWaldG-E sieht in Weiterführung der bisherigen Regelung des § 54 ThürWald darüber hinaus vor, dass die oberste Forstbehörde befugt ist, dass Grundbuchamt auch um Eintragungen und Berichtigungen betreffend die im Gesamthandseigentum der Waldgenossen stehenden Grundstücke zu ersuchen. Dadurch wird die nach der derzeitigen Gesetzeslage bereits bestehende Möglichkeiten der obersten Forstbehörde, eine Eintragung aufgrund eines Ersuchens zu erwirken, in mehrfacher Hinsicht erweitert. Zum einen ist sie bezüglich des Gesamthandseigentums nicht – wie bisher – auf Neugründungen einer Waldgenossenschaft beschränkt. Zum anderen wird sie um die Möglichkeit eines auf Berichtigung gerichteten Ersuchens erweitert. Diese Erweiterung will den notwendigen Anpassungsvorgang derjenigen Grundbücher, die die eigentumsrechtlichen Regelungen des Thüringer Waldgesetzes noch nicht in Gänze vollzogen haben, unterstützen und erleichtern. Daneben bestehen die in der Grundbuchordnung vorgesehenen Möglichkeiten zur Berichtigung einer der materiellen Rechtslage nicht entsprechenden Eintragung.

Zu § 54 a ThürWaldG-E

Mit § 54 a ThürWaldG-E werden Anteilsblätter für die Anteile der Waldgenossen an der Gesamthandsgemeinschaft neu eingeführt und dadurch die in § 43 Abs. 2 ThürWaldG gesetzlich geregelte Verkehrsfähigkeit der Anteile sichergestellt. Die Anteilsblätter sind für die Anteile das, was Grundbuchblätter für Grundstücke sind, das Anteilsblatt ist mithin für den jeweiligen Anteil das Grundbuch im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuches, was mit § 54 a Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 ThürWaldG-E in Anlehnung an § 3 Abs. 1 Satz 2 GBO ausdrücklich klargestellt wird.

Die Anlegung der Anteilsblätter erfolgt auf Antrag eines Antragsberechtigten (§ 13 Abs. GBO) oder auf Ersuchen der obersten Forstbehörde, die hierfür auf die Zuarbeit der Waldgenossenschaften angewiesen ist (vgl. dazu § 54 b ThürWaldG-E).

§ 54 a Abs. 1 ThürWaldG-E bestimmt darüber hinaus, dass auf die Anteilsblätter die allgemeinen grundbuchrechtlichen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden sind. Da die Anteilsblätter in Ansehung der Anteile die Funktion eines Grundbuchs einnehmen und bei den Grundbuchämtern geführt werden, will diese Regelung einen möglichst weitgehenden Gleichlauf in der Behandlung von Grundbuchblättern und Anteilsblättern sicherstellen. Die Anteilsblätter weisen jedoch gegenüber den Grundbuchblättern Besonderheiten auf, insbesondere beziehen sich die Anteile nicht – wie sonst im Grundbuchrecht – auf Grundstücke. Es handelt sich vielmehr um Anteile an einer Gesamthand, die bei den Grundbuchämtern „registriert“ werden. Diese Besonderheit, die insbesondere auch darin zum Ausdruck kommt, dass in dem Bestandsverzeichnis der Anteilsblätter keine Grundstücke geführt werden, macht es erforderlich, lediglich eine entsprechende Anwendung der grundbuchrechtlichen Regelungen vorzusehen.

Die im Einzelnen aufgrund der vorgenannten Besonderheiten erforderlichen Sonderregelungen werden in den Absätzen 2 bis 4 des § 54 a ThürWaldG-E konkretisiert:

Zum einen sind die Anteilsblätter unter Angabe des Namens und des Sitzes der Waldgenossenschaft als solche (d. h. in ihrer Aufschrift als Anteilsblatt) zu bezeichnen, § 54 a Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 1 ThürWaldG-E. Ferner sollen die Anteilsblätter nach § 54 a Abs. 2 Satz 1 Halbsatz 2 ThürWaldG-E fortlaufend nummeriert werden.

In das Bestandsverzeichnis der Anteilsblätter wird nach § 54 a Abs. 2 Satz 2 ThürWaldG-E nicht die Bezeichnung eines Grundstücks aufgenommen, sondern der jeweilige Anteil an der Gesamthandsgemeinschaft der Höhe nach bezeichnet. Zudem ist dabei die Waldgenossenschaft abermals namentlich zu bezeichnen; dies hat keinen materiell-rechtlichen Hintergrund, sondern dient der Gewährleistung von technischen Recherchemöglichkeiten.

Die Eintragung der Anteilsinhaber in die Anteilsblätter richtet sich nach den allgemeinen grundbuchrechtlichen Bestimmungen (vgl. § 54 a Abs. 1 Satz 1 ThürWaldG-E), erfolgt mithin in der ersten Abteilung der Anteilsblätter. Als grundbuchrechtliche Besonderheit ermöglicht § 54 a Abs. 2 Satz 3 ThürWaldG-E für den Fall, dass der aktuelle Anteilsinhaber nicht zu ermitteln ist, die Eintragung des letzten Anteilsinhabers. Dies trägt den historisch gewachsenen Strukturen der aus den Waldgenossen gebildeten und im Personenbestand stetig wechselnden Gesamthandsgemeinschaften Rechnung.

§ 54 a Abs. 3 ThürWaldG trifft eine klarstellende Regelung für den Fall, dass ein Anteil mit einem Briefgrundpfandrecht belastet werden soll; in diesem Fall ist bei der Bildung des Briefes kenntlich zu machen, dass der belastete Gegenstand ein Anteil an einer Gesamthandsgemeinschaft ist.

Zuständig für die Anlegung und Führung der Anteilsblätter sind nach § 54 a Abs. 4 ThürWaldG-E die Grundbuchämter der Amtsgerichte am jeweiligen Sitz der Waldgenossenschaften. Die zentrale Führung der Anteilsblätter am Sitz der Waldgenossenschaft dient der Übersichtlichkeit der Registrierung und Verwaltung der einzelnen Anteile. Diese ist, insbesondere dann, wenn von der nach § 4 Abs. 1 GBO unter den dort genannten Voraussetzungen mögliche Anlegung von Gemeinschaftsgrundbüchern abgesehen wird, auf anderem Wege nicht zu gewährleisten. Dabei hat insbesondere Berücksichtigung gefunden, dass die einzelnen Anteile aufgrund der historisch gewachsenen Struktur der Waldgenossenschaften jedenfalls nicht notwendig einzelnen Grundstücken zugeordnet werden können und deshalb eine Anlegung der Anteilsblätter bei den einzelnen Grundbuchblättern nicht generell möglich ist.

Zu § 54 b ThürWaldG-E

§ 54 b ThürWaldG-E regelt die Mitwirkung der Waldgenossenschaften, wenn eine Eintragung in den Grundbuch- oder Anteilsblättern auf Ersuchen der obersten Forstbehörde erfolgen soll. Für ein solches Ersuchen ist die oberste Forstbehörde auf die Mitwirkung der Waldgenossenschaften insbesondere bei der erstmaligen Ermittlung der Anteile der Anteilsinhaber an der Gesamthandsgemeinschaft und deren Höhe angewiesen. Das durch die Waldgenossenschaften auf Verlangen der obersten Forstbe-

hörde zur Verfügung zu stellende Verzeichnis aller zur Gesamthandsgemeinschaft gehörenden Grundstücke (Bestandsverzeichnis) und das Verzeichnis aller Mitglieder der Gesamthandsgemeinschaft mit Namen, Anschrift, Geburtsdatum und Höhe des einzelnen Anteils (Anteilsverzeichnis) können die Grundlagen entsprechender Ersuchen bilden. Die verbindlich vorgesehene Auslegung des Verzeichnisses und das dazu in § 54 b Abs. 2 ThürWaldG-E im Einzelnen geregelte Verfahren dient der Gewährleistung der Transparenz und der Sicherstellung der Richtigkeit der Verzeichnisse, indem den betroffenen Anteilsberechtigten über das Recht zur Einsichtnahme und die Möglichkeit, gegebenenfalls Einwendungen zu erheben, eine Richtigkeitskontrolle ermöglicht wird.

Zu Nummer 11 (Änderung § 62):

In Absatz 4 wird die Regelung gestrichen, wonach Angehörige der Forstbehörden Waldbesitzer vor dem Betreten ihres Waldes in Ausübung ihrer Tätigkeit benachrichtigen und anschließend über das Ergebnis informieren müssen. Vor dem Hintergrund der erwarteten Borkenkäfermassenvermehrung ist der damit verbundene Aufwand nicht zu bewältigen. Es reicht die Information über festgestellte, notwendige Forstschutzmaßnahmen, die in Paragraph 11 Abs. 5 festgeschrieben ist.

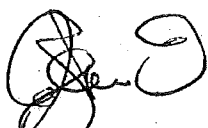
Zu Nummer 12 (Änderung § 66)

Folgeänderung der Bußgeldvorschriften nach Wegfall der Pferdekennzeichnungspflicht und des Reitwegegebots.

Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Um den für die Umsetzung der Paragraphen 54, 54a und 54b zuständigen Behörden ausreichende Vorbereitungszeit zu geben, soll das Gesetz erst 2 Monate nach der Verkündung in Kraft treten.

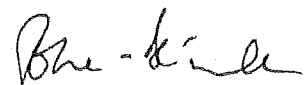
Für die Fraktionen



Blechschmidt



Becker



Rothe-Beinlich

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Thüringer Landgesellschaft mbH (ThLG)
Landesjagdverband Thüringen e. V.
Ilmenauer Radsport Club e.V.
Thüringer Bauernverband e.V.
Thüringer Forstverein e.V.
Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft e.V.
BUND Thüringen e.V.
Waldbesitzerverband für Thüringen e. V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e. V.
Thüringer Motorsport Bund e.V.
ADFC Thüringen e.V.
Thüringer Landkreistag
ThüringenForst
Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland
Thüringer Verband der Jagdgenossenschaften und Eigenjagdbezirk inhaber e. V.
Thüringer Bauernverband e. V.
Thüringer Landgesellschaft mbH
Notarkammer Thüringen
SVLFG Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft in der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
ThüringenForst
Katholisches Büro Erfurt Kommissariat der Bischöfe
Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung in Thüringen
Waldbesitzer-Verband für Thüringen e.V.
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

960112019

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes – Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes (Entwurf)

Die Thüringer Landgesellschaft mbH (ThLG) beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf das beabsichtigte Vorkaufsrecht an Waldgrundstücken, somit § 17.

Inhalt:

1. Stellungnahme ThLG zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – § 17 (Vorkaufsrecht)
2. Stellungnahme ThLG zur Alternative bzw. ergänzenden Formulierung zu § 17 (Vorkaufsrecht)
3. Weitere inhaltlich mindestens zu berücksichtigende Aspekte für ein Vorkaufsrecht zu Waldflächen

1. Stellungnahme ThLG zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – § 17 (Vorkaufsrecht)

- a) Eine rechtliche Regelung ist grundsätzlich zu begrüßen.
- b) Der vorliegende Gesetzentwurf ist bezüglich des Vorkaufsrechtes kurz und knapp und überlässt einer Verordnung sämtliche Details und Inhalte.
Hier bestehen aus unseren Erfahrungen im Siedlungsrechtlichen Vorkaufsrecht (landwirtschaftliche Flächen) verfassungsrechtliche Bedenken. Aufgrund des Eingriffs in Eigentümerrechte halten wir Konkretisierungen in Bezug auf Inhalt, Zweck und Ausmaß der gesetzlichen Regelungen für geboten, beispielsweise
 - inwieweit die ThLG zwar als Unternehmen mit unmittelbarer Staatsbeteiligung, aber in der privatrechtlichen Rechtsform der GmbH als öffentliche Hand i. S. des § 17 Abs. 2 anzusehen ist,
 - in welchem konkreten Zusammenhang die Verbesserung der Betriebsstruktur (lt. Begründung zum Gesetzentwurf) zu den Voraussetzungen in § 17 Abs. 2 stehen (Walderhaltung, Nutzung für Allgemeinheit),
 - inwieweit spezifische Vollzugsregeln, ähnlich §§ 6, 7 RSiedlG, im Parlamentsgesetz zu regeln sind.

(mündlich Anzuhörender)

Begründung:

Die Kombination von Grundstückverkehrsgesetz und Reichssiedlungsgesetz im landwirtschaftlichen Bereich hat über die bewährte Rechtsprechung über viele Jahre und in verfassungsrechtlicher Hinsicht Bestand. Man greift ja schließlich in das Eigentum ein. In Anlehnung daran empfiehlt sich ein methodisch ähnlich gelagertes Vorgehen in der Abfassung des Gesetzes bezüglich des forstlichen Vorkaufsrechtes. Die rechtlichen Grundsätze werden später in Streitfällen gleichgelagert angewandt werden.

- c) Die Formulierung „teilweise bewaldete landwirtschaftliche Grundstücke“ ist zu streichen.

Begründung:

Landwirtschaftliche Grundstücke und Grundstücke mit überwiegend landwirtschaftlicher Nutzung sind über das Grundstückverkehrsgesetz und Reichssiedlungsgesetz bezüglich des Vorkaufsrechtes geregelt.

Grundstücke mit überwiegend oder vollständiger Nutzung Wald in einem Kaufvertrag mit landwirtschaftlichen Grundstücken verhindern heute die Umsetzung des Siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechtes.

Das heißt über das (neue) Waldgesetz sind nur letztere Grundstücke bezüglich eines einheitlich durch die ThLG wahrzunehmenden Vorkaufsrechtes zu regeln.

Eine Vermischung der Zuständigkeit für landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundstücke im Waldgesetz sollte unterbleiben.

- d) Mit dem Gesetzentwurf zum forstwirtschaftlichen Vorkaufsrecht kann grundsätzlich die Möglichkeit der Umgehung des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes minimiert werden, indem der landwirtschaftliche Kaufgegenstand mit Forstgrundstücken kombiniert wird.

Zwei Rechtsgrundlagen – nämlich Thüringer Waldgesetz (neu) und Grundstückverkehrsgesetz i. V. m. Reichssiedlungsgesetz – erlauben in Kombination einen besseren Schutz vor Spekulation mit land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken.

- e) Die Ausgestaltung und Umsetzung auf Verordnungsebene ist zwingend notwendig und muss wohl überlegt sein, damit im Verwaltungsvollzug keine Defizite entstehen. Als Grundlage können die Regelungen im landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht dienen.

2. Stellungnahme ThLG zur Alternative bzw. ergänzenden Formulierung zu § 17 (Vorkaufsrecht)

- a) Gegenüber dem Gesetzentwurf werden bereits einige grundsätzliche Punkte weitgehend geregelt, dennoch bedarf es für die Details ebenfalls einer Verordnung – diese kann somit nicht gespart werden!
- b) Bezüglich der verfassungsrechtlichen Bedenken wird auf 1.b) verwiesen.
- c) Die Erstellung eines Leitbildes zur Forststruktur als Handlungsrahmen wird ausdrücklich begrüßt.
- d) Analog zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht wäre zu prüfen, inwieweit nicht eine starre Flächengröße (hier 1 ha) sondern eine Flexibilität vorzusehen wäre. Beim landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht kann die Landesregierung die Mindestgröße über eine Rechtsverordnung anpassen, wenn dieses aufgrund struktureller Veränderungen erforderlich ist.
Die Größe hier im Gesetzentwurf von 1 ha sollte die Mindestgröße sein, ggf. kann/sollte diese allein aus Verwaltungs- und Kostengründen auf 2 ha angehoben werden.
Das wäre zu prüfen?
- e) Das Wiederkaufsrecht über die dem Vorkaufsrecht unterliegenden Grundstücke sollte nicht nur für den Fall der Weiterveräußerung durch den Nacherwerber gelten, sondern auch, wenn die forstwirtschaftliche Nutzung aufgegeben wird.
- f) Ein Kontrahierungszwang, d. h. ein Zwang zur Ausübung des Vorkaufsrechtes, ist nicht vorzusehen.
- g) Es muss im Sinne eines praktikablen Vollzugs geprüft werden, ob die Finanzämter von den Kapazitäten her in der Lage sind, zeitnah regional ansässige, für den Nacherwerb geeignete land- und forstwirtschaftliche Unternehmen zu benennen/zu identifizieren.
- h) Folgender redaktioneller Änderungsbedarf wird gesehen:
 - „Landwirtschaftsämter“ → Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum
 - „regional ansässige vorkaufsberechtigte Unternehmen“ → potentieller Nacherwerber (Begünstigter)

i) Ergänzende Frage vom 17.04.2019

Aus Sicht der ThLG spricht grundsätzlich nichts gegen die Übertragung der Wahrnehmung eines Vorkaufsrechtes für Wald an ThüringenForst AöR.

Die grundsätzliche Zuständigkeit für den Wald sowie der forstwirtschaftliche Sachverstand sind in ThüringenForst AöR umfänglich gegeben und können Synergien erschließen.

Das Wissen im Umgang mit dem Thema Vorkaufsrecht müsste wahrscheinlich bei ThüringenForst AöR aufgebaut werden.

Organisatorisch und im Ablauf wäre sicherzustellen, dass die Wirkung, wie unter 1. d) dargestellt, erreicht wird.

3. Weitere inhaltlich mindestens zu berücksichtigende Aspekte für ein Vorkaufsrecht zu Waldflächen (im Gesetz/in der zu erlassenden Verordnung)

- a) Der gesamte Verwaltungsvollzug vom beurkundenden Notar über eine öffentliche Stelle – bei den landwirtschaftlichen Flächen ist es das TLLLR – zur Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung des Kaufvertrages bis hin zur ggf. Ausübung des Vorkaufsrechtes durch Gemeinde, Land oder ThLG und zum Grundbuch-Vollzug ist praktikabel abzustimmen und zu gestalten. Hier kommt es aufgrund von zu setzenden Fristen auf die Details an (ggf. tlw. schon im Gesetzestext zu regeln).

Die ThLG kann nicht die Aufgabe der Genehmigungsbehörde wahrnehmen! Es bedarf einer öffentlichen Stelle, die analog zu den landwirtschaftlichen Grundstücken die Voraussetzungen für ein forstwirtschaftliches Vorkaufsrecht vor Überstellung des Vorgangs an die ThLG prüft.

- b) Es bedarf einer Regelung zum Ausgleich der anfallenden Kosten für die Ausübung des Vorkaufsrechtes, die Weiterveräußerung bzw. eine eventuelle Flächenbevorratung und den damit ggf. verbundenen Bewirtschaftungs- und Risikokosten (Verkehrssicherung, Borkenkäfer, Werthaltigkeit der Flächen usw.).
- c) In jedem Fall ist davon auszugeben, dass – egal, welche Institution/Einrichtung das forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht wahrnimmt – zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich sind.
- d) Analog zum Siedlungsrechtlichen Vorkaufsrecht wird die zweimal anfallende Grunderwerbsteuer (Ausübung Vorkaufsrecht, Veräußerung an Nacherwerber = zwei Verträge) als kostenseitig problematisch eingeschätzt. Im Grunde ist es inhaltlich ein Vorgang, der sich formal in zwei Kaufverträge aufteilt.
- e) Die Ausübung des forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes erfolgt i. d. R. ausschließlich bei Vorhandensein erwerbsinteressierter Nachkäufer und/oder bei besonderen forststrukturellen Vorhaben
- f) Es bedarf der Unterstützung der ThLG bei der Ermittlung und Beurteilung von potentiellen Nacherwerbern – idealerweise durch das regional zuständige Forstamt.
- g) Es bedarf der Unterstützung der ThLG bei fachlichen und inhaltlichen Fragen zum Kaufgegenstand sowie zu einer möglicherweise angeratenen Bodenbevorratung – idealerweise durch das regional zuständige Forstamt.

- h) Im Falle einer Bodenbevorratung bedarf es einer zeitlichen Begrenzung.
Die eingesetzten Finanzmittel müssen plan- und absehbar zurückfließen.
- i) Sofern kein forstwirtschaftlicher Betrieb zur Verfügung steht, unterstützt idealerweise ThüringenForst AöR bei der Bewirtschaftung.
- j) Es bedarf einer Regelung für den Fall, dass es am Ende einer Bodenbevorratung keinen Nachkäufer gibt.
- k) Es bedarf Regelungen zu den Konditionen der Weiterveräußerung an Nacherwerber analog zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht.



THÜR. LANDTAG POST
26.04.2019 11:50

26.04.2019

Landesjagdverband Thüringen e. V.

im Deutschen Jagdschutz-Verband e. V.
Anerkannter Verband nach § 59 Bundesnaturschutzgesetz

Den Mitgliedern des
AfILF

LJV Thüringen e. V. Franz-Hals-Str. 6 c 99099 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/2892

zu Drs. 6/6963

(schriftlich Anzuhörender)

Ihr Zeichen: Drs.6/6963-A6.1/
Ihre Nachricht vom: 05.04.19
Unser Zeichen:
Unsere Nachricht vom:
Unser Aktenzeichen:

Name:
Telefon:
Telefax:
E-Mail:

Internet:

Datum:

@ljv-
thueringen.de
www.ljv-thueringen.de

26.04.2019

Drs. 6/6963-A 6.1/wa
Anhörungsverfahren gem. §79 GO ThL – Änderung ThürWaldG

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn das Grundanliegen der geplanten Gesetzesänderung, die Wiederherstellung der Rechtssicherheit für Waldgenossenschaften durch Änderung des § 54 sowie Einfügung der neuen §§ 54 a und 54 b im Interesse der existierenden Waldgenossenschaften sehr gut gelöst wurde und auch aus Sicht des Landesjagdverbandes einer schnellen Umsetzung durch Erlangung von Gesetzeskraft bedarf, kann den vorgesehenen Gesetzesänderungen in Gänze in der vorliegenden Form nicht zugestimmt werden. Aufgrund der Bedeutung der eben genannten §§ 54 ff. schlagen wir ggf. eine Herauslösung und gesonderte Bearbeitung in Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens vor.

Wir sehen zu einigen anderen Punkten erheblichen Diskussionsbedarf. Begründung:

Die vorliegenden Änderungsvorschläge zeigen eine erhebliche Erweiterung behördlicher Eingriffsbefugnisse in privates Eigentum insbesondere des Privatwaldes, die nicht nur schon jetzt durch die Betroffenen konträr diskutiert werden, sondern auch verbriefte Grundrechte aushöhlen bzw. unkalkulierbare wirtschaftliche Mehrbelastungen und Risiken nach sich ziehen. Schwerpunktmäßig betrifft das die Änderungen in § 6, § 17 und § 23 ThürWaldG.

Darüber hinaus wird durch neue und zusätzliche Verordnungsermächtigungen ein zusätzlicher Bürokratieaufbau betrieben, der letzten Endes für den Privatwaldbesitzer mehr juristische Fallstricke bedeutet, als er effektiven Nutzen bringt.

Nr. 1 Änderung § 6 – wird abgelehnt

Der Wegfall der Ausweisung spezieller Reitwege wird aufgrund der nachgewiesenen Schädigungen sowohl fester als auch befestigter Wege bereits nach wenigen Nutzungen durch Reiter als kontraproduktiv und für Waldeigentümer nicht zumutbar angesehen. Die Ausweisung spezieller Reitwege erfolgte bereits in Vergangenheit und sollte unbedingt beibehalten werden. Dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, Waldwege zur Nutzung durch alle Erholung suchende in einem entsprechenden Zustand zu erhalten und Konflikte zwischen verschiedenen den Wald nutzenden Interessengruppen von vornherein zu minimieren. Es ist auch widersprüchlich, das Fahren mit Kutschen nur auf befestigten Wegen zu gestatten und das Reiten zusätzlich auf allen festen Wegen zuzulassen, die deutlich eher durch die Hufeisen aufgerissen werden. Es ist bewiesen, dass das Reiten auf jeder Art wassergebundener Wege durch Schädigung der Deckschicht zu Schlaglochbildung führt und zu deren Vermeidung häufigeres „Grädern“ nebst erneuter Verdichtung mittels Vibrationswalzen erfordert. Kosten, die trotz Förderung des Waldwegebaus auf Dauer nicht zu stemmen sind. Die Nutzung von Waldwegen durch Reiter und Kutschen sollte daher ohne Zustimmung des Waldeigentümers untersagt bleiben. Dies wiederum wurde durch die bisherige Ausweisung definierter Reitwege durchaus elegant gelöst.

Nr. 2 Änderung § 11 – Zustimmung -

Nr. 3 Änderung § 17 – wird abgelehnt

Jegliche Art der Einführung eines „Vorkaufsrechtes“ führt zu Eingriffen in die Freiheit des Grundeigentums. Vorkaufsrechte geraten daher auch zunehmend unter verfassungsrechtlichen Druck. Sie verärgern zusätzlich sowohl Verkäufer als auch Kaufinteressenten, deren Interesse durch definierte Vorkaufsrechte gezielt ausgebremst wird. Im Interesse der Wahrung des ländlichen Friedens sollten die hier vorgesehenen Änderungen zurückgenommen werden.

Nr. 4 Änderung § 23 - wird abgelehnt

Die im bisherigen Gesetz geforderte Wiederaufforstung binnen drei Jahren hat ganz einfache aus der Praxis resultierende waldbauliche Hintergründe. Je eher eine Kahlfäche wieder aufgeforstet wird, desto weniger ökonomischen Aufwand habe ich bei der Bodenvorbereitung. Sollen ... und dies wird sich im Rahmen eines schnellen Waldumbaus nicht vermeiden lassen, Baumarten auch durch Pflanzung eingebracht werden, bedarf es deren Einbringung in den mineralischen Boden. Schauen Sie jetzt schon in unsere aufgelichteten Wälder sehen Sie eine durch Stickstoffeintrag hervorragend entwickelte Bodenflora, die es selbst in eigentlich hervorragend für eine Naturverjüngung geeigneten Gebieten des Buchenoptimums schwer werden läßt, diese ohne zusätzliche mechanische Bodenverwundungen aufkommen zu lassen. Ursache: Die binnen weniger Jahre entstandene Grasflora läßt gar keinen Kontakt der Samen mit Mineralboden mehr zu. Bei Pflanzung ist diese ebenfalls durch hohen mechanischen Aufwand zu beseitigen und gepflanzte Kulturen sind entsprechend zu pflegen, damit die Jungpflanzen nicht überwuchert oder ausgedunkelt werden. Erhöht man die Wiederaufforstungsfrist, nimmt man also bewußt auch ökonomischen Mehraufwand in Kauf. Dies kann weder im Interesse des staatlichen als auch des privaten Waldbesitzes liegen.

Da sich eine „flächendeckende Naturverjüngung“ auch bereits nach drei Jahren erkennen läßt, sollte es hinsichtlich der Terminierung auf drei Jahre zu keinem Widerspruch kommen. Waldflächen, die eine gute und bestandesbildenden Naturverjüngung erwarten lassen, sind i.d.R. den lokalen und regionalen Waldbewirtschaftern bekannt.

Die Streichung von Absatz 2, in der eine Nachbesserungspflicht binnen 2 Jahren nach erfolgter Pflanzung und möglichen Ausfällen vorgeschrieben war, wird ebenfalls abgelehnt. Hier geht es darum, möglichen ökonomischen Schädigungen rechtzeitig zu begegnen. Je eher flächige bedeutsame Fehlstellen wieder geschlossen werden, desto stabiler ist ein späteres Bestandesgefüge. Es könne auch gerade in der Zeit des Klimawandels spätere weitere Ausfälle der Forstpflanzenkultur nicht ausgeschlossen werden (extreme Trockenheit, Übernässung, Sturmschäden etc.). Eine Nachpflanzung bei nicht gesicherten forstlichen Kulturen ist also auch im Interesse späterer Generationen von Waldnutzern.

Nr. 5 – Änderung § 24 - Zustimmung -

Nr. 6 – Änderung § 27 – Zustimmung -

Nr. 7 – Änderung § 29 durch Aufhebung – Zustimmung, ist jetzt in § 27 geregelt

Nr. 8 – Änderung § 33 – Zustimmung -

Prioritär sollten die weitere Bewirtschaftung des Kommunalwaldes auch nach Veräußerung gesichert sein, dies dürfte bei Veräußerung an andere Kommunen, an die Landesforstanstalt oder ggf. an die Stiftung Naturschutz Thüringen gegeben sein. Andere Interessenten sollten hierbei keine Berücksichtigung finden..

Nr. 9 und 10 – Änderung § 54. Einfügung § 54 a und § 54 b – Zustimmung – hat Priorität

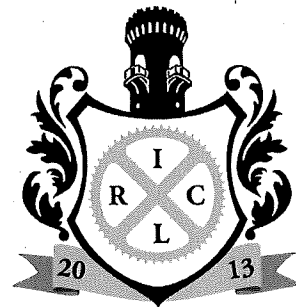
Nr. 11 - Änderung § 62 (Aufhebung Abs. 4) – Zustimmung

Nr. 12 – Änderung § 66 (Aufhebung Abs. 3) – Ablehnung

Unter Bezugnahme auf unsere Positionierung unter Nr. 1 sollte hier maximal eine Änderung des betroffenen Absatzes erfolgen. Es sollte auf alle Fälle bußgeldbewehrt bleiben, *wer entgegen § 6 Abs. 3 Satz 2 oder 5 außerhalb gekennzeichnete Wege und Straßen reitet oder Kutsche fährt.*

Mit freundlichen Grüßen

Präsident



Ilmenauer Radsport Club e.V. · Schöffenhausastraße 43 · 98693 Ilmenau OT Manebach

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

(mündlich Anzuhörender)

Ilmenau, 26.04.2019

**Stellungnahme zum Gesetzentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ –
Drucksache 6/6963**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten des Thüringer Landtags,

mit Schreiben vom 3. April 2019 wurde der Ilmenauer Radsport Club e.V. gebeten, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf für das Zweite Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes (ThürWaldG) einzureichen. Für diese Möglichkeit, im parlamentarischen Prozess angehört zu werden, möchten wir uns zuallererst bedanken.

Da wir als lokaler Verein von dieser Möglichkeit, auf Landesebene gehört zu werden, etwas überrascht waren, haben wir unsere nachfolgende Stellungnahme in Abstimmung mit unseren Dachverbänden ausgearbeitet. Die vorliegende Stellungnahme ist daher das Abstimmungsergebnis zwischen

- dem Ilmenauer Radsport Club e.V.,
- dem Thüringer Radsportverband e.V. und
- der Deutschen Initiative Mountainbike e.V.

und kann aus diesem Grund stellvertretend für diese Organisationen betrachtet werden.

Allein dem Radsport verbundenen Verbänden gemein ist, dass in dem Gesetzentwurf vorrangig die vorgeschlagene Änderung des §6 Absatz 3 in Artikel 1 Nr. 1 aa) für die Interessensgruppe der Radfahrer von Belang ist. Daher beschränkt sich die Stellungnahme auf diesen einen Aspekt des Gesetzentwurfs.

Der Gesetzentwurf beinhaltet eine ergänzende Gestattung des Radfahrens auf feste Wege gegenüber der aktuellen Fassung des Waldgesetzes. Die aktuelle Regelung hinsichtlich des allgemeinen Betretungsrechts von Ende 2013 hat das Radfahren im Wald auf befestigte Wege eingeschränkt. Die dieser Fassung vorhergehende Regelung bis Ende 2013 gestattete bereits das Radfahren auf festen Wegen.

Insoweit ist die nun vorgeschlagene Änderung im Kern eine Rückkehr zu einer bereits in der Vergangenheit bestehenden Regelung, die sich bewährt hatte. Die in der Zwischenzeit stärker einschränkende Regelung hat keine erkennbaren Vorteile geboten und daher befürworten wir, die Thüringer Radsportvereine und -verbände die im Gesetzentwurf enthaltene Erweiterung des Betretungsrechts auch auf feste Wege.

Mit der Änderung wird zugleich eine bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt. Während die aktuelle Fassung des ThürWaldG den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit beim Radfahren abseits fester Wege

feststellt, ist das Radfahren auf festen Wegen nicht strafbewehrt, aber auch nicht explizit gestattet. Für den Waldnutzer ist dies nicht einfach zu verstehen. Mit der nun vorgeschlagenen Erweiterung des Betretungsrechts für Radfahrer auf feste Wege wird diesbezüglich Rechtsicherheit geschaffen.

Mit der Änderung des Betretungsrechts passt sich Thüringen auch an die anderen Bundesländer an, die in ihren jeweiligen Waldgesetzen ähnliche Regelungen treffen. Bayern erlaubt das Radfahren auf geeigneten Wegen, Hessen auf naturfesten Wegen, in Niedersachsen ist auf tatsächlich öffentlichen Wegen das Radfahren erlaubt und in Nordrhein-Westfalen auf festen Wegen. Thüringen hat mit der aktuell gültigen Regelung eine der am stärksten einschränkenden Betretungsrechtsregelungen für Radfahrer und das ist in der Form aber weder gelebte Realität noch erforderlich.

Der Parlamentsdokumentation (5. Wahlperiode, 137. Sitzung) vom 18.12.2013 ist zu entnehmen, dass die Beschränkung des Radfahrens von zuvor „auf festen Wegen“ aus Gründen der Haftung und Verkehrssicherungspflicht auf „befestigte Wege“ vorgenommen wurde. Allerdings ist anhand der bisherigen Rechtsprechung festzustellen, dass das Betretungsrecht oder die Art des Weges keinen Einfluss auf die Beurteilung von Haftungsfragen oder Fragen der Verkehrssicherungspflicht haben. Das Betreten des Waldes erfolgt grundsätzlich auf eigene Gefahr, wie das BWaldG (§14 Abs. 1) und das ThürWaldG (§6 Abs. 1) jeweils explizit klarstellen. Dies schließt alle walddtypischen Gefahren ein, wie auch der BGH unmissverständlich deutlich gemacht hat (Az. VI ZR 311/11). Auch weitere Urteile (z.B. OLG Frankfurt/Main, Az. 13 U 111/17) zeigen ohne Zweifel, dass eine Haftung von Waldbesitzern oder Anderen nur bei schuldhaftem Verhalten vorliegt, wenn es um nicht walddtypische Gefahren geht, die ein Geschädigter nicht rechtzeitig erkennen kann oder zu erkennen vermag. Dies gilt unabhängig von betretungsrechtlichen Gegebenheiten, da stets auch mit unberechtigtem Verkehr gerechnet werden muss.

Dass es keine generelle Notwendigkeit gibt, das Betretungsrecht über feste Wege hinaus einzuschränken, zeigt auch die Beschlussfassung der beim BMEL angesiedelten Arbeitsgruppe Betretungsrecht der Bundesplattform „Wald: Sport, Erholung und Gesundheit“. Die Experten dieses Gremiums empfehlen, das Radfahren auf geeigneten Wegen zu gestattet, wobei feste Wege grundsätzlich geeignete Wege sind.

Unter Beachtung der vorgenannten Feststellungen kommt die unweigerliche Schlussfolgerung zu Stande, dass das Radfahren auf festen Wegen durch das ThürWaldG unproblematisch erlaubt werden kann, so wie im Gesetzentwurf vorgesehen. Haftungs- oder anderweitige Risiken für Forstmitarbeiter, Waldbesitzer oder Andere entstehen dadurch keine zusätzlichen, die über die mit der Tätigkeit verbundenen Sorgfaltspflichten und der daraus resultierenden Haftungsverantwortung hinausgehen.

Auch ist die gelebte Praxis so, dass weder in der Zeit, als feste Wege bereits erlaubt waren zum Radfahren, noch in der Zeit danach ein relevanter Unterschied in der Waldnutzung festzustellen war bzw. ist. Dem durchschnittlichen Waldnutzer ist es auch nicht zuzumuten, in jedem Fall rechtssicher unterscheiden zu können, ob ein Weg befestigt ist oder nur fest. Mit der vorgeschlagenen Änderung wird auch diese Schwäche der aktuellen Regelung beseitigt und dem Waldbesucher die Bewertung und damit das korrekte Verhalten deutlich vereinfacht bzw. erst ermöglicht.

Mit freundlichen Grüßen,

Mitglied des Vorstands des Ilmenauer Radsport Club e.V.

THÜR. LANDTAG POST
29.04.2019 14:37

9806/2019

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt



Thüringer
Bauernverband e.V.

Landesgeschäftsstelle

Alfred-Hess-Str. 8

99094 Erfurt

Telefon

0361 262532 - 0

Telefax

0361 26253-225

Internet

www.tbv-erfurt.de

E-Mail

tbv@tbv-erfurt.de

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

vorab per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Erfurt, 29. April 2019

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines
forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes
Gesetzentwurf**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, (mündlich Anzuhörender)

mit am 8. April 2019 beim Thüringer Bauernverband e. V. eingegangenen Schreiben wurde uns im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes sowie dem alternativen Formulierungsvorschlag des Ausschusses zu § 17 „Vorkaufsrecht“ schriftlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

zu Nr. 3 des Entwurfs der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN:

Seitens des Thüringer Bauernverbandes e. V. wird die in § 17 ThürWaldG vorgesehene Regelung eines Vorkaufsrechtes für den Fall der gemeinsamen Veräußerung von Land- und Forstflächen grundsätzlich begrüßt.

Gemäß § 17 Absatz 1 soll ein solches Vorkaufsrecht den Gemeinden, dem Land und der Thüringer Landgesellschaft mbH zustehen. Unklar bleibt, ob die Aufzählung zugleich ein Rangverhältnis enthält oder nicht. Dies wäre klarzustellen.

Bankverbindung
Erfurter Bank e.G.
IBAN: DE73820642280001806203
BIC: ERFBDE33XXX

Vereinsregister
Amtsgericht Erfurt
Ild. Nr. 160340
Steuernr.: 151/143/50238

Alfred-Hess-Straße 8
99094 Erfurt
Telefon: 0361 26253-200
Fax: 0361 26253-225

Zwar soll ausweislich der Gesetzesbegründung ein Vorkaufsrecht für land- und forstwirtschaftliche Betriebe analog dem landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht eingeführt werden, aus dem Wortlaut des Gesetzentwurfes ist hierzu jedoch nichts ersichtlich. Es sei denn, man geht davon aus, dass die Thüringer Landgesellschaft mbH das Vorkaufsrecht analog den Regelungen zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht gemäß § 12 GrdStVG i. V. m. § 4 RSiedlG i. V. m. § 1 Thüringer Verordnung zur Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes wahrnimmt.

Da die tatsächliche Ausgestaltung des Vorkaufsrechtes gemäß § 17 Absatz 6 nunmehr in einer Verordnung erfolgen soll, gehen wir davon aus, dass das Vorkaufsrecht für land- und forstwirtschaftliche Betriebe hier geregelt wird. In Hinblick auf Art. 14 GG bestehen diesseits Zweifel, ob eine solche Regelung in einer Rechtsverordnung ausreichend ist.

Bezüglich § 17 Absatz 1 Satz 1 haben wir zudem eine redaktionelle Anmerkung: die vollständige Bezeichnung der Thüringer Landgesellschaft lautet Thüringer Landgesellschaft mbH. Dies bitten wir entsprechend zu ergänzen.

Alternativvorschlag zu § 17:

Auch hier möchten wir zunächst auf unsere obige redaktionelle Anmerkung verweisen.

§ 17 Absatz 1 ist so formuliert, dass das Vorkaufsrecht an erster Stelle den Gemeinden, dann dem Land und zum Schluss der Thüringer Landgesellschaft mbH zustehen soll. Da ausweislich des § 17 Absatz 3 die Thüringer Landgesellschaft mbH das Vorkaufsrecht zugunsten der regional ansässigen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen wahrnehmen soll, halten wir es für angemessen, dass zur Stärkung der landwirtschaftlichen Betriebe das in § 17 Absatz 1 geregelte Rangverhältnis umgekehrt bzw. die Thüringer Landgesellschaft mbH an erste Stelle gesetzt wird.

Darüber hinaus erachten wir zur Konkretisierung des Vorkaufsrechtes in Absatz 1 die Formulierung im Gesetzentwurf der Fraktionen („...Vorkaufsrecht an Waldgrundstücken und teilweise bewaldeten landwirtschaftlichen Grundstücken...“) als vorteilhafter.

In § 17 Absatz 3 ist vorgesehen, dass ein Vorkaufsrecht ab einem Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche mit einem Anteil Wald bestehen soll. Insofern bitten wir um Klarstellung bzw. auch eine klarstellende Formulierung der Rechtsnorm dahingehend, ob es sich um einen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche plus einem zusätzlichen Anteil Wald handeln soll oder um eine land- und forstwirtschaftliche Gesamtfläche von einem Hektar. Insofern bitten wir auch zu berücksichtigen, dass gemäß § 12 GrdStVG i. V. m. § 4 RSiedlG i. V. m. § 1 Thüringer Verordnung zur Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes ein landwirtschaftliches Vorkaufsrecht bereits ab einer Größe von 0,25 Hektar gegeben ist und insofern ein Gleichlauf bestehen bleiben muss.

Im Übrigen ist die Bezeichnung der zuständigen Stelle in § 17 Absatz 3 Satz 3 zu korrigieren, da die Landwirtschaftsämter nach der Verwaltungsreform nunmehr in dem neu geschaffenen Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und ländlichen Raum aufgegangen sind.

In § 17 Absatz 3 wurde ebenso wie bei dem Gesetzentwurf der Fraktionen eine Verordnungsermächtigung zur tatsächlichen Ausgestaltung des Vorkaufsrechtes aufgenommen. Wir verweisen insofern auf das vorstehend zum Gesetzentwurf der Fraktionen Gesagte.

Mit freundlichen Grüßen



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten

per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Thüringer Forstverein e.V.

– Geschäftsstelle –
Possenallee 54
D-99706 Sondershausen

Tel.: 03632 713961

Fax: 03632 713964

E-Mail: thueringen@forstverein.de

2019-04-29

**Anhörungsverfahren: Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes
- Drucksache 6/6369 -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung des Thüringer Waldgesetzes Stellung nehmen zu dürfen.

Der Thüringer Forstverein e.V. nimmt zu nachfolgenden Punkten des Artikel 1 des Entwurfs wie folgt Stellung:

Nr. 1 - § 6 Abs. 3, cc: Gegen die Änderung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Jedoch sollten Waldbesitzer, die ihre Waldwege durch Schranken gegen unberechtigten Kfz-Verkehr gesperrt haben, nicht verpflichtet sein, nur wegen möglicher Kutschfahrten die Schranken offen zu halten.

Nr. 2 - § 11 Waldschutz: Angesichts des Klimawandels wird es zukünftig vermutlich deutlich mehr Ersatzvornahmen geben. Dadurch wird es einen erheblichen Mehraufwand bei der Landesforstanstalt geben, dieser muss aus unserer Sicht durch den Freistaat vergütet werden. Eine Deckung aus den Holzerlösen wird bei der jetzigen Marktlage nicht möglich sein. Ggf. muss die Landesforstanstalt für diese Aufgabe auch zusätzliches Personal bekommen.

Nr. 3 - § 17 Vorkaufsrecht: Es ist zu begrüßen, dass die Regierungsfractionen hier Änderungsbedarf erkannt und einen Vorschlag erarbeitet haben. Ob die Thüringer Landesgesellschaft in größerem Umfang die Probleme lösen kann, bleibt abzuwarten. Immerhin ist es einen Versuch wert. Für eine fundierte Stellungnahme der Alternativen beim Vorkaufsrecht fehlt uns leider die juristische Expertise.

Nr. 4 - § 23 Wiederaufforstungspflicht: Die Verlängerung der Frist zur Wiederaufforstung auf fünf Jahre ist praxisgerecht und fördert Wiederbewaldung über Naturverjüngung.

Nr. 6 - § 27 Fördertatbestände: Der TFV sieht keine Notwendigkeit, die Waldwirtschaft mit 40 m Rückegassenabstand sowie Pferderückung als besonders förderungswirksame Maßnahmen aufzunehmen. Es ist im Interesse jedes Waldbesitzer so bodenschonend wie möglich zu arbeiten. Bei schwierigen Bodenverhältnissen kann es sogar sinnvoll sein, eine Arbeitsfeldbreite von 20 m zu wählen, da dann die Last auf mehrere Rückegassen verteilt wird und so die Tragfähigkeit der einzelnen Gasse besser gewährleistet wird. Durch die Förderung eines 40 m-Gassensystems werden in diesen Fällen ggf. kontraproduktive Anreize geschaffen. Das Vorliefern mit Pferden ist ein

geeignetes Arbeitsverfahren, aber dieselbe Wirkung kann auch durch Seilwinden erreicht werden. Eine Notwendigkeit, Pferderücker durch spezielle Förderung zu privilegieren wird vom TFV nicht gesehen. Ein Gesetz sollte sich auf grundsätzliche Aussagen beschränken und Festlegungen zu Technologien außen vor lassen.

Nach Ansicht des TFV sollte in den Fördertatbeständen sich die Absicht des neuen Absatz 1 des § 24 - Waldumbau in Zeiten des Klimawandels - stärker wiederfinden. Insbesondere die Pflanzung wärme- und trockenheitstoleranter Baumarten (auch noch nicht heimischer) muss gefördert werden.

Alle weiteren Änderungen werden vom TFV begrüßt bzw. neutral gesehen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: Erklärungen



THLEmV e. V.,

Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Erster Vorsitzender

Per E-Mail:
poststelle@landtag.thueringen.de

Stellv. Vorsitzender

Den Mitgliedern des

..... *APILF*

Thüringer Landtag
Z u s c h r i f t

6 / 2 9 0 6

2a Dis. 6/6963

Rittersdorf, 28.04.2019

(mündlich Anzuhörender)

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Betr. **Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes**
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/6963

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Beteiligung im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zur beabsichtigten Änderung des Thüringer Waldgesetzes.
Der THLEmV gibt folgende Stellungnahme ab und bittet den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten um Berücksichtigung der Hinweise und Argumente

0. Vorbemerkungen:

Der Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft e. V. (THLEmV) vertritt gegenwärtig schon über 50 Bürgerinitiativen (BI'n) in Thüringen.

Die Stellungnahme des THLEmV enthält:

1. die grundsätzliche Position zum Wald, Natur- und Klimaschutz,
2. die Auffassung zum vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 6/6963) und
3. Forderungen zur Erhaltung, Mehrung und Verwaltung des Waldes in Thüringen.

1. Position zum Wald, Natur- und Klimaschutz

Der Wald im Freistaat muss unbestritten langfristig die Nutz-, Schutz und Erholungsfunktionen, auch unter sich verändernden klimatischen Bedingungen, erfüllen. Deshalb bedürfen unsere Thüringer Wälder des besonderen Schutzes durch den Staat und die gesamte Gesellschaft.

Thüringer Landesverband
Energiewende mit Vernunft e.V.
Sitz des Vereins: 99448 Rittersdorf
VR 210899 beim AG Stadtroda
Internet: <http://www.thlemv.de>

Erster Vorsitzender: |
Stellv. Vorsitzender: |

Schriftführerin:
Kassenwart:

E-Mail: ThLEmV.bueroleiter@aol.com
Bankverbindung:
Volksbank Eisenberg eG
BIC: GENODEF1ESN
IBAN: DE50 8309 4494 0000 0429 00

Wälder erfüllen für den Erhalt der biologischen Vielfalt eine besondere Funktion (Biodiversität). Deshalb muss stets die nachhaltige Entwicklung gesichert werden. Neben den zutreffenden Regelungen zum Waldumbau, haben sich Wälder jedweder Eigentumsform gleichermaßen an den Erfordernissen des Natur-, Landschafts-, Arten-, Klima-, Lärm-, Boden- und Wasserschutzes zu orientieren.

Unter dem Schutz von Wäldern und Baumbeständen wird die Verhinderung vor Schäden jeglicher Art verstanden. Dabei werden sowohl die forstwirtschaftlichen wie auch die nicht-materiellen Ansprüche (wie Erholung, Mikro-Klimawirkung oder Landschaftsgestaltung) an den Wald als schützenswert betrachtet. Daher sind vorrangig nichtforstliche Ansprüche der Gemeinwohlverpflichtung (§§ 9, 28, 31, 33, ThürWaldG) u. a. bei der Waldbewirtschaftung, zu berücksichtigen, sollten diese primär bestimmen!

Bezüglich Klimaschutz stellt in der gesamten Land- und Forstwirtschaft Wald die einzige natürliche CO₂-Senke dar! Daher gebietet die Vernunft, bestehende Wälder in Thüringen keinesfalls zu schädigen oder zweckentfremdet zu missbrauchen, sondern nachhaltig zu mehren.

Daher schließen schon sieben Länder, u. a. die Sachsen-Anhalt-Koalition (CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) im Wald aus ökologischen Gründen aus. In Sachsen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen sind nach landesrechtlichen Bestimmungen WEA im Wald verboten.

Der THLEmV fordert, dass ein Verbotstatbestand in das ThürWaldG aufgenommen wird: „**Eine Umwandlung zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.**“ Siehe 3.

2. Zum Gesetzentwurf (Drucksache 6/4919)

Zu A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der THLEmV sieht ebenfalls, dass durch den verstärkten Aufkauf von Waldflächen durch forstwirtschafts-fremde Investoren in Thüringen landwirtschaftliche Vorkaufsrechte umgangen werden können, wenn Land- und Forstflächen gemeinsam veräußert werden.

In der Natur der Sache liegt, dass Privatwald mit einer Eigentumsgröße von durchschnittlich einem Hektar, meist verteilt auf mehrere Flurstücke, keine optimale Bewirtschaftung zulässt. Auch wenn die größten ungenutzten Holzvorräte Thüringens sich im Kleinprivatwald befinden, können die Eigentümer nicht genötigt werden, gegen ihren Willen schlagbares Holz für einen wirtschaftlichen Einsatz zur Verfügung zu stellen. Vgl. Art 14. Abs. 1 „*Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet.*“ Andererseits gewährleisten die Bestimmungen im Waldrecht (BWaldG und ThürWaldG) schon hinreichend, dass „*Sein Gebrauch [hier der Wald] soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.*“

Dass Kommunalwaldverkäufe zum Zweck der Haushaltskonsolidierung, aber auch zur Spekulation bzw. zur persönlichen Bereicherung (Vetternwirtschaft) verhindert werden sollen, wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings ist dabei auch die grundgesetzlich garantierte (finanzielle) Selbstverwaltung der Gemeinden (Art 28 Abs. 2 GG) zu beachten (Gefahr Verfassungsklage).

Zu B. Lösung

Wenn ein Vorkaufsrecht bei Waldverkäufen für die Thüringer Landgesellschaft (ThLG) als gemeinnützige Siedlungsgesellschaft zur Vereinheitlichung (analog des landwirtschaftlichen Vorkaufsrechts) sinnvoll und transparent geregelt werden kann (auch hier sind - in der „zweiten Stufe“ der Veräußerung durch die ThLG - die Umgehungstatbestände und Spekulationen rechtlich auszuschließen), wird dies unterstützt.

Zu „**Tätigwerden der unteren Forstbehörde aus Forstschutzgründen wird erleichtert.**“ Siehe 3.

„Die Frist zur Aufforstung von Kahlf lächen wird auf fünf Jahre angehoben.“ ist nicht zielführend.

Zu C. Alternativen

Die „Verbesserung der Bewirtschaftungsmöglichkeiten im Kleinprivatwald kann eine bessere Unterstützung der Bildung von Waldgenossenschaften und Forstbetriebsgemeinschaften erfolgen.“ ist bereits gängige und bewährte Praxis in Thüringen.

„Durch Flurneuordnungsverfahren lassen sich Grundstücke zusammenlegen.“ ist aufgrund der Flächenbewertung, Aufwuchs- und Schadensbestände sowie Lasten nur schwierig bis kaum umsetzbar.

„Zur Umsetzung der notwendigen Forstschutzmaßnahmen und der Vorgaben zur Wiederaufforstung“ (Widerspruch zu infolge der witterungsbedingten Waldschäden) sollten in jedem Fall zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt eingesetzt werden (Allgemeinwohlzweck).

Zu D. Kosten

„Für den im Zuge des fortgeschrittenen Klimawandels notwendigen Waldumbau sollen zusätzliche Mittel im Landeshaushalt eingestellt werden.“ ist dringend geboten und zielführend. U. E. wird der Bedarf in den nächsten Jahren nicht gering sein. Die Voraussetzungen, wie Saatgutgewinnung und Anzucht von geeigneten Pflanzen sollte daher unverzüglich geschaffen werden. Eine Verschiebung in die nächste Förderperiode der EU (z. B. ELER-Finanzierung) – d. h. in die nächste Regierungskoalition verschieben – verschärft den Zustand und ist nicht sinnvoll.

„Durch die Streichung der Verpflichtung zur Reitwegeausweisung werden [zwar] Abstimmungs- und Beschilderungskosten beim ThüringenForst eingespart.“, aber weitere Risiken und Unfallgefahren in Kauf genommen. Insbesondere kommt es flächendeckend zu Störungen von geschützten Arten und Wildtieren (Brut- und Setzzeit), Beeinträchtigungen im Jagdwesen (Hege und Pflege), Verringerung des Erholungswertes für Wanderer und Touristen etc. etc.

Anmerkungen zu Artikel 1

Änderungen in § 6 (Siehe D. Kosten, letzter Absatz.)

Änderungen in § 11 ohne Einwand.

Änderungen in § 17 sind sinnvoll.

Änderungen in § 23 Wiederaufforstung

Die Verlängerung der Frist innerhalb von drei auf fünf Jahren zur Wiederaufforstung widerspricht dem Grundsatz der „Verbesserung und Erhaltung“ sowie der „Sicherung der Schutzfunktion“ (§§ 19, 27, 32, 34 ThürWaldG). Ein Hinausschieben der Wiederaufforstung trägt weder zum schnellen Lückenschluss der Kahlschläge beim Holzeinschlag, noch der Beseitigung von witterungsbedingten Waldschäden bei. Die Verlängerung ist kontraproduktiv. Die Anfügung „Bei flächendeckender Naturverjüngung innerhalb der fünf Jahre ist keine Wiederaufforstung nötig.“, weicht den Grundsatz der „Verbesserung und Erhaltung“ zusätzlich noch weiter auf!

Aufhebung § 29 Beihilfen bei Waldbrandschäden

Hier wird unterstellt, dass sich das Land von künftigen Waldbrandschäden freistellen lassen will. z. B. bei zunehmender Gefahr von Waldbrandschäden, verursacht durch WEA im Wald bzw. WEA im angrenzenden Freifeld (durch weiträumigen Feuerwurf) beim „kontrollierten Abbrand“. Auch die Einfügung in § 27 Förderung der Forstwirtschaft durch das Land, Abs. 3 Satz 2 Nummern 14 „Beseitigung von durch Waldbrände entstandene Schäden.“ kann die bisherige verbindlich Regelung (ganz konkrete Beihilfen bei Waldbrandschäden im § 29) nicht auffangen. Eine Förderung hingegen hängt stets von der Kassenlage und den Förderrichtlinien ab.

Förderung ist daher unverbindlich (ungewiss, in der Höhe unklar). Hier erfolgt eine einseitige Risikoverlagerung (ohne adäquaten Ausgleich) auf die Körperschafts- und Privatwald-Besitzer. Mit der Aufhebung des § 29 werden zugleich „nach der Beendigung der Maßnahme“ (z. B. § 5 Waldinventur, Waldverzeichnisse, Waldbiotopkartierung, Waldfunktionenkartierung ThürWaldG) die Waldeigentümer durch die unteren Forstbehörden nicht mehr vorschriftsmäßig informiert.

3. Erhaltung, Mehrung und Verwaltung des Waldes in Thüringen

- a) Der **THLEmV fordert** von der Regierungskoalition, dass ein Verbotstatbestand in das ThürWaldG aufgenommen wird, so wie es im Landeswaldgesetz Sachsen-Anhalt (ST) - LWaldG vom 25.02.2016 beschlossen wurde:¹
Der **§ 8 Umwandlung des Waldes im LWaldG ST** regelt mustergültig:
„(1) Wald darf nur mit Genehmigung der Forstbehörde in eine andere umgewandelt werden (Umwandlung). Für Umwandlungen, die
1. aus Gründen des Naturschutzes, insbesondere des Arten- und Lebensraumschutzes, erfolgen oder
2. der Beseitigung von natürlich angekommener Vegetation zur Herstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der Offenland-Lebensraumtypen nach Anhang I der Richtlinie 92/43/EWG dienen, soll die Genehmigung nur versagt werden, wenn dies besondere Umstände erforderlich machen. **Eine Umwandlung zur Errichtung von Windenergieanlagen ist nicht zulässig.**“

- b) Zum Problem „**Untere Forstbehörde**“ **ThüringenForst**

Rechtlich bedenklich ist Änderung der Nutzungsart vom ThüringenForst für sich selbst nach dem ThürWaldG:

„§ 10 Änderung der Nutzungsart.

(1) Wald darf nur nach vorheriger Genehmigung der unteren Forstbehörde in eine andere Nutzungsart umgewandelt werden (Änderung der Nutzungsart).

Die Genehmigung erfolgt im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde und nach Anhörung der Behörde der Regionalplanung. Soll die Fläche nachfolgend landwirtschaftlich genutzt werden, ergeht die Genehmigung darüber hinaus im Einvernehmen mit der unteren Landwirtschaftsbehörde.“

(2) Bei der Entscheidung über einen Antrag auf Änderung der Nutzungsart sind die berechtigten Interessen des Waldbesitzers und die Belange der Allgemeinheit gegeneinander und untereinander abzuwägen. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn ...“

Nach der **Öffentlichen Bekanntmachungen** der Landesforstanstalt ist der ThüringenForst Untere Forstbehörde:²

„Als Untere Forstbehörde ist der ThüringenForst verpflichtet, für alle beantragten Erstaufforstungen von 2 Hektar bis weniger als 50 Hektar Größe sowie für Nutzungsartenänderungen (Rodung von Wald zum Zwecke der Umwandlung in eine andere Nutzungsart) von 1 Hektar bis weniger als 10 Hektar Wald eine standortsbezogene Vorprüfung des Einzelfalls im Sinne des § 3c Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.“

Anmerkung:

Auch nach der amtlichen Quelle: <https://www.buzer.de/gesetz/6866/al63525-0.htm>

§ 3c UVPG n.F. (neue Fassung) in der am 29.07.2017 geltenden Fassung durch Artikel 1 G. v. 20.07.2017 BGBl. I S. 2808 ist § 3c aufgehoben, damit unwirksam!

¹ Vgl. http://www.landesrecht.sachsen-anhalt.de/jportal/portal/t/15rf/page/bssahprod.psml/screen/JWPDFScreen/filename/WaldG_ST_2016.pdf;jsessionid=AB536FC3338E955E000DAB11603BF418.jp15

² Vgl. [https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list\[1\]=forstbeh%C3%B6rde](https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list[1]=forstbeh%C3%B6rde)

„Die zum 1. Januar 2012 gegründete Landesforstanstalt nimmt als Gemeinschaftsforstverwaltung sowohl die Bewirtschaftung des 200.000 Hektar umfassenden Staatswaldes, die Hoheit über den Gesamtwald (550.000 Hektar) als auch die Beratung und Betreuung des Privat- und Kommunalwaldes auf privatrechtlicher Dienstleistungsbasis wahr.“
Quelle: <https://www.thueringenforst.de/ueber-thueringenforst/wir-ueber-uns/unser-handeln/>

Der „ThüringenForst nimmt als untere Forstbehörde hoheitliche Aufgaben zum Schutz des Waldes mit dessen Funktionen wahr.“

„Die sogenannten hoheitlichen Aufgaben ergeben sich vor allem aus dem Thüringer Waldgesetz, kurz: ThürWaldG. Dieses wurde am 6. August 1993 beschlossen und durch Gesetz vom 19. Dezember 2013 zuletzt geändert.

Hoheitliche Aufgaben

Zu den sich aus dem ThürWaldG ergebenden hoheitlichen Aufgaben von ThüringenForst zählen insbesondere:

die Forstaufsicht zur Einhaltung des ThürWaldG in den Thüringer Wäldern, die Genehmigung von Nutzungsartenänderungen (Waldumwandlung), ...“

Quelle: [https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list\[1\]=forstbeh%C3%B6rde](https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/bekanntmachungen/oeffentliche-bekanntmachungen/?sword_list[1]=forstbeh%C3%B6rde)

Resümee:

Der ThüringenForst übt somit die Forstaufsicht über sich selbst aus. Der ThüringenForst genehmigt sich zudem die Nutzungsartenänderung selbst. Dies ist besonders auffällig und anstößig, indem der ThüringenForst offensiv mit dem Waldumbau durch Windenergie wirbt. Dabei tritt vor allem das wirtschaftliche Interesse in den Vordergrund, statt hoheitlichen Wald- und Naturschutz (Hauptzweck). Beleg: „Nebenbei bietet sich für den Betrieb noch die Möglichkeit, einem monetären Interesse nachzugehen und zusätzliche Einnahmen zu erwirtschaften, die die der klassischen Forstwirtschaft erheblich übersteigen.“

Quelle: <https://www.thueringenforst.de/aktuelles-medien/windraeder-im-wald/waldumbau-windenergie/>

Derart ist keine objektive und unabhängige staatliche Entscheidung über den (eigenen) Antrag auf Änderung der Nutzungsart gewährleistet. Es besteht Befangenheit und starkes wirtschaftliches Eigeninteresse, versus Waldschutz. Eine sachliche; rechtsstaatliche Abwägung der „berechtigten Interessen des Waldbesitzers“ zu Belangen der Allgemeinheit“, gegeneinander und untereinander, ist so unmöglich – daher zu bemängeln.

Gesamtvotum:

Aus den vorgenannten Gründen kann dem Gesetzentwurf in dieser Form, begründet weil er fachlich und rechtlich nicht schlüssig ist, seitens des THLEmV nicht zugestimmt werden.

Mit freundlichen Grüßen

THÜR. LANDTAG POST
30.04.2019 09:04

2832119



BUND für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth Germany

Abs.: BUND Thüringen, Trommsdorffstr. 5, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

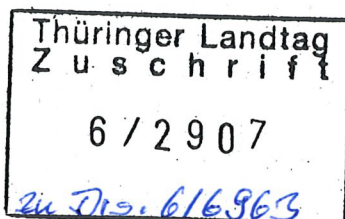
.....*AGILF*.....

Landesverband
Thüringen e.V.

Fon 0361/5550310
Fax 0361/5550319

bund.thueringen@bund.net
www.bund-thueringen.de

Erfurt, 30.04.2019



Stellungnahme zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung an dem o.g. Verfahren und die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns. Der BUND Thüringen nimmt zu den geplanten Änderungen im Thüringer Waldgesetz wie folgt Stellung:

Vorbemerkung:

Die Wälder in Thüringen stehen zunehmend unter Druck. Trockenheit, Stürme, Waldbrände und Luftverschmutzung schädigen die Wälder. Infolge der Trockenperioden entwickeln sich Borkenkäferkalamitäten, welche sich immer stärker ausbreiten. Forstliche Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte sind dafür verantwortlich, dass sich die aktuelle Situation der Wälder in Thüringen dramatisch verschlechtert. Die aktuelle Dürreperiode und der Hitzesommer 2018 sind zwar unübersehbare Auswirkungen des Klimawandels. Aber auch ohne Klimawandel würden solche Trockenperioden noch zu den normalen Klimaschwankungen in unseren Breiten gehören. Erst der Aufbau großer Nadelwälder in Thüringen hat dazu geführt, dass sich die Anfälligkeit der Wälder gegenüber Stürmen, Trockenheit und Kalamitäten erhöht. Von den Borkenkäferkalamitäten sind ausschließlich die Nadelwaldbestände betroffen, welche in Thüringen mit 56% den größten Anteil der Waldfläche einnehmen. Mit 38% der Waldfläche ist die Fichte die mit Abstand häufigste Baumart in Thüringen. Damit stockt die Fichte in weiten Teilen Thüringens außerhalb ihres ökologischen Optimums. Als sehr dürreempfindliche und sturmgefährdete Baumart ist die Fichte sowohl gegenüber Stürmen als auch gegenüber Trockenperioden besonders anfällig.

Überwiegend kurzfristige, forstökonomische Interessen haben dazu geführt, die Fichte als „Brotbaum des Försters“ in großem Umfang in Thüringens Wäldern aufzuforsten. Die mangelhafte Stabilität dieser Wälder führt heute zu großen Ertragsausfällen durch Kalamitäten, Windwurf und Trockenheit. Diese Situation ist das Ergebnis einer auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichteten Waldstrategie, welche gerade nicht eine

Hausanschrift:
BUND Thüringen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 5
99084 Erfurt

Spendenkonto:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN:
DE93 820510000130093793
BIC: HELADEF1WEM

Geschäftskonto:
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN:
DE37 820510000130093831
BIC: HELADEF1WEM

Vereinsregister:
Erfurt VR 95
Steuernummer:
151/141/05071

Der BUND Thüringen ist ein anerkannter Naturschutzverband nach § 63 Bundesnaturschutzgesetz. Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse an den BUND Thüringen sind von der Erbschaftssteuer befreit.
Wir informieren Sie gerne.

generationenübergreifende langfristige Waldentwicklung mit wechselnden, klimatischen Rahmenbedingungen berücksichtigt hat. Nur eine naturschutzgerechte Waldbewirtschaftung mit natürlicher Baumartenzusammensetzung und langen Umtriebszeiten gewährleistet zukunftsfähige, stabile Wälder, welche auch einen nachhaltigen Holzertrag bringen.

Im Einzelnen nehmen wir zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

§ 17, Abs. 1

Grundsätzlich werden die Ausführungen im Anschreiben zur Anhörung und in der Begründung zur Änderung des § 17 nicht geteilt. Die Zersplitterung der Eigentumsflächen im Privatwald stellt per se keinen Nachteil für die ökologische Wertigkeit und die Stabilität der Wälder dar. Weder ist eine restlose Bewirtschaftung aller Waldflächen in Thüringen erstrebenswert und notwendig, noch ist der Einsatz von Forsttechnik in jedem Fall wünschenswert. Gerade auf kleinen Privatwaldflächen bietet sich der Verzicht auf schwere Forsttechnik und der Einsatz waldschonender Rückemethoden mit Pferden an, wenn eine wirtschaftliche Nutzung erwünscht ist.

Statt der Übertragung des Vorkaufsrechtes auf die Thüringer Landgesellschaft oder auf ThüringenForst (AöR) wird eine Übertragung auf die Stiftung Naturschutz Thüringen vorgeschlagen. Damit können entsprechende Flächen durch die Stiftung Naturschutz Thüringen gesichert und als Waldflächen für das Gemeinwohl entwickelt werden. Der Alternativvorschlag zum Vorkaufsrecht wird abgelehnt. Das in dem Alternativvorschlag zugrunde gelegte Leitbild zur Forststruktur berücksichtigt ausschließlich forstökonomische Interessen. Die gesetzlich verankerte Multifunktionalität des Waldes wird nicht berücksichtigt. Damit ist dieses Leitbild nicht geeignet, die im staatlichen Interesse liegenden Belange zu gewährleisten.

§ 23 Abs. 1

Die Neuregelung wird ausdrücklich begrüßt. Die natürliche Verjüngung von Waldflächen ist in der Regel einer Wiederaufforstung vorzuziehen. Legt man walddtypische Entwicklungszeiträume zugrunde, wird sich eine natürliche, standorttypische und stabile Waldgemeinschaft ausbilden.

§ 24, Abs. 1, zweiter Satz:

Es wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

„Dazu sind heimische Baumarten einzubringen.“

Wenn die Fehler der Vergangenheit (siehe Vorbemerkung) nicht wiederholt werden sollen, ist ein Umdenken und Umsteuern bei der Baumartenwahl für den Aufbau stabiler Wälder nötig. Nicht forstökonomische, sondern walddökologische Gesichtspunkte müssen für die Baumartenwahl ausschlaggebend werden. Heimische, standorttypische Baumarten sind an die hiesigen, klimatischen Bedingungen am besten angepasst und gewährleisten eine natürliche und damit stabile Waldentwicklung. Der Einsatz fremdländischer, vermeintlich an Klimaänderungen besser angepasste Baumarten birgt ein doppeltes Risiko. Zum einen können die Auswirkungen der fremdländischen Arten auf das heimische Walddökosystem nicht umfassend abgeschätzt werden.

Zum anderen lässt sich die Richtung der klimatischen Veränderungen für die walddtypischen Entwicklungszeiträume (mehr als 100 Jahre) überhaupt nicht abschätzen.

§ 33

Die Fassung von Abs. 2 wird begrüßt.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

Geschäftsstelle
Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf
Tel.: 0 36 24 - 31 38 80
Fax: 0 36 24 - 31 51 46

THÜR. LANDTAG POST
30.04.2019 13:08

9906/2019



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ohrdruf, 30.04.2019

(mündlich Anzuhörender)

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes- Schaffung eines forstwirtschaftlichen
Vorkaufsrechtes
Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-Drucksache 6/6963**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit, zur geplanten Änderung des Thüringer Waldgesetzes Stellung zu nehmen. Jeder der rd. 200.000 Waldbesitzer in Thüringen wird durch dieses Gesetz unmittelbar betroffen. Unsere Mitglieder in den Waldgenossenschaften, im Kirchenwald und im Privatwald verfolgen die Diskussion um die Änderung dieses Gesetzes daher sehr genau. In unseren z.Z. laufenden regionalen Frühjahrsversammlungen sind uns bereits Lob und Kritik zum Gesetzentwurf mitgegeben worden, die wir Ihnen hiermit gerne weiterleiten.

Bevor wir zu den Folgen evtl. Änderungen des ThürWaldG kommen, müssen wir auf die derzeitige, dramatische Krise im Wald eingehen:

Der Wald in Thüringen stirbt auf weiter Flur. Eine Verkettung von Stürmen und extremer Dürre hat zu einer Massenvermehrung der Borkenkäfer geführt, die so mind. seit 70 Jahren nicht vorgekommen ist. Forstwirtschaft ist aus Tradition vorausschauend und nachhaltig. Aber gegen eine solche Katastrophe hilft keine Vorsorge und keine Rücklage. Jetzt brauchen die Waldbesitzer in Thüringen Hilfe vom Staat.

Es ist richtig, dass die vorletzte Waldbesitzer- und Förstergeneration nur Fichte gepflanzt hat. Das war aus damaliger Sicht auch richtig und von der Gesellschaft so erwartet worden. Schon die letzte und auch die aktuelle Generation baut aber den Wald unter massivem Arbeits- und Kapitaleinsatz um. Nicht alles kann in Eigenleistung getan werden. Die Thüringer Waldbesitzer brauchen daher Geld. Bei Schadholzmengen von mehreren Millionen Festmetern, umfassen die nötigen Interventionen schnell dutzende Millionen. Das ist dem Ausmaß der Katastrophe geschuldet.

Wir appellieren eindringlich an Sie, sich dafür einzusetzen, dass die benötigten Mittel jetzt zur Verfügung gestellt werden. Noch haben wir ein funktionierendes System aus Unternehmern, Baumschulen, privaten und staatlichen Förstern, Zusammenschlüssen und Selbsthilfeorganisationen. Noch sind wir auch in der Lage, der Situation mit ausreichenden Mitteln Herr zu werden.

Lassen wir das System aber jetzt zusammenbrechen, wird es in wenigen Jahren deutlich schwieriger und teurer werden, den Wiederaufbau zu leisten. In der Anlage überreichen wir Ihnen daher unser

Forderungspapier zur Soforthilfe. Wir bitten Sie im Namen von 200.000 Thüringer Waldbesitzern, dieses zu unterstützen.

Nun wieder zum ThürWaldG:

Unmittelbarer Anlass für eine Änderung unseres insgesamt bewährten Waldgesetzes war die Wiederherstellung von Rechtssicherheit für Waldgenossenschaften. Diese Regelung ist von äußerst großer Dringlichkeit und Wichtigkeit. Sollte sich der Landtag auf keine umfassende Reform des ThürWaldG einigen können, wäre es aus unserer Sicht notwendig, wenigstens diese Änderung noch vor der Landtagswahl zu verabschieden.

Im Übrigen beinhalten die nun vorliegenden Änderungsvorschläge erhebliche Erweiterungen der Eingriffsbefugnisse der Behörden gegenüber den Besitzern des Nicht-Staatswaldes, sowie weitere Einschränkungen des Privatwaldes. Wir müssen diese Änderungen daher im Sinne unserer Mitglieder entschieden ablehnen. Dies betrifft v.a. das Reiten im Wald, sowie die Ausweitung des Vorkaufsrechts.

Wir weisen die Damen und Herren Abgeordnete auch insb. darauf hin, dass durch die vorgeschlagenen Änderungen, die Befugnisse der Landesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen erheblich erweitert wird. Wir lehnen die Verordnungsermächtigungen auch inhaltlich ab.

Zu den Änderungen im Einzelnen:

1. Rechtssicherheit für Waldgenossenschaften („54er“), §§ 54, 54a ThürWaldG

Diese Regelung ist so schnell wie möglich umzusetzen, da bei diesen Waldgenossenschaften z.Z. keine Eigentumsüberschreibungen mehr möglich sind.

2. Radfahren, Reiten und Kutschfahren auf Waldstraßen und Rückewegen, § 6 ThürWaldG

Die Thüringer Waldbesitzer pflegen und erhalten den Wald als Kulturerbe für jedermann. Sie heißen Besucher gerne willkommen und stellen mit sicheren Wegen und Wäldern die Grundvoraussetzung für Erholung im Wald bereit. Aber jeder Gemeindegebrauch hat Grenzen. Schon jetzt gehört Waldeigentum zu den am meisten belasteten Eigentumsarten überhaupt in Deutschland. Und die Erholung im Walde ist keineswegs ein „alter Hut“. Mit Waldbaden, Nordic Walking, Mountainbiking, Geochaching, u. ä .m. haben wir Waldbesitzer bereits gelernt, dass alle paar Jahre immer neue Freizeitbeschäftigungen im Wald hinzukommen.

Das Thüringer Waldgesetz bezweckt den Ausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und den Interessen der Waldbesitzer (§ 1 Nr. 8). Als Ausgleich für das allgemeine Betretungsrecht in seiner jetzigen Form diene v.a. die vom Staat bereitgestellte Förderung des forstlichen Wegebbaus. Ebenso wie in den meisten anderen Bundesländern war Reiten und Radfahren im Walde in Thüringen (neben anderen Benutzungen) bisher nur auf speziell ausgewiesenen Wegen, bzw. mit Zustimmung des Waldbesitzers erlaubt. Dies sollte auch Konflikte zwischen Waldbesuchern verhindern.

Dieses fein austarierte Ausgleichssystem zwischen den Interessen der Beteiligten soll nun einseitig zu Gunsten der Radfahrer, Reiter und Kutschfahrer verändert werden.¹ Dies geht unmittelbar zu Lasten der Waldbesitzer und der übrigen Erholungsuchenden.

Dabei ist Reiten und Kutschfahren auf Waldwegen auch keinesfalls unerheblich. Durch das Aufschlagen der Hufe wird die Oberfläche von Forstwegen mit sog. wassergebundener Decke² verletzt. Während diese Primärverletzung noch vernachlässigbar ist, kann der Eingriff in die Deckschicht der Forstwege zur Schlaglochbildung führen. Je nach Länge des berittenen Abschnitts ist eine solche Schlaglochbildung nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Um die Gefahr der Schlaglochbildung zu beseitigen müsste die Deckschicht berittener Wege – je nach Nutzungsintensität – regelmäßig aber wenigstens einmal im Jahr gepflegt (gegrädert) werden. Dies verursacht i.d.R. Kosten zwischen 1-3 EUR/lfm, also 1.000 – 3.000 EUR/Jahr/km.

Das Reiten auf Waldwegen mit wassergebundener Decke („Schotterwegen“) wird daher, je nach dem wieweit dies genutzt wird, große wirtschaftliche Schäden verursachen. Da Waldwege in Thüringen in aller Regel mit öffentlichen Fördermitteln gebaut werden, stellt dies nicht nur ein Eingriff in privates Vermögen, sondern auch eine Gefährdung öffentlicher Mittel dar.

Wir schlagen daher vor, dass das Reiten und Kutschfahren in § 6 Abs. (6) ThürWaldG verankert wird. Dann wäre es ebenso wie das Befahren mit dem PKW mit Zustimmung des Waldeigentümers zulässig. Es ist nämlich auch nicht ersichtlich, wieso das Fahren mit dem PKW anders behandelt werden soll und kann, als das Fahren mit einer Kutsche.

Das gleiche (Zustimmungsvorbehalt) ist so auch bereits für das Radfahren geregelt, und dabei sollte es im Interesse der Konfliktvermeidung auch bleiben. Thüringen ist Wanderland. Radfahrer brauchen regelmäßige ohnehin in anderer Form ausgebaute Wege. Auch deshalb bietet sich eine klare Schwerpunktsetzung zwischen Rad- und Wanderwegen auch im Interesse der Radfahrer an.

In jedem Fall muss eine Erweiterung des Betretungsrecht im Sinne des gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs (§ 1 Nr. 8 ThürWaldG) und der verfassungsrechtlichen Eigentumsgarantie durch eine Verbesserung der Wegeerhaltung kompensiert werden. Daher ist die regelmäßige Pflege von Forstwegen als neuer Fördertatbestand in § 27 ThürWaldG explizit aufzunehmen.³

Die geplante Klarstellung, dass sich aus der Freigabe des Reitens keine zusätzlichen Verkehrssicherungspflichten für Waldbesitzer ergeben (§ 6 Abs. (3) S. 2) ist theoretisch begrüßenswert, hat aber wohl keine oder kaum rechtliche Auswirkungen (sog. „Deklamation ohne Regelungsgehalt“). Sie kann die Verkehrssicherungspflicht nicht entgegen § 823 BGB einschränken. De facto kann eine Zunahme an Frequentierung (hier von Reitern) nur zu einer Zunahme, nie zu einer Abnahme der Verkehrssicherungspflicht führen. Auch deshalb kann eine Belastung des Waldbesitzers hiermit in verfassungsrechtlich konformer Art und Weise nur unter dem Vorbehalt seiner Zustimmung (d.h. wie von uns vorgeschlagen im Rahmen des § 6 Abs. (6)) erfolgen.

Einen entsprechenden Änderungsvorschlag haben wir als Nr. 2 angefügt.

¹ Das Recht zur Nutzung von Pferden und Kutschen zur Erholung im Wald ist seit der maßgeblichen Entscheidung des BVerfG („Reiten im Walde“, 1989) durch ein System spezifischer und engmaschiger Normen geregelt. Diese Regelungen haben sowohl die Rechte der Eigentümer (Art. 14 GG) wie auch der Reiter/Öffentlichkeit (allg. Handlungsfreiheit, Art. 2 GG) zu berücksichtigen, abzuwägen und in Einklang zu bringen. Diese Abwägungen sind von erheblichen Schwierigkeiten begleitet, wie auch der sich mehrfach geänderte Tenor der Entscheidungen vor dem BVerfG deutlich macht. Im Nachgang der „Reiten im Walde“-Entscheidung hat sich in allen Bundesländern ein anerkanntes Rechtsregime zur Regelung des Sachverhalts etabliert. Umso mehr überrascht es, dass Thüringen nunmehr hiervon abweicht. Die Begründung des Gesetzentwurfes lässt jedenfalls keine ausreichende Würdigung der betroffenen Grundrechte der Beteiligten erkennen.

² Die meisten Forstwege („Schotterstraßen“) in Thüringen werden mit einer sog. wassergebundenen Decke gebaut. Der Weg besteht dabei aus einer „Packlage“ und einer „Deckschicht“. Die Packlage wird mit schwerem, groben Schotter gebaut und ist gewissermaßen das Fundament des Weges. Die Deckschicht wird aus feinerem Schotter gebaut und ist die eigentliche Fahrbahn.

³ Dies scheint auch praktikabler als die entsprechende Regelung in Sachsen (§ 12 Abs. (2) SächsWaldG: „Erhebliche Schäden, die durch das Reiten (...) entstanden sind, ersetzt oder beseitigt der Freistaat Sachsen nach seiner Wahl.“)

3. Wiedereinführung eines Vorkaufsrechts an Wald, § 17 ThürWaldG

Wir begrüßen die Grundintention der Koalitionsfraktionen für eine Verbesserung der forstlichen Betriebsstruktur. Allerdings wird die Wiedereinführung eines solchen Vorkaufsrechts von der ganz überwiegenden Anzahl unserer Mitglieder vehement abgelehnt. Die vorgeschlagene Regel ist geeignet, den Frieden im ländlichen Raum erheblich zu beeinträchtigen. Wir weisen darauf hin, dass bei Ausübung eines privatnützigen Vorkaufsrechts immer mehrere Parteien am Ende „unzufrieden“ sein werden. Dies betrifft zunächst den Verkäufer, der nicht an seinen Wunschkäufer verkaufen darf. Es betrifft als zweites den Käufer, der nicht kaufen darf. Schließlich verärgert es all jene, die schlussendlich nicht in den Genuss des Vorkaufsrechts kommen. Unser Verband wird sich daher, im Interesse des Friedens unter unseren Mitgliedern und der Eintracht unseres Verbandes, an keiner Form eines Ausschusses o.ä. zur Entscheidung solcher Streitfragen beteiligen.

Auch an einer Erarbeitung eines etwaigen Leitbildes für die Ausübung des Vorkaufsrechts werden wir uns leider nicht aktiv beteiligen können. Eine Positionierung hierzu würde zwangsläufig darauf hinauslaufen, dass wir bestimmte Betriebsstrukturen über andere stellen müssten. Unser Verband aber ist ein Gesamtverband, der den Anspruch verfolgt, die Freiheit der Bewirtschaftung des Waldeigentums zu verteidigen, egal welche Größe dieses Eigentum hat. Die Stärke unseres Verbandes und die des Waldbesitzes in Thüringen ist die Diversität seiner Strukturen. Mischung ist gut. Unser einziges Leitbild bleibt die ordnungsgemäße und nachhaltige Forstwirtschaft auf wissenschaftlicher Basis, wie sie im ThürWaldG kodifiziert ist, und die Freiheit des Waldeigentums, wie sie im Grundgesetz und der Thüringer Verfassung garantiert wird.⁴

Vorkaufsrechte als Instrument der Ordnungspolitik geraten zunehmend unter verfassungsrechtlichen Druck und werden erfolgreich beklagt und ausgehöhlt. Dieses Schicksal hat bereits das alte privatnützige Vorkaufsrecht an Wald in Thüringen erlitten, und es wird zunehmend vom landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht geteilt. Auch wenn man diese Entwicklung als bedauerlich ansehen mag, muss man doch anerkennen, dass ein Vorkaufsrecht als finaler Eingriff in die Freiheit des Grundeigentums immer einer besonders schwerwiegenden Begründung bedarf. Da eine solche Begründung zunehmend nicht gelingt, hat der Bund den Ländern die Gesetzgebungskompetenz für das landwirtschaftliche Vorkaufsrecht überlassen. Da diese erkennen, dass ein Vorkaufsrecht kaum hinreichend zu begründen ist, haben die Länder davon bisher nicht Gebrauch gemacht.

An einer solchen hinreichenden Begründung eines privatnützigen Vorkaufsrechts mangelt es auch hier. Dass ein auf seinen Grundstücken wirtschaftender Forstbetrieb durch den Erwerb eines benachbarten Waldgrundstückes durch einen Dritten beeinträchtigt wird, ist nicht näher dargelegt. Es ist auch fernliegend. Eine solche Beeinträchtigung müsste nicht nur „ärgerlich“, sondern in erheblichem Maße einschränkend sein. Dies ist schon deshalb ausgeschlossen, weil die Bewirtschaftung in zersplitterter Eigentumslage der heutigen Situation in weiten Teilen Thüringens entspricht. Weiterhin sieht das ThürWaldG hierfür Regeln vor, die etwaigen Probleme (wie bspw. Wegrechte) adressieren.

Ein weitaus größeres Problem im Bereich des Waldeigentums besteht nach unserer Auffassung in den rd. 50.000 ha Wald mit ungeklärter Eigentumslage. Um dies anzugehen, haben wir einen Vorschlag für einen neuen § 16 ThürWaldG in der Anlage beigefügt.

⁴ Im Übrigen können wir uns die Diskussion um Leitbilder sparen, wenn nicht in der aktuellen Katastrophensituation schnell Mittel zur Verfügung gestellt werden. Ansonsten wird die aktuelle Krise zu einer massiven „Bereinigung“ der Forstbetriebsstrukturen führen, bei denen „Kleine“ von „Großen“ und Investoren von außerhalb der Forstwirtschaft geschluckt werden. Solche Zwänge von Markt und Betriebswirtschaft lassen sich auch mit einem Leitbild im Nachhinein nicht mehr „kitten“.

Weiterhin begegnet der vorliegende Vorschlag zum Vorkaufsrecht europarechtlichen Bedenken, die vom wissenschaftlichen Dienst zu prüfen wären. Allenfalls wäre aus unserer Sicht eine Ausübung des Vorkaufsrechts bei einem Erwerb durch einen nicht-EU-Bürger denkbar (bspw. chinesische oder arabische Staatsfonds). Dies wäre damit zu begründen, dass der Wald solch grundsätzliche Bedeutung für unser Land hat, dass die Verfügung darüber nicht Personen zukommen darf, die nicht der Rechtsordnung der Union unterliegen.

Bereits das Vorkaufsrecht der Kommunen und des Landes sehen sich zahlreichen kritischen Anfragen ausgesetzt. Es wird zunehmend mit Erfolg beklagt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass eine Ausweitung des Vorkaufsrechts eine verfassungsrechtliche Überprüfung der gesamten Vorkaufsrechte des § 17 ThürWaldG veranlassen könnte, die zu einer weiteren Einschränkung oder Aufhebung führen könnte.

Von einer Ausübung des Vorkaufsrechts durch ThüringenForst raten wir dringend ab. Diese würde das Konfliktpotential eines Vorkaufsrechts an Wald (s.o.) nochmals dadurch verschärfen, indem die Forstbehörde in den zu erwartenden Streit hineingezogen würde.

Einen entsprechenden Änderungsvorschlag haben wir als Nr. 3 angefügt.

4. Verankerung Waldumbau, § 24 ThürWaldG

Gegen die Grundintention des Vorschlags ist zunächst nichts einzuwenden. Allerdings wird als Ziel des Waldumbaus nur die Erhaltung der Stabilität der Waldbestände definiert. Unter dieser Zielstellung lassen sich aber nur ein Teil der anerkannten Waldfunktionen (Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion) dauerhaft gleichwirksam erhalten. Neben Stabilität sollten daher auch „Produktivität“ und „andere Gemeinwohlleistungen“ genannt werden. So stellt bspw. in klimapolitischer Sicht neben dem Waldspeicher v.a. der Holzproduktespeicher (d.h. die Holznutzung) langfristig den größten Anteil an der Senkenfunktion der Wälder. Weiterhin zeigt uns die Forstgeschichte, dass sich etwa alle 20 bis 30 Jahre die Leitbilder und Paradigmen des Waldbaus ändern. So sind es u.a. staatlich verordnete Fichtenanpflanzung aus der Nachkriegszeit, die uns aktuell Probleme bescheren. Mit einer staatlichen Regulierung der Baumartenzusammensetzung per Verordnung sollte angesichts der Zeitspannen, um die es geht, äußerst vorsichtig umgegangen werden.

Die Wahl der richtigen Baumart ist eine Entscheidung von höchster Reichweite und Verantwortung. Dabei sind die Verwirklichung der Meinung und Ziele des jeweiligen Waldeigentümers durch Art. 14 GG garantiert. Um diesem verfassungsrechtlichen Maßstab zu genügen, muss der vorliegende Vorschlag dahingehend geändert werden, dass Maßnahmen des Waldumbaus für Privatwaldeigentümer grundsätzlich freiwillig sind. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind bereits möglich. So kann die Forstbehörde bei Verwendung nicht standortgerechter Baumarten, die die Sicherung der Holzproduktion und Erhaltung eines artenreichen Waldökosystems nicht gewährleisten, schon jetzt einschreiten (Vgl. § 19 Abs (1) Nr. 1, 2 und 4). Entscheidender Punkt ist hier, wie an vielen Stellen, nicht eine mangelnde Regelung, sondern unzureichende Umsetzung und Beratung durch die Landesforstanstalt aufgrund des Personalmangels.

Einen entsprechenden Änderungsvorschlag haben wir als Nr. 4 sowie Nr. 1 angefügt.

5. Ermächtigungen im Forstschutz, § 11 ThürWaldG

Die geplante Neuregelung wird von uns nicht beanstandet. Wir weisen aber nachdrücklich darauf hin, dass die Haupthindernisse für einen effektiven Waldschutz in Thüringen nicht uneinsichtige Waldbesitzer, sondern die mangelhafte Personalausstattung der Landesforstanstalt darstellen.

6. Neuregelung Waldbrandschäden, § 12 ThürWaldG

Eine Verschiebung dieser Regelung in den Katalog der regulären forstlichen Fördertatbestände ist aus Sicht der Waldeigentümer absolut nicht akzeptabel. Die staatliche Absicherung der Waldbrandschäden ist eine direkte Folge davon, dass jedermann den Wald betreten darf, und dort bspw. durch das Wegwerfen von Zigaretten Brände verursachen könnte. Wir Waldeigentümer sind die einzigen Grundeigentümer, denen die Vorsorge gegen solche Gefahren durch Einzäunen und Sperren unseres Eigentums grds. verwehrt ist. Diese gesetzlich vorgeschriebene Sozialisierung des Risikos ist die verfassungsrechtliche, politische und moralische Begründung für die Sozialisierung der Kosten der Waldbrandschäden.

Wir können es unseren Mitgliedern absolut nicht erklären, warum der Landtag ihnen ausgerechnet in einer Situation, in der in Thüringen großflächig Wälder brennen, diese Sicherheit nehmen will. Im Rahmen einer Förderung würden zunächst die üblichen Einschränkungen (bspw. Deminimis) und Risiken (nach Haushaltslage) gelten. Wir betrachten die Förderung einer Waldbrandversicherung auch nicht als gute Alternative. Dies wäre hauptsächlich ein Konjunkturprogramm für Versicherungsmakler und Versicherungskonzerne, die diese Zusatzeinnahmen bspw. in „Land-Grabbing“ im In- und Ausland reinvestieren würde. Wir halten aber eine Klärstellung für wünschenswert, dass der Ersatz aus dem Haushalt des Landes und nicht aus dem der Landesforstanstalt zu leisten ist.

7. Verlängerung Wiederaufforstungspflicht, § 23 ThürWaldG

Wir begrüßen die Regelung, die aber nach unserer Auffassung lediglich die bereits bestehende Verwaltungspraxis anerkennt.

8. Fördertatbestand Pferderückung & Rückengassenabstände, § 27 ThürWaldG

Wir begrüßen jede Ausweitung der Fördermöglichkeiten der besonderen Erschwernisse, die mit der naturnahen Waldbewirtschaftung einhergehen. Nach unserer Auffassung sind die genannten Tatbestände aber bereits in der bestehenden Förderung der naturnahen Waldwirtschaft förderfähig, und insgesamt von untergeordneter praktischer Relevanz.

In Bezug auf die Rückengassenabstände weisen wir auf das höhere Risiko des motormanuellen Einschlags hin, der hierdurch nötig wird. Erst im letzten Jahr konnte die landwirtschaftliche Unfallversicherung den Beitrag für diese Schadenskategorie senken.⁵ Die verringerten Unfälle sind nach Auskunft der SVLFG auf den steigenden Automatisierungsanteil in der Holzernte zurückzuführen. Wir halten es nun für bedenklich, wenn der Freistaat nun eine Art der Waldbewirtschaftung fördert, die zu höheren Kosten führt, die über die Sozialkassen getragen werden müssen. Neben diesen Kosten steckt hinter jedem Unfall im Holzeinschlag ein menschliches Schicksal. Um weiterhin qualifizierten Nachwuchs für den Beruf des Forstwirts zu finden, sollte die Politik den Rahmen für einen modernen und sicheren Beruf setzen. Erweiterte Rückengassenabstände sind dabei kontraproduktiv und in den o.g. Hinsichten gefährlich.

9. Unbeschränktes Betretungsrecht Staatsförster, § 62 ThürWaldG

Gegen ein Betreten des Privatwaldes durch den staatlichen Revierförster im Kalamitätsfall ist aus unserer Sicht zunächst nichts einzuwenden. Allerdings ist sein Betretungsrecht dann auch explizit auf solche Fälle zu beschränken, und nicht auf jedwede Gründe. Dies ist durch einen entsprechenden Einschub zu berücksichtigen.

⁵ Aufgrund steigender Unfallkosten in der Landwirtschaft resultiere diese Verringerung des Risikos in der Forstwirtschaft nicht in einer Reduktion des Beitrags für Waldbesitzer.

Einen entsprechenden Änderungsvorschlag haben wir als Nr. 5 angefügt.

10. Veräußerungsverbot Kommunalwald

In Bezug auf die Neuregelung des Verkaufs von Kommunalwald schließen wir uns der Auffassung des Gemeinde- und Städtebundes an und begrüßen die Neuregelung.

**Sie finden
Nachhaltigkeit
modern?**

Wir auch –
seit 360 Jahren.

**FORSTWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND**
Voraussetzung aller Traditionen

Änderungsvorschläge

1) Verankerung der Klimaschutzfunktion

a) § 1 Abs. (1) Nr. 1 wird wie folgt neu gefasst (Einfügungen unterstrichen):

„1. den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere für die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, den Klimaschutz, das Lokalklima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehrern und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern,“

b) Nach § 1 Abs. (1) Nr. 3 wird als neue Nr. 4 eingefügt:

„4. Klimaschutzleistungen durch Walderhaltung, Waldmehrung und Waldbewirtschaftung sowie die stoffliche, thermische und energetische Holznutzung zu sichern, bereitzustellen und zu erhöhen (Senkenfunktion).“

Die nachfolgenden Nummerierungen verschieben sich.

2) Reiten und Kutschfahren

In § 6 Abs. (6) wird als neue Nr. 6 eingefügt:

„6. das Reiten und Fahren mit Kutschen“

3) Verankerung der Waldeigentumsklärung

§ 16 wird wie folgt neu gefasst:

„§ 16 Unklare Waldeigentumsverhältnisse

(1) Bei Waldgrundstücken, deren Eigentumslage unklar ist oder eine sachgemäße Waldpflege dauerhaft verhindert, wirken die Forstbehörden oder Dritten gem. Abs. 4 zum Schutz und Erhalt des Waldes, seiner Funktionen und seiner Bewirtschaftung auf die Klärung von Eigentumsverhältnissen hin. Dazu notwendige Zuständigkeiten können den Forstbehörden oder Dritten gem. Abs. 4 übertragen werden.

(2) Wurde nach angemessenem Verfahren und Frist kein handlungsfähiger Waldeigentümer ermittelt, kann der Besitz zur vorläufigen Sicherung der in Abs. (1) S. 1 genannten Zwecke unter der Bestimmung des Zwecks und der Dauer an Dritte treuhänderisch übertragen werden. Die Eigentumsverhältnisse auf diesem sowie den angrenzenden Waldgrundstücken sind zwingend zu berücksichtigen. Kommt auch während einer angemessenen vorläufigen Sicherung eine freiwillige Bereinigung der Eigentumslage nicht zustande, kann das Waldeigentum neu geordnet werden.

(3) Die Kosten der Verfahren nach dieser Vorschrift sind aus zusätzlichen Erträgen aus den Fällen des § 17 zu decken. Sie sind darüber hinaus auf die nachfolgenden Eigentümer der Waldgrundstücke umzulegen und aus Erträgen der vorläufigen Sicherungen zu decken.

(4) Das Nähere regelt die Landesregierung durch Verordnung. Die Zuständigkeiten nach dieser Vorschrift können auch an Dritte übertragen werden.“

4) Waldumbau

In den vorgeschlagenen § 23 Abs (1) wird am Ende folgender S. 5 angefügt:

„Maßnahmen des Waldumbaus sind im Privatwald grundsätzlich freiwillig, soweit sich aus § 19 Abs. (1) Nr. 1, 2 und 4 nichts anderes ergibt.“

5) Betretungsrechts des Staatsförsters im Kalamitätsfall

In § 62 Abs. 4 S. 1 wird am Ende eingefügt:

„sowie im Falle einer dringenden Forstschutzsituation (§ 11).“

Borkenkäfer wirksam bekämpfen, großflächiges Absterben Thüringer Wälder verhindern!
Krisenstab TMIL 30.04.2019

Fassung: 29.04.2019 jeb (WBV)

Schadensumfang Thüringen 2019

- Größte Massengradation des Borkenkäfers seit mind. 70 Jahren. Schadholzvolumen mind. 2,5 Mio fm.
- Wertvernichtung Holzvorrat: 100-200 Mio EUR (ohne Beachtung Zuwachsverluste, etc.).
- 100.000-200.000 betroffene Waldbesitzer (Private, Genossenschaften, Kirchen, Gemeinde, etc.).

Hauptprobleme

- Kein auskömmlicher Absatz für „Grünes Holz“ (befallen, aber verwertbar). Dies Holz muss aber i.R.d. des Forstschatzes aufgearbeitet werden.
- Keinerlei, jedenfalls kein auskömmlicher Absatz für totes Holz – Kapitalvernichtung. Waldbesitzer können Eigenanteil für Waldschutz & Wiederaufforstung sowie fehlende Einkommen in den Folgejahren nicht aus dem Wald finanzieren.

Folgen

- Verwahrlosung Waldlandschaften. Ausfall Waldfunktionen, bspw. durch ausbleibende Wegepflege.
- Gefahr von Bodenerosionen, verringerte Wasserrückhaltung in Hochwasserentstehungsgebieten.
- Zerfall bestehender forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse.
- Beeinträchtigung Tourismus und Imageverlust („Thüringen - Grünes Herz Deutschlands“?)
- Verringerte Wertschöpfung, Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit im ländlichen Raum.
- Klimaziele durch THG-Freisetzung im Wald und verringerten Wiederaufbau des Waldspeichers, Wegfall Produktspeicher unerreichbar („Kanada-Problem“).
- **Fazit: Folgekosten nach Zusammenbruch des noch funktionalen System Forstwirtschaft in Thüringen deutlich höher als Intervention jetzt. Hauptproblem z.Z. mangelnder Kapitalzufluss durch Zusammenbruch Holzmarkt.**

Instrumente

1. **„Grünes Holz“: Förderung der Aufarbeitung aus Forstschutzgründen.**
 - a. Erhöhung der Kalamitäts-Pauschale auf 15 EUR/fm für aufgearbeitetes und verkauftes Holz.
 - b. Übernahme der Erntekosten und des Holzes zu 5 EUR/fm bei fehlendem Absatz.
 2. **„Totes Holz“: Kompensation ohne Aufarbeitung, u.a. für Bodenschutz, Schattenwurf, Binnenklima.**
 - a. Tlw. Übernahme des bestehenden Instruments WUM E.2.2. (Habitatbäume) in ein vereinfachtes Landesprogramm. Finanzierung aus Landesmitteln. Fixierung der Höhe der Ausgleichzahlung bei 35 EUR/Efm. Keine Fristbindung an den 15. Mai.
 - b. Übernahme flächig abgestorbener, überwiegend junger Bestände zu 5 EUR/Vfm.
 - c. Bei beiden: Maximalförderung 2.500 EUR/ha. Ggf. mit Auflage der Wiederaufforstung auf betroffenen Flächen (kann aber auch unterbleiben, da Pflicht nach ThürWaldG).
 3. **Personal: Die Förderung muss auch auf die Fläche kommen.** Befristete Anstellung von Personal bei FWV/WBV/Frauenwald zur Unterstützung bei Antragstellung. Personal zum Forstschutz sollte bei ThüringenForst eingestellt werden: mind. ein Anwärter pro Forstamt.
- 1-3: Verwaltungsvereinfachungen:** U.a. rückwirkende Inkraftsetzung zum 1.4.2019.
- 1-3: Finanzierung:** Rücklage des Freistaats, bzw. zusätzlichen Steuereinnahmen (aktuell 470,5 Mio EUR).

Kostenansatz 2019/2020

1. „Grünes Holz“	0,25-1Mio fm	3,75 - 15 Mio EUR
2. „Totes Holz“	0,25-1 Mio fm	8,75 - 35 Mio EUR
3. Personal	5 - 10 VZÄ	0,50 - 1 Mio EUR

Gesamtsumme	0,5 - 2 Mio fm	13 - 51 Mio EUR¹
je nach Beantragung/Anfall:	je 100.000 fm	2,5 Mio EUR

¹ Die tatsächlich benötigte Höhe hängt von der weiteren Entwicklung und den Antragszahlen ab.

Argumentationslinien für Sofortmaßnahmen – intern -

- **Zur Schadenshöhe:** Wertverlust ist sehr pauschal mit 50 EUR/fm angesetzt. Im LAS wohl weniger Wertverlust. Dafür aber andere Sortimente gar nicht mehr kostendeckend absetzbar, d.h. diese schlagen „negativ“ zu Buche. Schadenshöhe ist daher konservativ geschätzt.
- **Zur Schadmenge:** Angaben vom ThüringenForst, bzw. TMIL.
- **Zur Gesamthöhe der Forderungen: Geld ist vorhanden:** Über 300 Mio EUR Steuermehreinnahmen in 2018 (7,2 Mrd. EUR Gesamtsteuereinnahmen Land).
- **Gutes Beispiel Sachsen:** 39,4 Mio EUR Sondervermögen Kalamität 2018/2019 – Stand Dezember 2018! Davon 8 Mio für den Privatwald. Thüringen bisher rd. 440.000 EUR.
- **Förderung generiert Steuereinnahmen:** Schadensereignis wirkt wie kleines Konjunkturprogramm. Nutzungen müssen vorgezogen werden. Ebenso Investitionen (Wiederaufforstung). Förderung stützt die Vornahme der Aufarbeitung und Wiederaufforstung. Alternative: „Vergammeln lassen“.
- **Krise als Chance:** Waldumbau könnte beschleunigt werden. Strukturen der Zusammenarbeit im Forstsektor könnten gestärkt oder neu aufgebaut werden.
- **Zur Erhöhung der Kalamitätspauschale auf 15 EUR:** Förderung von Aufarbeitung und Rückung als Pauschalleistung/Eigenleistung nach GAK-Regeln: 80% Förderung der Eigenleistung. Diese wird als 80% der Unternehmerleistung (z.Z. rd. 24 EUR) angesetzt: $24,00 \text{ EUR} \times 0,8 = 19,20 \text{ EUR}$.
- **Ankauf des Holzes für 5 EUR/Efm:** Bspw. für die Einlagerung in Nass- und Trockenlagern, Verfeuerung in Heiz- und Kohlekraftwerken, Einlagerung als C-Verpressung in Bergstollen zur Kompensation des Verlustes im Waldspeicher.
- **Zum „Stehen Lassen“:** Gerade bei eingeleitetem Waldumbau, bspw. über Voranbau schonende Alternative zur Entnahme.
- **Zum „Stehen Lassen“:** Entlastung des Unternehmermarktes.
- **Universale Anwendbarkeit Habitatbaumprogramm:** Auch für erwartete Kalamitäten an Buchen (Schleimfluss) und Eschen anwendbar.
- **Fixierung bei 35 EUR/fm:** Als Grundlage beim Landesprogramm sollte nicht mehr der IN-Preis der AÖR gelten,² sondern der PAL, oder LAS Preis. Dies ist auch realistischer, weil vermehrt „gutes“ Holz anfällt, und bei Nadelholz überwiegend LAS anfällt (anders als bei abgebrochenen, solitären Habitatbuchen).
- **Keine Existenzgefährdung der Waldbesitzer:** Das ist mehrheitlich wohl richtig, keine regelmäßige Einkommenserwartung bei 1,2 ha durchschnittlicher Waldbesitzergröße. Aber daher auch geringes wirtschaftliches Interesse an Wiederaufforstung, wenn nicht durch Einnahmen aus dem Wald gedeckt. Folge: Aufgabe der Flächen.
- **„unnötige Förderung“ für „vermögende Waldbesitzer“?:** Durchschnittliche Waldbesitzergröße, Begrenzung aufgrund von Deminimis.
- **Folgeforderungen**
 - Zusammenarbeit ThüringenForst & Nichtstaatswald: Bspw. Anzucht von Saatgut.
 - Heraufsetzung der Fördersätze auf 90%.
 - Entlastung des Unternehmermarktes & Stärkung der Eigenleistung: Wiederaufnahme der Förderung zur Anschaffung von Maschinen durch Waldbesitzer.
 - Saatgut: Es sind keine ausreichenden Betrug verhindern.
 - Instandhaltung Rettungspunktenetz.

² Zugrunde gelegter Preis der AÖR IV. Qtl. 2018: 35 EUR/fm. Sondereffekt Holzmarktzusammenbruch (I. Qtl. 2019: 28 EUR/fm) sollte als Ausnahmefall unberücksichtigt bleiben. Limit von 200 EUR/ha, weshalb diese Förderung nur auf kleinere Gruppen, bzw. Fichtenblocks in überwiegenden Laubholzbeständen anwendbar ist. Bsp: 10 ha Bestand, davon 2x 0,5 ha Fichte, max. Förderbetrag 2.000 EUR.

Wald. Deine Natur.

THUR. LANDTAG POST
30.04.2019 15:19

2248 149

Den Mitgliedern des AfILF

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.
Lindenhof 3 • 99998 Mühlhausen/OT Seebach

Thüringer Landtag

Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten (mündlich Anzuhörender)

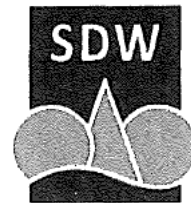
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift

6/2912

zu Drs. 6/6963



Landesvorsitzender

Geschäftsführender Vorstand

Landesgeschäftsführer

Ihr Zeichen
Drs. 6/6963-A 6.1

Ihre Nachricht vom
08.04.2019

Unser Zeichen

Datum
29.04.2019

Anhebungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes – Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 6/6963

Stellungnahme der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V. (SDW)

Sehr geehrte Damen und Herren,

als anerkannter Naturschutzverband nach § 63 BNatSchG bezieht die SDW zu der vorgelegten Änderung des Thüringer Waldgesetzes wie folgt Stellung.

Den Änderungen des § 6 stimmen wir grundsätzlich zu. Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass eine Regelung bezüglich der Nutzung befestigter Wege durch Reiter und Radfahrer, ggf. über die Wegbreite, geprüft werden sollte. Die Folgen einer erhöhten Frequentierung von Waldwegen sollten hierbei nicht unbeachtet bleiben, allen voran die Beunruhigung des Wildbestandes, in deren Folge ein vermehrtes Äsungsaufkommen auch konträr zu den Zielen des Waldumbaus steht. Eine Kanalisierung, bspw. auf explizit ausgewiesene Trails, sollte nicht zuletzt aus diesem Grund weiter verfolgt werden.

Die Verkehrssicherungspflicht für Waldbesitzer muss in diesem Rahmen eindeutig geklärt sein. Typische Gegebenheiten, die sich aus dem forstwirtschaftlichen Betrieb ergeben, sind als walddtypische Gefahren einzuordnen.

Die Änderungen des § 24 begrüßen wir. Anzumerken ist, dass zur Erfüllung der hoheitlichen Aufgaben der Landesforstanstalt entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Landesforstanstalt soll dabei alle Aufgaben der hoheitlichen Bereiche in vollem Umfang erfüllen können. Es geht nicht, dass unter der angespannten Situation im Forstschutz, eine Allokation zu Ungunsten dieser Bereiche stattfindet. Für die SDW ist hierbei im Besonderen die im Waldgesetz verankerte Aufgabe der Waldpädagogik nach § 59 (3) zu nennen. Die Information der Gesellschaft über die Funktionen des Waldes stellt eine zentrale Aufgabe dar, um das Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft langfristig zu sichern und zu stärken.

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Landesverband Thüringen e.V.

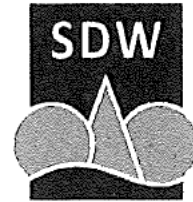
Lindenhof 3
99998 Mühlhausen/OT Seebach

Tel.: (03601) 42 70 40
Fax: (03601) 40 29 03

Bankverbindungen: SPK Unstrut-Hainich (BIC: HELADEF1MUE)
IBAN Geschäftskonto: DE90 8205 6060 0552 0008 68

Anerkannter Verband nach dem
Bundesnaturschutzgesetzes / Bund

Wald. Deine Natur.



Den übrigen Änderungen stimmt die SDW zu.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

THÜR. LANDTAG POST
02.05.2019 07:19
997512619



Thüringer Motorsport Bund e.V. – Geraer Str.77
07646 Stadtroda

Thüringer Motorsport Bund e.V.
Mitglied im Landessportbund Thüringen
Mitglied im Deutschen Motorsport Bund

An den
Präsidenten des Thüringer Landtages
Jürgen-Fuchs-Straße 1
D 99096 Erfurt

Sitz: Erfurt

Eingetragen beim Amtsgericht Erfurt unter VR 1618

Geschäftsstelle:

Geraer Str.77
07646 Stadtroda

Tel. +49 (0) 36428 41799

Fax +49 (0) 36428/41825

E-Mail info@thueringer-motorsport.de

Internet www.thueringer-motorsport.de

Erfurt, den 01.05.2019

Betr.: LtDrs. 6/6963 ThürWaldG

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

(mündlich Anzuhörender)

wir nehmen die o.g. Drucksache zum Anlass, Ihnen folgende, bitte diskussionsoffenen Anregung zu übermitteln und vorzuschlagen:

In Art. 1 Nr. 1 werden wie folgt nach Unterabsatz "a" die Unterabsätze "a1" und "a2" eingefügt.

a1a) Der bisherige Satz 2 wird aufgehoben.

a1b) Der Doppelpunkt vor Satz 2 wird gestrichen.

a1c) Satz 2 (bisher. Satz 3) erhält in Nr.5 folgende Fassung:

"das Rad fahren, insbesondere das Mountainbiking abseits der Wege und Straßen"

a1d) und endet mit den Worten

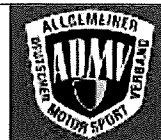
"nur mit Zustimmung des Waldbesitzers zulässig."

a1d) Satz 3 (neu) erhält die Fassung

"Die Waldfunktionen und sonstigen Rechtsgüter sowie Belange des Naturschutzes dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden."

a2) An Abs.6 in der neuen Fassung wird ein Abs. 6a in folgender Fassung eingefügt:

"Die Durchführung organisierter Sportveranstaltungen im Wald bedarf der Genehmigung der unteren



Forstbehörde. Diese Genehmigung erfolgt, soweit Eingriffe lt. §14 ff. BNatSchG betroffen sind, im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde. Die sich aus Abs.6 Satz 3 (bish. Satz 4, neu Nr.5 Satz 2) ergebenden Grenzen der Benutzung des Waldes sind zu berücksichtigen.

Gründe:

a1a) Das Motorsportverbot in Abs.6 Satz 2 wird gestrichen; die Genehmigung von Motorsport erfolgt im Zuge des

Abs. 6a (neu). Befürchtete Ausuferungen o.ä. werden durch die in a1d beschriebenen Grenzen vermieden.

a1b) Grammatik f. Satz 2 (bish. Satz 3)

a1c) Das Radfahren ist abseits von jederlei Wegen genehmigungspflichtig, nicht nur abseits fester Wege.

a1c) Der Änderungsentwurf korrigiert die Aufzählung des § 6 Satz 2 (bish. Satz 3) dahingehend, dass die Passage

"nur mit Zustimmung des Waldbesitzers zulässig.

a1d) Die Waldfunktionen und sonstigen Rechtsgüter sowie Belange des Naturschutzes dürfen....." müssen semantisch für jede Nr. von 1-5 gelten, nicht nur für das Radfahren.

a2) Der Genehmigungsvorbehalt sportlicher Veranstaltungen wird in einem eigenen Abs. 6a behandelt. Zusammen mit der Streichung des Abs.6 Satz 2 (Motorsportverbot) bewirkt dies in §6a (neu) zum einen nicht mehr verbotsbelasteten Genehmigungsvorbehalt auch für Motorsport, dies aber auch in den Grenzen des Satz 4 (Satz 3 neu) aus Abs.6, weil der Satz ansonsten unbeschadet des Abs.2 weiterhin nur auf das Radfahren Anwendung fände. Vermieden werden durch die Streichung des Abs.6 Satz 2 aufwendige und für die Betroffenen wenig perspektivschaffende Befassungen mit der Begrifflichkeit des Attributes "grundsätzlich".

Hinweise:

Die Änderung in §6a von "Einvernehmen" in "Benehmen" ergibt sich aus §17 Abs.1 BNatSchG.

Soweit die Beteiligung der UNB auch die §§ 39 ff bzw. 44 ff. BNatSchG umfasst, wäre "Einvernehmen" beizubehalten.

Soweit eine Inanspruchnahme des Waldes aufgrund Betretungsrechtes aus §6 ThWaldG erfolgt, wird analog der in der Literatur überwiegenden Diktion das Wort "Benutzung" und im Falle einer Inanspruchnahme des Waldes zu jagdlichen und forstlichen Zwecken das Wort "Nutzung" verwendet.

III Auswirkungen auf den Haushalt

keine

IV Auswirkungen auf genderrelevante Kriterien

keine

Volltextentwurf §6 und §6a

(6)

1 Die Benutzung von Waldwegen durch Kraftfahrzeuge ist zur Erfüllung forstwirtschaftlicher Aufgaben gestattet. [Satz 2 alt Motorsportverbot gestrichen]

2 Innerhalb des Waldes sind insbesondere

1. das Fahren mit Kraftfahrzeugen außerhalb forstwirtschaftlicher Aufgaben,

2. das Abstellen von Wohn-, Bienen- und sonstigen Wagen außerhalb der nach § 25 Abs. 4 Satz 1 genehmigten Anlagen,

3. das Zelten,

4. das Anlegen von Loipen und Skiwanderwegen mit Loipenfahrzeugen,

5. das Radfahren, insbesondere das Mountainbiking, abseits der Wege und Straßen
nur mit Zustimmung des Waldbesitzers zulässig.

³ Die Waldfunktionen und sonstigen Rechtsgüter sowie Belange des Naturschutzes dürfen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

(6a) ¹ Die Durchführung organisierter Sportveranstaltungen im Wald bedarf der Genehmigung der unteren Forstbehörde. ² soweit Naturschutzbelange betroffen sind, erfolgt diese Genehmigung im Benehmen mit der unteren Naturschutzbehörde. [nächster Satz 3 ergänzt] ³ Die sich aus Abs.6 Satz 3 [Satz 4 alt] ergebenden Grenzen der Benutzung des Waldes sind zu berücksichtigen.

Um eine Beteiligung im Falle möglicherweise geplanter Verbandsanhörungen wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

Präsident

Sportpräsident

THÜR. LANDTAG POST
02.05.2019 08:13

999012019



adfc Thüringen · Bahnhofstr. 22 · 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Land-
wirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Allgemeiner Deutscher
Fahrrad-Club Thüringen e.V.
Bahnhofstrasse 22
99084 Erfurt

Tel. +49 361 2251734
Fax +49 361 2251746

buero@adfc-thueringen.de
www.adfc-thueringen.de

Erfurt, 24.4.2019

Anhörungsverfahren - 2. Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes
Ihr Zeichen: Drs.6/6093-A 6.1

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Möglichkeit, zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer
Waldgesetzes Stellung nehmen zu können.

Unsere Stellungnahme bezieht sich nur auf Art. 1 Nr. 1 des Änderungsgesetzes, also die
beabsichtigten Änderungen in § 6 ThürWaldG.

Die vorgesehenen Änderungen begrüßen wir uneingeschränkt.

Die Regelung zum Radfahren im Wald erscheint so geeignet und angemessen und bleibt -
anders als zuvor in der Diskussion gewesen - nicht mehr hinter den Regelun-
gen der meisten anderen Bundesländer zurück. Weiterhin wird ein scheinbarer
Widerspruch zwischen den Regelungen in den einzelnen Absätzen des § 6
ThürWaldG beseitigt.

Mit der Klarstellung, dass aus dem Betretungsrecht und der Möglichkeit zum
Radfahren und Reiten sich keine gesonderten Verkehrssicherungspflichten
ergeben, wird letztlich die Regelung aus dem Bundeswaldgesetz aufgegriffen
und den Interessen der Waldbesitzer ausreichend Rechnung getragen.

Mit freundlichen Grüßen

Vereinsregister:
VR 788, Erfurt
Vorsitz

Steuer-Nr.
151/141/195560

Bankverbindung
Sparkasse Mittelthüringen
IBAN: DE13 8205 1000 0163
1011 32
BIC HELADEF1WEM

Öffnungszeiten Infoladen
im Erfurter Radhaus, 1 OG.
Di: 14:00 - 18:00 Uhr
Do: 09:00 - 13:00 Uhr

Sprechzeiten Büroleitung:
Di: 14:00-18:00

THÜR. LANDTAG POST
02.05.2019 13:53

1009012019



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

(mündlich Anzuhörender)

Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom
Drs. 6/6963-A 6.1/wa

Geschäftszeichen

Bearbeiter / Durchwahl

Datum
29.04.2019

Stellungnahme zum Entwurf des Gesetzes zur Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechts, zur Umsetzung des Beschlusses des Thüringer Oberverwaltungsgerichts vom 04.04.2018 (AZ: 3 W 17/18) und zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Sehr geehrter

ich bedanke mich für die Gelegenheit Stellung zu o. g. Gesetzentwurf beziehen zu können und nehme diese wie folgt wahr:

Zu Art. 1 Nr. 1a:

Es wird angeregt, den Sätzen 1 und 2 des § 6 Abs. 3 ThürWaldG folgende Fassung zu geben:

„Fahren mit Krankenfahrstühlen sowie mit Personenkraftwagen, deren Fahrer bzw. Mitfahrer im Besitz einer Sonderfahrgenehmigung für Schwerbehinderte sind, ist auf befestigten Wegen erlaubt. Reiten und Radfahren ist auf dafür geeigneten, mindestens 2 m breiten, festen und befestigten Wegen und Straßen, auf denen forstwirtschaftliche Maßnahmen nicht stattfinden, gestattet. Verkehrssicherungspflichten für den Waldbesitzer ergeben sich daraus nicht. Der Benutzer hat sich auf die aus der Waldeigenschaft der Wege und Straßen sowie deren Zustand und Bewirtschaftung ergebende Gefährdungen einzustellen.“

Gründe:

Mit den Änderungsvorschlägen zum Gesetzentwurf soll ein weitestgehend konfliktfreies Nebeneinander von Waldbewirtschaftung und Waldbenutzung unter angemessener Berücksichtigung der Interessen von Waldbesitzer und der Erholungssuchenden gewährleistet werden.

Zu Art. 1 Nr. 1b:

Es wird angeregt, der Vorschrift folgende Fassung zu geben:

„Das Nähere zum Betreten des Waldes, zur sportlichen Betätigung und zur Ausweisung von Rettungspunkten regelt die oberste Forstbehörde durch Rechtsverord-

Geschäftsanschrift
ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzende

Vorstand

Eingetragen beim
Amtsgericht Jena
HRA 503042
St.-Nr.: 151/144/09607
USt.-ID: DE 811570658
Finanzamt Erfurt

Bankverbindung
ThüringenForst – Zentrale
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN DE92 8205 0000 1302 0100 93
SWIFT-BIC HELADEF820



8/6/19/6089/TIT



nung; die dem Waldbesitzer dafür zu erstattenden Aufwendungen sind einvernehmlich zwischen der obersten Forstbehörde und dem für Finanzen zuständige Ministerium abzustimmen.“

Gründe:

Mit dem Änderungsvorschlag soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass die originär aus dem betrieblichen Rettungswesen der Waldbesitzer erwachsenen und durch diese festgelegten Rettungspunkte der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und die u. a. auch daraus erwachsenden Aufwendungen ebenso abgegolten werden wie solche, die aus über den Gemeingebrauch hinausgehenden Gestattungen oder Kennzeichnungen entstehen. Das einheitlich zu kennzeichnende Wanderwegenetz unterfällt aus hiesiger Sicht der vorgeschlagenen Regelung.

Zu Art. 1 Nr. 3:

Den Gesetzentwurf ergänzend wird angeregt, § 17 Abs. 2 Satz 1 dahingehend zu ändern, dass dieser künftig lautet:

„Das Vorkaufsrecht darf durch die Gemeinden und das Land nur ausgeübt werden, wenn der Kauf der Walderhaltung oder einer Verbesserung einer Leistung des Waldes für die Allgemeinheit dient.“

Gründe:

Die bisherige Fassung des § 17 Abs. 2 Satz 1 beinhaltet die Regelung, dass das Vorkaufsrecht durch die öffentliche Hand nur ausgeübt werden darf, wenn der Kauf der Walderhaltung oder einer Verbesserung der Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit dient. Der Begriff der öffentlichen Hand ist nicht näher bestimmt. Die angeregte Klarstellung dient der Umsetzung der Intentionen der Änderung der Vorschrift, nach der durch das Vorkaufsrecht der Thüringer Landgesellschaft andere Ziele als die der Walderhaltung oder einer Verbesserung der Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit verfolgt werden. Eben daher sollte im Interesse der künftigen Streitvermeidung klargestellt werden, dass jene beiden Ziele explizit und ausschließlich für die Ausübung der Vorkaufsrechte durch die Gemeinden und das Land gelten sollen.

Auch sollte das siedlungsrechtliche Vorkaufsrecht zur Vermeidung von Interessenkollisionen durch die Thüringer Landgesellschaft und nicht die ThüringenForst - Anstalt öffentlichen Rechts ausgeübt werden, da letztere als untere Forstbehörde im Sinne des § 59 Abs. 1 Nr. 2 ThürWaldG bereits gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 der Vorschrift berufen ist, das Vorkaufsrecht für das Land auszuüben. Insofern wird die Gefahr einer Interessenkollision bereits daher gesehen, wenn nunmehr auch die Ausübung eines Vorkaufsrechts für land- und forstwirtschaftliche Betriebe erfolgen sollte. Im Übrigen würde es sich dabei um eine zusätzliche Aufgabe handeln, für die eine kostendeckende Finanzaufführung zu gewährleisten wäre (§ 5 ThürLForstAG).

Zu Art. 1 Nr. 4b:

Es wird angeregt, den Absatz 2 nicht zu streichen, sondern die dort beinhaltete Nachbesserungspflicht von zwei Jahren auf fünf Jahre anzuheben.

Gründe:

Mit der Änderung des § 23 Abs. 1 ThürWaldG wird das Ziel verfolgt, innerhalb von fünf Jahren zukunftsfähige Wälder auf kahl geschlagenen oder infolge Schadeintritt unbestockten Waldflächen zu gewährleisten. Für den Fall, dass solche zu einem früheren Zeitpunkt zwar wieder aufgeforstet, jedoch durch fehlende Nachbesserung und Pflege wieder verloren gehen, würde eben jenes Ziel verfehlt. Eben daher wird die Beibehaltung des Absatzes 2 unter Anpassung des Nachbesserungs- und Pflegezeitraumes als sinnvoll erachtet.

Zu Art. 1 Nr. 5b:

Es wird angeregt, der Vorschrift folgende Fassung zu geben:

„... sind geeignete und standortgerechte Baumarten in einer an die Waldbauvorschriften des



Thüringer Staatswaldes angelehnten Zahl vor allem in reine Fichtenwälder und nicht standortgerechte Wälder einzubringen.“

Gründe:

Mit der Einfügung wird gewährleistet, dass nach Art und Zahl sowohl den Anforderungen des Klimawandels als auch forstwissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechende Baumarten in den Thüringer Wäldern Verwendung finden.

Zu Art. 1 Nr. 11:

Hier wird davon ausgegangen, dass es sich bei der hier vorliegenden Fassung des Gesetzentwurfes um eine redaktionell noch nicht geänderte handelt und die dort vorgesehene Streichung sich auf § 62 Abs. 4 ThürWaldG beschränkt.

Im Übrigen ist dem vorliegenden Entwurf zuzustimmen. Es wird jedoch angeregt, zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, im Gesetzgebungsverfahren auch darauf hinzuwirken, dass die sich aus § 28 Abs. 2 ThürWaldG ergebende Beförderungspflicht für Privatwaldeigentümer in einen Fördertatbestand gewandelt werden kann. Aus hiesiger Sicht ist es dringend notwendig, § 28 Abs. 2 Satz 1 ThürWaldG abzuändern, so dass dieser künftig lautet:

„Die Landesforstanstalt soll auf Antrag des Privateigentümers gegen einen Kostenbeitrag den forsttechnischen Betrieb durchführen.“

Die gegenwärtige Rechtslage verpflichtet die ThüringenForst – Anstalt öffentlichen Rechts, ausnahmslos für alle dies wünschenden Privatwaldeigentümer, den forsttechnischen Betrieb auszuführen, selbst so dies für die Landesforstanstalt im Einzelfall (z.B. wegen Zahlungsschulden) unzumutbar ist. Die vorgeschlagene Soll-Vorschrift bindet die Landesforstanstalt auch weiterhin grundsätzlich, ermöglicht es ihr jedoch zugleich in Ausnahmefällen, in denen es ihr unzumutbar ist, Leistungen für einen Waldbesitzer zu verweigern. Durch die Aufnahme von Beförderungsleistungen als Fördertatbestand würde eine Leistungserbringung zu Vollkosten ermöglicht und eine Belebung des Marktes auch für Forstdienstleister bewirkt werden.

Schlussendlich wird bereits aus Verfassungsrechtlichen Gründen angeregt, den § 33 Abs. 6 ThürWaldG ersatzlos zu streichen, da dieser den Bestimmungen des Art. 33 Abs. 2 GG antagonistisch entgegensteht.

Mit freundlichen Grüßen

THUR. LANDTAG POST
03.05.2019 10:16

1016612019



Arbeitsgemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft e.V.
Mitteldeutschland

Thüringer Landtag
Referat A1
J.-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

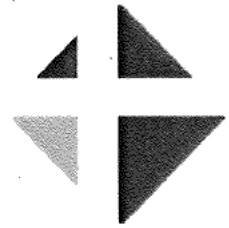
Haina, 24. April 2019

Sehr geehrte

dem Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes gem. Drucksache 6/6963 stimmen wir zu. Aus unserer Sicht besonders positiv ist der Umstand, daß damit ein weiterer Umgehungstatbestand im landwirtschaftlichen Bodenrecht geschlossen wird und der weitere Zugriff von Investoren auf unseren Boden verhindert wird.

Mit freundlichen Grüßen

DAS LANDESKIRCHENAMT



Das Landeskirchenamt | PF 800752 | 99033 Erfurt

Thüringer Landtag
Verwaltung
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
06.05.2019 09:01

10224/2019

Datum: 02.05.2019

Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung Änderung des Thüringer Waldgesetzes

Sehr geehrte Ausschussmitglieder, sehr geehrter

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes. Wir befürworten, dass die Probleme der Waldgenossenschaften angegangen werden und ihre Handlungsfähigkeit verbessert bzw. wiederhergestellt werden soll. Bei den weiteren vorgesehenen Änderungen sind wir grundsätzlich skeptisch, ob hier Veränderungsbedarf besteht und eine Verbesserung der Situation erreicht wird. Im Einzelnen geben wir folgende Hinweise:

Bei der in § 6 beabsichtigten Freigabe der Wege zum Reiten können wir die Einschätzung nicht bestätigen, dass sich die derzeitigen Regelungen nicht bewährt haben. Probleme in diesem Bereich sind uns nicht bekannt. Die grundsätzliche Freigabe des Reitens und Radfahrens führt künftig dazu, dass andere Nutzergruppen, insbesondere die Fußgänger, auf allen festen Wegen mit Reitverkehr in Kontakt kommen können und entsprechend vorsichtiger sein müssen. Bisher war diese zusätzliche Sorgfalt nur auf den spezifisch ausgewiesenen Reitwegen angebracht. Die künftige Regelung stellt somit einen Nachteil für andere Nutzergruppen im Wald dar. Auch sind die Eigentümer künftig stärker belastet. Es wird zwar versucht, „besondere“ Verkehrssicherungspflichten auszuschließen, jedoch verbleibt bei den Eigentümern der durch die Reit- und Kutschfahrtnutzung erhöhte Erhaltungsaufwand für die freigegebenen Wege und Straßen. Insgesamt sehen wir also nicht, dass die derzeitige Situation einer Änderung bedarf und sind skeptisch, dass die im Gesetzentwurf beabsichtigte Regelung vorteilhaft ist. Wir empfehlen die Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

Auch bei der Ausdehnung des Vorkaufsrechts in § 17 zweifeln wir, ob die avisierte Regelung notwendig und möglich ist. Der Thüringer Verfassungsgerichtshof hat mit Urteil vom 7. September 2010 entschieden, dass das frühere Vorkaufsrecht angrenzender Privatwaldeigentümer

KIRCHENOBERFORSTRÄTIN

Referat Grundstücke / Forst (F
4)

Michaelisstr. 39
99084 Erfurt

Telefon: 0361 / 51800 - 0
Telefax: 0361 / 51800 - 198
landeskirchenamt@ekmd.de

Bearbeitet von:

Unser Zeichen: 7200-01
Ihre Nachricht vom: 23. April
2019
Ihr Zeichen: Drs. 6/6963-A
6.1

www.ekmd.de

verfassungswidrig war. Die nach dem Gesetzentwurf beabsichtigte Regelung ist hinsichtlich Ziel und Vorgehen ähnlich zur damaligen Regelung, sodass auch hier die Vereinbarkeit mit der Thüringer Verfassung zweifelhaft ist. Zumindest wird es wahrscheinlich zu einer verfassungsgerichtlichen Kontrolle kommen und bis dahin ist ungewiss, ob die Regelung Bestand hat. Zumindest in der Gesetzesbegründung wäre hier eine eingehende Auseinandersetzung mit den Gründen des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofes zu erwarten gewesen. Die zuletzt vorgeschlagene Regelung bürokratisiert schließlich den Waldverkauf über alle Maßen und ist auch unbestimmt formuliert. Allein der Begriff des „regional ansässigen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmens“ beinhaltet eine Unbestimmtheit, die einen Unsicherheitsfaktor darstellt. Bei aller Sympathie für die heimische Holzwirtschaft halten wir die beabsichtigten Eingriffe in den Markt für unverhältnismäßig. Auch in diesem Bereich sind uns nicht Probleme bekannt, die einen entsprechend tiefgreifenden Eingriff notwendig machen. Im Ergebnis halten wir die beabsichtigte Änderung in § 17 somit nicht für notwendig und angesichts der Entscheidung des Thüringer Verfassungsgerichtshofes für wahrscheinlich verfassungswidrig. Wir empfehlen insoweit die Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

Hinsichtlich der Regelungen zu Waldbrandschäden kritisieren wir, dass der ausdrückliche, konkrete Anspruch auf Unterstützung nach dem bisherigen § 29 abgeschafft werden soll. Unverständlich bleibt, warum der in der Begründung lapidar angegebene Anlass – der Klimawandel und die Verantwortung des Eigentümers zur Vorsorge – die Abschaffung der Unterstützung notwendig machen. Es wäre verblüffend, wenn eine Regelung abgeschafft wird, weil sie künftig größere Bedeutung erlangt. Anstelle des Anspruchs in § 29 soll es nur noch eine Fördermöglichkeit nach § 27 geben, was bereits kategorial eine Verschlechterung darstellt. Zusätzlich soll die Förderung nur noch die Schadensbeseitigung und nicht (wie bisher § 29) die Wiederherstellung umfassen – auch dies eine fragwürdige Verschlechterung. Nicht zuletzt die Schadensereignisse der vergangenen Wochen zeigen unserer Ansicht die Notwendigkeit der derzeitigen Regelung, um die Funktionsfähigkeit des Waldes gesamtgesellschaftlich zu schützen. Wir fordern insoweit die Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag,

Referentin

THÜR. LANDTAG POST
01.07.2019 15:42

15008/19



Thüringer
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des
AfILF

Landesgeschäftsstelle
Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 262532 - 0

Telefax
0361 26253-225

Internet
www.tbv-erfurt.de

E-Mail
tbv@tbv-erfurt.de

vorab per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Erfurt, 1. Juli 2019

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines
forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes
Gesetzentwurf und Änderungsanträge**

Thüringer Landtag
Zuschrift
6/3150

zu Drs. 6/6963

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

(ergänzende schriftliche Anhörung)

mit am 13. Juni 2019 beim Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) eingegangenen Schreiben wurde uns im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes sowie dem Änderungsanträgen (Vorlagen 6/5663 und 6/5532) schriftlich Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

zu Nr. 2 des Änderungsantrages der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 12. Juni 2019 (Vorlage 6/5663):

Wie bereits in der Stellungnahme vom 29. April 2019 ausgeführt, wird seitens des TBV die in § 17 Abs. 1 Satz 1 ThürWaldG vorgesehene Regelung eines Vorkaufsrechtes für den Fall der Veräußerung teilweise bewaldeter landwirtschaftlicher Grundstücksflächen sehr begrüßt, da bisher lediglich ein (rein) landwirtschaftliches Vorkaufsrecht gemäß § 12 GrdStVG i. V. m. § 4 RSiedlG i. V. m. § 1 Thüringer Verordnung zur Ausführung des Reichssiedlungsgesetzes normiert ist und dieses Vorkaufsrecht beim Kauf von Land- und Forstflächen umgangen werden kann.

Entgegen der Ankündigung in § 17 Absatz 1 Satz 1 ThürWaldG sieht der Änderungsantrag (Nr. 2 c) in dem neuen § 17 Absatz 3 ThürWaldG lediglich die Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes vor. Auch der Gesetzentwurf vom 20. März 2019 enthält keine gesetzliche Regelung zur Ausgestaltung eines Vorkaufsrechtes für teilweise bewaldete landwirtschaftliche Flächen.

Unklar bleibt zudem, ob der Alternativvorschlag zu § 17 vom 29. März 2019, der das Vorkaufsrecht beim Kauf von Land- und Forstflächen (wenn auch unzureichend) ausgestaltete, weiterhin im Raum steht und diskutiert wird oder vollständig verworfen wurde. Wir bitten insofern um Klarstellung.

zu Nr. 2 des Änderungsantrages der Fraktion der AfD (Vorlage 6/6963):

Der Antrag wird diesseits abgelehnt. Zum einen kann der Landesgesetzgeber nicht ein Vorkaufsrecht zugunsten des Bundes regeln und zum anderen ist zwingend ein Vorkaufsrecht zugunsten der Thüringer Landgesellschaft mbH zu fixieren, da ansonsten die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe unberücksichtigt bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin

Anhörungsverfahren zu dem Gesetzentwurf „Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ - Schaffung eines forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/6963 - i. V. m. den Änderungsanträgen der Fraktion der AFD in Vorlage 6/5532, der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5663 -Neufassung-, der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5716

Die Thüringer Landgesellschaft mbH (ThLG) beschränkt sich wie in ihrer Stellungnahme vom 25.04.2019 auf das beabsichtigte Vorkaufsrecht an Waldflächen.

Inhalt:

1. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktion der AFD in Vorlage 6/5532
2. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5663 -Neufassung-
3. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5716
4. Weitere inhaltlich mindestens zu berücksichtigende Aspekte zu einem Vorkaufsrecht zu Waldflächen

1. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktion der AFD in Vorlage 6/5532

Zuständigkeitshalber sind die Ausführungen der ThLG beschränkt auf I. 2. (§ 17 Abs. 1 S. 1) i. V. m. II. 2.. Fraglich ist bereits die Gesetzgebungskompetenz des Landesgesetzgebers für die Regelung eines Vorkaufsrechts des Bundes und seiner weiteren Ausgestaltung. Eine Analogie zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht wird beim Vorkaufsrecht des Bundes **nicht** gesehen. Im Übrigen gelten die in der Stellungnahme der ThLG vom 25.04.2019 gemachten Ausführungen für das Vorkaufsrecht des Bundes mindestens sinngemäß.

2. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Vorlage 6/5663 -Neufassung-

Die Ausführungen der ThLG beschränken sich auf I. 2. (Änderung § 17) i. V. m. Begründung zu 2.

- a) Die Bezeichnung „Thüringer Landgesellschaft mbH“ soll wortgetreu fortgesetzt werden. Unterschiedliche oder unvollständige Unternehmensbezeichnungen sollen vermieden werden.

- b) I. 2. lit. c) (neuer Absatz 3) sollte in Absatz 3 S. 1 wie folgt ergänzt werden ... zugunsten land- und/oder forstwirtschaftlicher Unternehmen ...
- c) Die tatsächliche und rechtliche Schwierigkeit der Einordnung eines land- und/oder forstwirtschaftlichen Unternehmens im Sinne des Einkommensteuerrechts bleibt. Diesseits bestehen Bedenken an einer effizienten Mitwirkung der Finanzbehörden (Überlastung, Berufung auf das Abgabengeheimnis etc.). Im Weiteren lässt der Gesetzgeber offen, zu welchem Zeitpunkt land- und/oder forstwirtschaftliche Unternehmen im Sinne des Einkommensteuerrechts sein müssen (bspw. Zeitpunkt der Einkommensteuerpflicht, Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufsrechtes). Weiterhin ist ungeklärt, was in diesem Zusammenhang als Nachweisführung genügt (Steuererklärung, Verbescheidung)?
Alternativ könnten andere Prüfkriterien herangezogen werden, ähnlich wie in der Landwirtschaft bei der Vergabe von Betriebsnummern und Prämienzahlungen.
Ggf. sind aus verfassungsrechtlicher Sicht auch andere Indikatoren zu beachten. Es kann sich bspw., wie beim landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht, die Frage stellen, ob der jeweilige land- und/oder forstwirtschaftliche Betrieb überhaupt aufstockungsbedürftig ist.
Dabei wäre auch die Frage zu klären, ob der jeweilige Betrieb mindestens leistungsfähig oder auf dem Weg dorthin ist. Ggf. könnte hierbei auf die im landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht ergangene Rechtsprechung zurückgegriffen werden.
- d) Die ThLG geht davon aus, dass gemäß S. 1 Halbsatz 2 des neuen Absatzes 3 mit Flächenobergrenze eine sogenannte Mindestgröße gemeint ist. Ggf. regt die ThLG hier eine begriffliche Klarstellung an.
- e) Der neue Absatz 3 S. 2 geht von einem Regelverhältnis aus. Wer soll diese Voraussetzungen prüfen?
- f) Satz 4 des Absatzes 3 verwendet beim Recht zur Flächenvorhaltung mit „unabweisbar“ einen unbestimmten Rechtsbegriff, der auslegungsbedürftig ist. Seitens der ThLG wird die Streichung dieses unbestimmten Rechtsbegriffes angeregt; die Erforderlichkeit der Flächenvorhaltung, um die Ziele des Leitbildes zu erreichen, sollte demgemäß im pflichtgemäßen Ermessen der ThLG stehen.
- g) Es sollte keine Aufspaltung in unterschiedliche Begrifflichkeiten (Wald, Waldflächen, Waldgrundstück, Grundstück) erfolgen. Die ThLG schlägt vor, einheitlich die Begrifflichkeit „Waldfläche(n)“ zu verwenden ... Grundstück

- h) Satz 7 des neuen Absatzes 3 sieht eine separate „Bearbeitungsfrist“ von einem Monat vor. Hier besteht ein gewisser Widerspruch zu § 17 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG. Nach Ansicht der ThLG sollte diese Widersprüchlichkeit dahingehend aufgelöst werden, dass Satz 7 des neuen Absatzes 3 entfällt und stattdessen die Ausübungsfrist nach § 17 Abs. 1 S. 2 ThürWaldG aus verwaltungstechnischen Gründen auf drei Monate erstreckt wird. Hier sollte die Entsprechung zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht gelten.
- i) Hinsichtlich Satz 8 des neuen Absatzes 3 ist zu bemerken, dass die ThLG nicht über das Know-how verfügt, die in Betracht kommenden Unternehmen zu ermitteln. Erfahrungsschatz ist diesbezüglich bei der ThLG schlicht nicht vorhanden. Es wird daher eine analoge Vorgehensweise wie im landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht angeregt; fraglich ist dabei, ob Satz 8 überhaupt im Parlamentsgesetz zu regeln ist oder dies einer einschlägigen Rechtsverordnung vorbehalten bleibt.
- j) Die Prüfung einer etwaigen „Doppelverwendung“ der lit. c) wird angeregt sowie etwaige nachgeordnete Verschiebungen.
- k) Die Verwendung der Begrifflichkeit „privatnützig“ in II. der Begründung wird diesseits für bedenklich erachtet.

3. Stellungnahme ThLG zum Änderungsantrag der Fraktion der CDU in Vorlage 6/5716

Die Zuständigkeit der ThLG im Rahmen einer Vorkaufsrechtsausübung ist nicht berührt.

4. Weitere inhaltlich mindestens zu berücksichtigende Aspekte zu einem Vorkaufsrecht zu Waldflächen

- a) Der gesamte Verwaltungsvollzug vom beurkundenden Notar über eine öffentliche Stelle – bei den landwirtschaftlichen Flächen ist es das TLLLR – zur Genehmigung bzw. Nicht-Genehmigung des Kaufvertrages bis hin zur ggf. Ausübung des Vorkaufsrechtes durch Gemeinde, Land oder ThLG und zum Grundbuch-Vollzug ist praktikabel abzustimmen und zu gestalten. Hier kommt es aufgrund von zu setzenden Fristen auf die Details an.

Die ThLG kann nicht die Aufgabe der Genehmigungsbehörde wahrnehmen! Es bedarf einer öffentlichen Stelle, die analog zu den landwirtschaftlichen Grundstücken die Voraussetzungen für ein forstwirtschaftliches Vorkaufsrecht vor Überstellung des Vorgangs an die ThLG prüft.

- b) Es bedarf einer Regelung zum Ausgleich der anfallenden Kosten für die Ausübung des Vorkaufsrechtes, die Weiterveräußerung bzw. eine eventuelle Flächenbevorratung und den damit ggf. verbundenen Bewirtschaftungs- und Risikokosten (Verkehrssicherung, Borkenkäfer, Werthaltigkeit der Flächen usw.).
- c) In jedem Fall ist davon auszugeben, dass – egal, welche Institution/Einrichtung das forstwirtschaftliche Vorkaufsrecht wahrnimmt – zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich sind.
- d) Analog zum siedlungsrechtlichen Vorkaufsrecht wird die zweimal anfallende Grunderwerbsteuer (Ausübung Vorkaufsrecht, Veräußerung an Nacherwerber = zwei Verträge) als kostenseitig problematisch eingeschätzt. Im Grunde ist es inhaltlich ein Vorgang, der sich formal in zwei Kaufverträge aufteilt.
- e) Die Ausübung des forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes erfolgt i. d. R. ausschließlich bei Vorhandensein erwerbsinteressierter Nachkäufer und/oder bei besonderen forststrukturellen Vorhaben.
- f) Es bedarf der Unterstützung der ThLG bei der Ermittlung und Beurteilung von potentiellen Nacherwerbern – idealerweise durch das regional zuständige Forstamt.
- g) Es bedarf der Unterstützung der ThLG bei fachlichen und inhaltlichen Fragen zum Kaufgegenstand sowie zu einer möglicherweise angeratenen Bodenbevorratung – idealerweise durch das regional zuständige Forstamt.
- h) Im Falle einer Bodenbevorratung bedarf es einer zeitlichen Begrenzung. Die eingesetzten Finanzmittel müssen plan- und absehbar zurückfließen.
- i) Sofern kein forstwirtschaftlicher Betrieb zur Verfügung steht, unterstützt idealerweise ThüringenForst AöR bei der Bewirtschaftung.
- j) Es bedarf einer Regelung für den Fall, dass es am Ende einer Bodenbevorratung keinen Nachkäufer gibt.
- k) Es bedarf Regelungen zu den Konditionen der Weiterveräußerung an Nacherwerber analog zum landwirtschaftlichen Vorkaufsrecht.



NOTARKAMMER THÜRINGEN

Regierungsstraße 28
99084 Erfurt
Telefon (03 61) 55 50 40
Telefax (03 61) 5 55 04 44
E-Mail: info@notarkammer-thueringen.de
Internet: notarkammer-thueringen.de

Notarkammer Thüringen - Regierungsstraße 28 - 99084 Erfurt

Thüringer Landtag,

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
31.07.2019 10:47

1705612019

Erfurt, 30. Juli 2019

(ergänzendes Anhörungsverfahren)

Ergänzendes schriftliches Anhörungsverfahren zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ (Drucksache 6/6963 u. den Änderungsanträgen in den Vorlagen 6/5663 u. 6/5532) und weitere nachfolgende Änderungsanträge

Sehr geehrter

wir bedanken uns zunächst dafür, dass Sie uns erneut die Gelegenheit gegeben haben, uns auch in das ergänzende Anhörungsverfahren einzubringen.

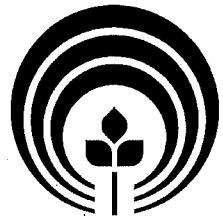
Nach Befassung des Rechtsausschusses und des Vorstandes der Notarkammer Thüringen darf ich Ihnen mitteilen, dass die vorgelegten Änderungsanträge aus unserer Sicht keine erneute Stellungnahme der Notarkammer Thüringen erforderlich machen. Es verbleibt vielmehr bei unseren – mit Blick auf die geplanten Änderungen beim Vorkaufsrecht und den Regelungen zu den Waldgenossenschaften – bislang getroffenen Aussagen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.

Mit hochachtungsvollen Grüßen

Geschäftsführer

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft
in der
Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -



THUR. LANDTAG POST
15.08.2019 10:26

17924/2019

SVLFG - Prävention - Postfach 410356 - 34114 Kassel

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Herrn Ausschussvorsitzenden Egon Primas
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Geschäftsbereich Prävention

Aktenzeichen

Bitte bei Zuschriften angeben

Bezug Drucksache 6/6963 vom 20.03.2019

Ansprechpartner

Telefon

Telefax

E-Mail

Datum 12.08.2019

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes, Ziffer 4 § 23 c), Ziffern 12 und 13

Sehr geehrter Herr Primas,

als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung versichern wir zurzeit 3,2 Millionen Versicherte in den grünen Berufen. Unsere Präventionsarbeit befasst sich maßgeblich mit Unfallschwerpunkten, die im Forst jährlich zu über 5.500 schweren Unfällen mit über 25 Todesfällen führen.

Aufgrund unseres statistischen Datenmaterials und Unfallerfahrung vertreten wir die Auffassung, dass in der aktuell geplanten Änderung des Thüringer Waldgesetzes betriebliche Arbeiten gefördert werden, die der arbeitsschutzrechtlichen Maßnahmenhierarchie zuwiderlaufen.

Von der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) wird die geplante Gesetzesänderung vergleichbar bewertet.

Aus diesen Gründen möchten wir zu Ihrer geplanten Gesetzesänderung wie folgt Stellung nehmen: Im Arbeitsschutzgesetz (§ 4 ArbSchG) ist u. a. geregelt, dass bei Arbeitsschutzmaßnahmen die Gefahr grundsätzlich an der Quelle zu bekämpfen ist und dass individuelle Schutzmaßnahmen nachrangig zu anderen Schutzmaßnahmen sind. Diese allgemeine Anforderung wird für verschiedene Anwendungsbereiche in den entsprechenden Verordnungen präzisiert.

So findet sich die Reihenfolge bzw. Hierarchie der Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Arbeitsmitteln im § 4 Abs.2 der Betriebssicherheitsverordnung:

"Ergibt sich aus der Gefährdungsbeurteilung, dass Gefährdungen durch technische Schutzmaßnahmen nach dem Stand der Technik nicht oder nur unzureichend vermieden werden können, hat der Arbeitgeber geeignete organisatorische und personenbezogene Schutzmaßnahmen zu treffen. Technische Schutzmaßnahmen haben Vorrang vor organisatorischen, diese haben wiederum Vorrang vor personenbezogenen Schutzmaßnahmen. Die Verwendung persönlicher Schutzausrüstung ist für jeden Beschäftigten auf das erforderliche Minimum zu beschränken."

Die einzelnen staatlichen Verordnungen wiederum werden durch zugehörige Technische Regeln präzisiert, die oben genannte Betriebssicherheitsverordnung durch die Technischen Regeln zur Betriebssicherheit (TRBS). Die jeweiligen Technischen Regeln konkretisieren die zugehörigen Verordnungen hinsichtlich der Ermittlung und Bewertung von Gefährdungen sowie der Ableitung von geeigneten Maßnahmen.

Hausanschrift
SVLFG
Weilsteinstr. 70-72
34131 Kassel

So erreichen Sie uns
<http://www.SVLFG.de>

Servicezeiten
Mo - Do: 08:00 - 16:00 Uhr
Fr: 08:00 - 13:00 Uhr
und nach Vereinbarung

Konto LBG
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE17 5005 0000 4010 0950 35
BIC: HELADEFXXX

SA4000040V001 / u190847

In der TRBS 1111 finden Sie die Rangfolge der Schutzmaßnahmen unter Nr. 5.5.1: wie folgt:

5.5.1 Allgemeines

(1) Die in diesem Abschnitt dargestellten Handlungsgrundsätze dienen der Festlegung von Maßnahmen zum Schutz vor Gefährdungen und geben gemäß § 4 Absatz 2 Satz 2 BetrSichV eine grundsätzliche T-O-P-Rangfolge vor:

1. Technische Schutzmaßnahmen
 2. Organisatorische Schutzmaßnahmen
 3. Personenbezogene Schutzmaßnahmen.
- (...)

Als Unfallversicherungsträger vertreten wir die Auffassung, dass der Gesetzesentwurf unverkennbar mit seiner beabsichtigten, technikreduzierenden Maßnahmenförderung (Ziffer 12 Waldbewirtschaftung mit einem Rückegassenabstand von mindestens 40 Meter) dem arbeitsschutzrechtlichen Regelwerk unverkennbar entgegensteht. Gleiches gilt auch für die Förderungsabsicht des veralteten, nicht mehr dem Stand der Technik entsprechenden Arbeitsverfahrens (Ziffer 13 Pferderückung).

Eine finanzielle Förderung von Arbeiten mit hohen, präventionsfachlich belegbaren Unfallgefahren, ist demnach mit dem staatlichen Arbeitsschutzrecht und unseren Unfallverhütungsvorschriften nicht vereinbar.

Der Gesetzgeber fordert zudem eine sachgerechte Verknüpfung von Technik, Arbeitsorganisation, sonstigen Arbeitsbedingungen, sozialen Beziehungen und dem Einfluss der Umwelt auf den Arbeitsplatz (§ 4 Ziff. 4 ArbSchG). Eine pauschale Förderung von gefährdungserhöhenden Arbeitsverfahren ist demnach kritisch zu sehen, da sie der Forderung nach Sachgerechtigkeit, also einer fallweisen Betrachtung unter Berücksichtigung der konkreten Situation, entgegensteht.

Wir bitten daher höflichst, die geplante Gesetzesänderung in den betreffenden Punkten nochmals zu überdenken.

Gerne stehen wir Ihnen für etwaige Fragen zur Verfügung und erläutern bei Bedarf unsere Einwände aus Sicht des gesetzlichen Unfallversicherungsträgers für die Forstwirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen
Die Geschäftsführung

THÜR. LANDTAG POST
21.08.2019 13:50

18379119



THÜRINGENFORST

Wir machen den Wald.
Für Sie!

ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand

Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen

Bearbeiter / Durchwahl

Datum

21.08.2019

**Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes – Schaffung eines
forstwirtschaftlichen Vorkaufsrechtes**
- Stellungnahme zum Gesetzentwurf -

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich für die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen des
ergänzenden schriftlichen Anhörungsverfahrens und nehme diese wie folgt wahr:

I. Schreiben vom 12.06.2019 in der Fassung vom 09.07.2019

1. Vorlagen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a) Doppelbuchstabe aa)

Die Regelung des § 6 Abs. 3 Sätze 1 und 2 ThürWaldG statuiert ein Gebot an die
Nutzer der Waldwege. Wie ist vorgesehen, den Reitern, Radfahrern und
Schwerbehinderten zur rechtskonformen Handlung zu verhelfen? Insbesondere:

- Wie erfolgt die Aufklärung zur Definition der unbestimmten Rechtsbegriffe?
Der Entwurf enthält keine Legaldefinition. Hilfreich wären Hinweise zur
Auslegung in der Gesetzesbegründung. Anderenfalls kann sich die Untere
Forstbehörde in Umsetzung des § 62 ThürWaldG nur mit dem Erlass von
Verwaltungsvorschriften behelfen. Der Begriff „festen“, in Bezug auf Wege,
bedarf besonders einer Klarstellung, da ohne solche die Gefahr besteht, dass
künftig jede von einem Bürger als Weg ansehbare Grundfläche und damit
auch trocken gefallene Maschinenwege und Arbeitsgassen, als mit
Fahrrädern befahrbare oder zu bereitende Waldwege angesehen werden.
So wäre die Angabe einer Mindestbreite für alle Beteiligten greifbarer.
- Wie werden die betroffenen Nutzer rechtzeitig und zuverlässig über
forstwirtschaftliche Maßnahmen informiert?
Die Landesforstanstalt sieht hier Probleme in der Umsetzung. Hierzu müsste
ein Melde- und Abrufverfahren entwickelt werden. Die Mitwirkung aller
Waldbesitzer wäre gefragt.

Geschäftsanschrift

ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzende
Ministerin Birgit Keller

Vorstand

Eingetragen beim
Amtsgericht Jena
HRA 503042
St.-Nr.: 151/144/09607
USt.-ID: DE 811570658
Finanzamt Erfurt

Bankverbindung
ThüringenForst – Zentrale
Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN DE92 8205 0000 1302 0100 93
SWIFT-BIC HELADEF820

Zwar ist dieser Tatbestand nach derzeitigem Gesetzesentwurf nicht mehr bußgeldbewehrt (s. u.); ein Verwaltungsverfahren (Unterlassungsverfügung) kann dennoch durchgeführt werden. Wird auch hierauf keinen Wert gelegt, ist die Sinnhaftigkeit der Beschränkungen (fest, befestigt, außerhalb forstwirtschaftlicher Maßnahmen) insgesamt zu hinterfragen.

Zu Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a) Doppelbuchstabe cc)

Die bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ausgewiesenen Reitwege sollen für die Nutzungsart „Fahren mit Kutsche“ nach § 6 Abs. 3 Satz 6 ThürWaldG einer Erlaubnis nach neuem Recht gleich stehen. Dies wird damit begründet, dass es zu keiner Verschlechterung für den Wegeeigentümer kommt, da die Reitwegeausweisung damals nach Anhörung der anliegenden Waldbesitzer erfolgte.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Reitwegeausweisung nach der Verwaltungsvorschrift „Landeseinheitliche Kennzeichnung von Erholungswegen im Wald und in der freien Landschaft“ vom 17.04.2012 (ThürStAnz Nr. 22/2012 S. 701-703) in der Fassung vom 07.12.2016 (ThürStAnz Nr. 52/2016 S. 1660) keiner Einwilligung des Wegeeigentümers bedarf. Es kann also schon nicht per se davon ausgegangen werden, dass der Ausweisung der Bestandswege immer eine Einwilligung des Wegeeigentümers zugrunde lag. Darüber hinaus steht den Waldbesitzern der ausgewiesenen Reitwege nicht der Spielraum zur Verfügung, der den Waldbesitzern mit der neuen Regelung eröffnet wird. Die neue Regelung zielt auf eine rein privatrechtliche Beziehung zwischen dem Waldbesitzer und dem Interessenten ab, wodurch den Parteien von den Strängen des Verwaltungsverfahrens befreit eine vielschichtige Ausgestaltung ermöglicht wird. Eine Einwilligung kann z.B. befristet oder widerrufen werden.

Insgesamt ergibt sich hieraus eine Benachteiligung aller betroffenen Waldbesitzer der bis zum Inkrafttreten des Gesetzes ausgewiesenen Reitwege. Es wird daher empfohlen, Kutschfahrten auch auf diesen Wegen von der Erlaubnis des Waldbesitzers abhängig zu machen.

Zu Art. 1 Nr. 1 Buchstabe b)

In § 6 Abs. 9 Satz 1 ThürWaldG soll die Ausweisung von Rettungspunkten als neuer Tatbestand in die Rechtsverordnung der obersten Forstbehörde aufgenommen werden. Es ist unklar, ob hiermit ein Status festgeschrieben werden soll. Es fehlen weiterhin grundsätzliche Regelungen.

Es obliegt dem Waldbesitzer, auf Grund Gesetzes sein betriebliches Rettungswesen zu gewährleisten. Daher ist im Hinblick auf Eingriffe in die Grundrechte des Waldbesitzers kritisch zu hinterfragen, inwieweit dem Waldbesitzer überhaupt Vorschriften gemacht werden sollen, die in die Betriebsorganisation eingreifen und ob es hierzu nicht einer gesetzlichen Regelung bedarf, so dass der Weg über eine Rechtsverordnung nicht ausreichend sein könnte.

Das für die Untere Forstbehörde allerdings wesentliche Praxisproblem ergibt sich auf Grund der differenzierten Wahrnehmung durch die Allgemeinheit, die durch entsprechende öffentliche Beschilderung verstärkt wird. Das Spannungsfeld liegt also darin, dass die Allgemeinheit eine Nutzung der Rettungspunkte für sich beansprucht, aber allein aus der Tatsache heraus, dass Jedermann entsprechende Schilder im Wald wahrnehmen kann, noch kein Gemeingebrauch folgt. Dazu wäre eine Regelung z.B. analog der Verkehrsschilder im Straßenrecht erforderlich.

Rechtssicherheit – auch im Hinblick auf Transparenz und Informationsfreiheit – kann nur geschaffen werden, wenn einer Grundsatzentscheidung eine klare Regelung folgt. Daher wird vorgeschlagen, zu prüfen, ob aus Gründen der Daseinsvorsorge eine öffentliche-rechtliche Aufgabe der Unteren Forstbehörde für die Errichtung und Unterhaltung eines thüringenweiten Rettungspunktenetzes im Wald geschaffen werden kann mit entsprechender Finanzaufführung vom Land. Soll es ein rein innerbetriebliches Instrument des Arbeitsschutzes bleiben, wird davon abgeraten, in die Betriebsorganisation des Waldbesitzers durch Vorschriften zur Ausweisung einzugreifen. (kleines Beispiel: Eine Verpflichtung zur Kennzeichnung des Rettungspunktes nach außen durch



Beschilderung wäre doch schon zu hinterfragen. Eine interne Absprache zwischen den betroffenen Personen Waldbesitzer – Unternehmer – Rettungsstelle wäre ausreichend, um den Arbeitsschutzbestimmungen nachzukommen.)

Zu Art. 1 Nr. 2 b) im Zusammenhang mit Art. 2

In § 11 Abs. 5 wird die Einfügung eines neuen Satz 3 vorgeschlagen, der die aufschiebende Wirkung von Rechtsbehelfen gegen Verwaltungsakte nach diesem Absatz entfallen lässt:

Der Gesetzgeber macht hier von seiner Ermächtigung aus § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 VwGO Gebrauch. Folglich ist die Verwaltung durch Widerspruchseinlegung nicht gehindert, den Verwaltungsakt zu vollstrecken. Es bedarf eines zusätzlichen gerichtlichen Eilantrages zur Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung. Die Hürden des Widerspruchsführers werden mithin erhöht.

Diese Regelung hilft in der Praxis jedoch nicht, da sie den Prozess nicht ändert und somit nicht vereinfacht. Zum einen wird seit jeher in derartigen Situationen von der Unteren Forstbehörde das alternative Instrument der sofortigen Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 VwGO angewandt – mit gleicher Wirkung. Der Vorschlag tauscht nur das Instrument aus, was lediglich eine gesonderte und mittlerweile standardisierte Begründung im Verwaltungsakt erspart. Zum anderen besteht weiterhin die Gefahr der Verzögerung durch Einlegung des einstweiligen Rechtsschutzes.

Wenn durch die Oberste Forstbehörde (definiert in § 59 Abs. 1 Nr. 1; einer Benennung in § 10 Abs. 5 neuer Satz 3 bedarf es bereits aus stilistischen Gründen nicht) eine waldbedrohende Forstschutzsituation größeren Umfangs gegenüber der Unteren Forstbehörde bestätigt wurde, so ist ein unverzügliches Handeln erforderlich. Es ist nicht begreiflich, warum erst dann ein Verfahren durch die Oberste Forstbehörde geregelt werden muss (neuer Artikel 2). Diese Zeit steht vor allem für das Ergreifen von Schutzmaßnahmen nicht zur Verfügung. Ein Konzept zum Umgang mit derartigen Situationen ist im Voraus aufzustellen. Müssen im festgestellten Einzel-Katastrophenfall erst spezielle Verhaltensregeln durch die Oberste Forstbehörde entwickelt werden, so ist kein Zeitgewinn gegenüber dem normalen Verwaltungsweg (Verwaltungsakt und notfalls Verwaltungszwang) erkennbar.

Darüber hinaus kann in diesem Zuge die grundsätzliche Daseinsberechtigung der 7. DVO zum ThürWaldG evaluiert werden. Die Fülle des Regelungsinhaltes ist von sich aus kaum der Rede wert. Die Einfügung des neuen Satz 2 in § 1 Abs. 2 würde zu mehr Konfusion führen, da sich der Abs. 2 dann wie folgt darstellt:

Satz 1: Kompetenz der Unteren Forstbehörde

Satz 2: Kompetenz der Obersten Forstbehörde

Satz 3: Kompetenz der Unteren Forstbehörde

Die Differenzierung in der Zuständigkeit nach den Sätzen 1 und 2 wird allein an der Wortgruppe „größeren Umfangs“ festgemacht. Da sind Spannungen vorprogrammiert. Abs. 1 der Vorschrift enthält zwar eine Definition des Begriffs „waldbedrohende Forstschutzsituation“, aber zu Ende gedacht bedürfte es nun auch einer Definition des „größeren Umfangs“. Überdies findet die Kompetenz der Unteren Forstbehörde aus Satz 3 ihre Grenze in Sachverhalten, die unter Satz 2 fallen, da in diesen Fällen, die oberste Forstbehörde das weitere Verfahren festlegt.

Des Weiteren kommt die derzeit geregelte Kostenbeteiligung des Landes einer Förderung gleich. Zum einen ist die Vereinbarkeit der Regelung mit höherrangigem Recht fraglich. Zum anderen wird hiermit der Zweck der Waldbesitzerverpflichtung verfehlt. Grundsätzlich bleibt auch bei Forstschutzsituationen der Waldbesitzer verpflichtet zu handeln. Auf welcher Grundlage soll eine mit Verwaltungszwang durchsetzbare Kostenerstattung vom Land gefördert werden? So wird der Waldbesitzer doch motiviert, erst gar nicht vorschriftsgemäß seinen Pflichten nach ThürWaldG nachzukommen, da es für ihn kostengünstiger ist, wenn die Schutzmaßnahmen unter Beteiligung des Landes von der Verwaltung durchgeführt werden.



Ebenfalls können die Sätze 1 und 2 des § 11 Abs. 5 ThürWaldG gestrichen werden. Sie stellen keine speziellen Befugnisse dar, da sich diese Handlungsoptionen bereits aus allgemeinen Vorschriften des Verwaltungsrechts ergeben. Die Regelungen sind daher überflüssig. Die Untere Forstbehörde kann sich bereits auf das ThürVwVfG, das ThürVwZVG und den §§ 62 f. ThürWaldG berufen, welche Ermächtigungen zur Eröffnung eines Verwaltungsverfahrens, zum Wegfall der Anhörung und zur Durchführung der Ersatzvornahme beinhalten.

Es wird daher vorgeschlagen, die 7. DVO und § 11 Abs. 5 ThürWaldG aufzuheben, die Definition aus § 1 Abs. 1 der 7. DVO und den Vorschlag aus Art. 1 Nr. 2 b) in § 11 Abs. 3 ThürWaldG zu übertragen sowie an Stelle des Wegfalls der aufschiebenden Wirkung die Befugnisse der Unteren Forstbehörde zu erweitern. Diesbezüglich wird die Einfügung einer entsprechenden Regelung des § 74 Abs. 3 Satz 2 ThürWG (neu) befürwortet, welcher die §§ 4-10 und 68-74 ThürPAG zur Anwendung bringt. Warum soll sich der Schutz des Ökosystems Wald nicht an den Regelungen zum Schutz des Ökosystems Wasser orientieren können?

§ 11 Abs. 3 ThürWaldG ist folgende Fassung zu geben:

„Im Rahmen ihrer Forstaufsichtspflicht hat die untere Forstbehörde die nach pflichtgemäßem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um Gefahren abzuwenden, die dem Wald und der Allgemeinheit drohen. Bedrohende Forstschutzsituationen im Sinne des Satz 1 sind gegeben, wenn schädigende Naturereignisse, wie Sturm und Schneebruch, Feuer, Forstfrevel oder ein gefahrdrohendes Auftreten von die Forstökosysteme schädigenden Organismen, wie beispielsweise Kiefernspinner, Nonne, Fichtenespinstblattwespe, Grüner Eichenwickler, Schwammspinner, Buchdrucker, Lärchenborkenkäfer oder Mäuse, drohen oder eingetreten sind. Besteht eine durch die Oberste Forstbehörde bestätigte Forstschutzsituation, so gelten die §§ 4 bis 10 und 68 bis 74 des Polizeiaufgabengesetzes für die Untere Forstbehörde entsprechend.“

Begründung:

Der Unteren Forstbehörde bleibt das „normale“ Verwaltungsverfahren erhalten. Die Definition in Satz 2 dient der Klarheit. Satz 3 ermöglicht der Unteren Forstbehörde in Katastrophenfällen ein schnelles Eingreifen durch z. B. unmittelbare Ausführung einer Maßnahme im Einvernehmen mit der Obersten Forstbehörde.

Zu Art. 1 Nr. 4

Es wird angeregt, dem Wortlaut des § 23 ThürWaldG folgende Fassung zu geben:

„§ 23

Wiederaufforstung

(1) Kahlgeschlagene oder infolge Schadenseintritt unbestockte Waldflächen oder stark verlichtete Waldbestände (mit weniger als 40 vom Hundert des standörtlich möglichen Holzvorrats bestockte Waldflächen) sind innerhalb von sechs Jahren wieder aufzuforsten. Die Wiederaufforstung ist mit standortgerechten Baumarten, die die Erreichung der für die betreffende Fläche vorgeschriebenen Bestandeszieltypen gewährleisten, vorzunehmen. Bei Naturverjüngung mit einer standort und klimafolgengerechten Baumartenzusammensetzung ist innerhalb der sechs Jahre keine Wiederaufforstung nötig. Schalenwild im Umfeld von Kalamitätsflächen ist wirksam zu reduzieren. Im Falle ungenehmigter Kahlschläge oder Vorratsabsenkungen im Sinne des § 24 ThürWaldG kann die untere Forstbehörde kürzere Fristen zur Wiederaufforstung festsetzen.

(2) Die Pflicht zur Wiederaufforstung beinhaltet auch, Verjüngungen innerhalb von sechs Jahren flächendeckend mit der nach den Waldbauvorschriften der Landesforstanstalt für eine künstlich anzulegende Kultur geforderten baumartenbezogenen Pflanzenzahl zu ergänzen.



(3) Die Kulturen und Verjüngungen sind rechtzeitig und sachgemäß nachzubessern oder zu ergänzen, zu schützen und zu pflegen.

(4) Über Ausnahmen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 entscheidet auf Antrag die untere Forstbehörde, soweit die Verlichtung mit einem Schädereignis in Zusammenhang steht und waldbauliche Erwägungen dies rechtfertigen.“

Begründung:

Forstgeschichtlich war die Pflicht zur Wiederaufforstung ein Meilenstein in dem Bemühen, die verbreitete Waldzerstörung zu beenden und den Wald zu erhalten. Die Pflicht zur Wiederaufforstung war und ist insofern ein wichtiges forsthoheitliches Instrument, einzelnen Waldbesitzern, welche dieser Verpflichtung nicht in gebotener Weise nachkommen, mit den Mitteln des Verwaltungszwangs zu begegnen. Diese Notwendigkeit ist nach Auffassung der Landesforstanstalt nach wie vor gegeben. Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, § 23 Absatz 1 folgenden Satz 5 hinzuzufügen: „Im Falle ungenehmigter Kahlschläge oder Vorratsabsenkungen im Sinne des § 24 ThürWaldG kann die untere Forstbehörde kürzere Fristen zur Wiederaufforstung festsetzen.“

Die Bestimmung „mit der für eine künstlich anzulegende Kultur geforderten baumartenbezogenen Pflanzenzahl“ ist zu unbestimmt, da es eine Bestimmung einer solchen Pflanzenzahl rechtsverbindlich nicht gibt. Es wird angeregt, die Zahl ähnlich der vorgesehenen Regelung in Nr. 5 Buchstabe b) (Änderung § 24 Abs. 1) zu bestimmen, indem vorbezeichnete Wortgruppe folgenden Wortlaut erhält „mit der nach den Waldbauvorschriften der Landesforstanstalt für eine künstlich anzulegende Kultur geforderten baumartenbezogenen Pflanzenzahl“.

Bisher wird Waldbesitzern in § 23 Abs. 4 ThürWaldG lediglich die Möglichkeit eingeräumt, eine zeitliche Verlängerung der Pflicht zur Wiederaufforstung zu beantragen. Stattdessen regen wir an, in begründeten Fällen die Möglichkeit zu eröffnen, über weitere Ausnahmen zu befinden. Wir regen daher an, den bisherigen Absatz 4 zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen: „Über Ausnahmen nach Absatz 1 Satz 1 und 2 sowie Absatz 2 entscheidet die untere Forstbehörde, soweit die Verlichtung mit einem Schädereignis in Zusammenhang steht und waldbauliche Erwägungen dies rechtfertigen.“ Hierdurch sollen Forstbehörden und Waldbesitzer in die Lage versetzt werden, in begründeten Fällen in geeigneter Weise auf noch nicht absehbare Herausforderungen reagieren zu können, die aus den veränderten klimatischen Bedingungen resultieren.

Zu Art. 1 Nr. 6 Buchstabe a)

Die Regelung des § 27 Abs. 3 Satz 2 Nr. 11 ThürWaldG begründet einen neuen Fördertatbestand als Ausgleich zur Erweiterung der Wegenutzungsrechte in § 6 Abs. 3 ThürWaldG.

Es kann derzeit noch nicht nachvollzogen werden, inwieweit etwaige Förderbedingungen darstellbar sind und ein Nachweis des Antragstellers, dass die Überbeanspruchung auf die genannten Tatbestände zurückzuführen ist, geführt werden kann.

Zu Art. 1 Nr. 14

Die Aufhebung der Nr. 3 in § 66 Abs. 1 ThürWaldG hat redaktionelle Änderungen auch der Absätze 2, 3 und 5 des § 66 ThürWaldG zur Folge.

Zur Klarstellung wird als Rechtsfolge der Streichung von Nr. 3 zusammengefasst, dass eine ordnungswidrigkeitsrechtliche Verfolgung wegen

- Reitens abseits dafür geeigneter, fester und befestigter Wege sowie Straßen
- Reitens während des Vollzugs forstwirtschaftlicher Maßnahmen
- Fahrens mit Kutsche ohne Erlaubnis des Wegeeigentümers

nicht möglich ist. Sollte ein neuer Ordnungswidrigkeitstatbestand geschaffen werden, so ist das

eingangs gesagte zu Art. 1 Nr. 1 Buchstabe a) Doppelbuchstabe aa) zwingend umzusetzen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass in derzeitiger Nr. 14 des § 66 Abs. 1 ThürWaldG der Bezug zur Vorschrift über die Waldweide (§ 15 Abs. 6 ThürWaldG) fehlt.

2. Vorlagen der Fraktion CDU

Zu Art. 1 Nr. 2

In § 10 Abs. 1 wird die Einfügung eines neuen Satz 2 vorgeschlagen, mit dem Windenergieanlagen im Wald per se ausgeschlossen werden.

Dieser Vorschlag kann aus forstlicher, umweltpolitischer und rechtlicher Sicht nicht befürwortet werden. Das Ökosystem Wald sollte nicht generell für den Ausbau Erneuerbarer Energien verschlossen bleiben. Dies ist auf Dauer nicht haltbar. Die Energiewende kommt nicht zuletzt auch dem Waldhaushalt zugute. Der Prozess bis zur Errichtung einer Windenergieanlage ist mit ausreichend Schranken versehen, so dass die Furcht, es drohen unsachliche Ergebnisse, unbegründet ist. Zum einen werden in den Genehmigungsverfahren mit Beteiligungsverpflichtungen alle Interessen vertreten. Zum anderen ist dem Waldverlust einerorts durch Kompensationsverpflichtungen andernorts genüge getan.

Zu Art. 1 Nr. 3

In § 10 Abs. 3 wird die Einfügung eines neuen Satz 3 vorgeschlagen, wonach für die Identifizierung der Ausgleichsaufforstungsflächen nicht die in Forstbetriebseinrichtungen erfasste Nutzungsart ausschlaggebend sein soll. Hiermit soll bezweckt werden, dass forstrechtliche Genehmigungen zur Ausgleichsaufforstung nicht mit der Begründung versagt werden können, es handle sich gemäß Forstbetriebseinrichtung um Holzbodenfläche.

Dem Vorschlag kann nicht gefolgt werden, da er zwei getrennt zu betrachtende Instrumente des Forstrechts vermischt. Handelt es sich bei der fraglichen Fläche zum Zeitpunkt der Antragstellung bereits um Wald im Sinne des § 2 ThürWaldG so kommt lediglich eine Wiederaufforstungspflicht nach § 23 ThürWaldG in Betracht. Ausgleichsmaßnahmen nach § 10 Abs. 3 ThürWaldG können nur auf solchen Flächen durchgeführt werden, die (noch) keinen Wald im Sinne des § 2 ThürWaldG darstellen. Alles andere wäre sinnverfehlt. Denn der Waldverlust einerorts soll durch Waldmehrung andernorts kompensiert werden. Handelt es sich bei der Kompensationsfläche bereits um Wald entsteht keine Wald-„mehrung“. Der Ausgleichseffekt tritt nicht ein. Der Waldbesitzer würde somit aus seiner ohnehin obliegenden Wiederaufforstungspflicht faktisch entschädigungsfrei entlassen werden.

3. Vorlage der Fraktion AFD

Es erfolgt hierzu keine Stellungnahme.

II. Weiterer Änderungswunsch

1. § 6 Abs. 4

Unter Bezugnahme auf die Begründung zu Nr. 1 in der DS a.F. wird angeregt, an den gegenwärtigen Wortlaut des § 6 Abs. 4 die Worte „oder einzelne Benutzungsarten auszuschließen“ anzufügen. Dadurch kann sichergestellt werden, dass z.B. Reiten auf neu errichteten Waldwegen befristet untersagt werden kann um die Gefahr z.B. von Fördermittelrückforderungen wegen Zweckverfehlung auszuschließen. Die Einschränkung auf einzelne Benutzungsarten nur zum Ausschluss einer Einzigen



stellt sich aufwändiger und kostenintensiver dar. Im Falle der Einschränkung auf Benutzungsarten müsste geregelt und durch Beschilderung gegenüber der Öffentlichkeit kommuniziert werden, welche Benutzungsarten auf einem solchen Weg zulässig sind, währenddessen im Falle des Ausschlusses einer Benutzungsart lediglich die Außendarstellung dieser erforderlich ist (vgl. z.B. Anlage zur 1. DVO ThürWaldG, Nr. 4 – entsprechende Verbotsschilder müssten aufgenommen werden).

2. §§ 33 Abs. 6 und 35 Abs. 3

Es wird angeregt, die §§ 33 Abs. 6 und 35 Abs. 3 ThürWaldG ersatzlos zu streichen, da diese nicht mit Art. 33 Abs. 2 GG vereinbar sind.

Begründung:

Der öffentliche Arbeitgeber ist nach Art. 33 Abs. 2 GG zur Bewerberauswahl nach dem Grundsatz der Bestenauslese verpflichtet. Die in §§ 33 Abs. 6 und 35 Abs. 3 ThürWaldG statuierten Möglichkeiten der Einflussnahme konterkarieren dies.

III. Schreiben vom 23.07.2019

Mit Schreiben vom 23.07.2019 (Az.: Drs. 6/6963-A 6.1/wa) sollen folgende Fragestellungen zusätzlich betrachtet werden, die ausschließlich die Regelung des § 23 ThürWaldG betreffen:

(1) „Ist die Erweiterung der Zeit für die Wiederaufforstung auf sechs Jahre im Hinblick auf die derzeit bestehenden Probleme und die Größe der wiederaufzuforstenden Flächen überhaupt ausreichend?“
Vorgeschlagen wird folgende Anpassung der Regelung:

„... Ist nach zehn Jahren kein natürlicher Aufwuchs vorhanden, besteht die Pflicht zur Aufforstung. Der Wiederaufforstung durch Naturverjüngung kann somit Vorrang gegeben werden.“

(2) „Des Weiteren wird nachgefragt, wie aufgeforstet werden soll (mit Blick auf Waldumbau, Baumarten, Klimawandel, Trockenheit und Schädlingsbefall)?“

Zu (1)

Mit Blick auf die in § 23 ThürWaldG normierte Wiederaufforstung wird empfohlen, an der in der Entwurfsfassung vom 12.06.2019 wiedergegebenen Textfassung (Vorlage 6/5663 zu Drucksache 6/6963), welche eine Verpflichtung zur Wiederaufforstung binnen sechs Jahren vorsieht, festzuhalten. Nach Auffassung der Landesforstanstalt versetzt die vorgesehene Fristverlängerung die Waldbesitzer hinlänglich in die Lage, trotz einer zum Teil angespannten Waldschadenssituation (Stichworte: Schädlinge, Dürre, Verfügbarkeit von Arbeitskapazität und Pflanzenmaterial) auf die aktuellen Herausforderungen reagieren zu können.

Eine generelle Verlängerung der Wiederaufforstungsverpflichtung auf zehn Jahre wird hier kritisch gesehen, da ein solch langer Betrachtungszeitraum aus Verwaltungssicht nur schwer beherrschbar ist. Erfahrungsgemäß ist im Verlauf solch langer Zeiträume einerseits mit personellen oder strukturellen Änderungen innerhalb der Verwaltung zu rechnen; andererseits sind beispielsweise auch Änderungen beim Waldbesitz zu erwarten.

Zu (2)

Die in § 23 ThürWaldG und weiteren Paragrafen (§§ 1, 19) enthaltenen Vorgaben zur Aufforstung sind unseres Erachtens hinreichend geeignet, den besonderen waldbaulichen Verhältnissen in Zeiten des Klimawandels gerecht zu werden. Die angeregte Änderung des § 23 Abs. 4 soll sicherstellen, dass

bisher nicht vorhersehbare Entwicklungen aufgegriffen werden können und der Verwaltung ein angemessenes Instrumentarium zur Verfügung steht.

IV. Unverbindlicher Vorschlag zur grundlegenden Änderung der Systematik des § 23 ThürWaldG

Der § 23 ThürWaldG ist in seiner derzeitigen Ausführung leicht missverständlich und auf den ersten Blick verwirrend. Es wird daher vorgeschlagen, die Vorschrift unter Beibehaltung aller beabsichtigten Regelungsinhalte wie folgt neu zu ordnen:

„§ 23 Wiederaufforstung

- (1) Kahlgeschlagene oder infolge Schadenseintritt unbestockte Waldflächen oder stark verlichtete Waldbestände (mit weniger als 40 vom Hundert des standörtlich möglichen Holzvorrats bestockte Waldflächen) sind innerhalb von sechs Jahren wieder aufzuforsten. Die Wiederaufforstung ist mit standortgerechten Baumarten, die die Erreichung der für die betreffende Fläche vorgeschriebenen Bestandeszieltypen gewährleisten, vorzunehmen.
- (2) Bei flächendeckender Naturverjüngung mit einer standort- und klimafolgengerechten Baumartenzusammensetzung innerhalb der sechs Jahre entfällt die Pflicht zur Wiederaufforstung.
- (3) Die Kulturen und Verjüngungen sind rechtzeitig und sachgemäß nachzubessern oder zu ergänzen, zu schützen und zu pflegen. Schalenwild im Umfeld von Kalamitätsflächen ist wirksam zu reduzieren.
- (4) Über Ausnahmen von Abs. 1 und 2 entscheidet auf Antrag die untere Forstbehörde, soweit die Verlichtung mit einem Schadereignis in Verbindung steht und waldbauliche Erwägungen dies rechtfertigen. Im Falle ungenehmigter Kahlschläge oder Vorratsabsenkungen im Sinne des § 24 ThürWaldG kann die untere Forstbehörde kürzere Fristen nach Abs. 1 und 2 festsetzen.

Begründung:

Diese Fassung dient der klaren Strukturierung der Vorschrift anhand der thematischen Ordnung der Regelungsinhalte:

In Abs. 1 wird die grundsätzliche Pflicht zur Wiederaufforstung geregelt mit deren Voraussetzungen, Frist und Bedingungen zur Umsetzung.

Abs. 2 regelt einen Tatbestand der Befreiung von der Wiederaufforstungspflicht. Es müssen folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein:

- Naturverjüngung,
- flächendeckend,
- Baumartenzusammensetzung,
- sechs Jahre.

Bei Fehlen einer Voraussetzung greift die Pflicht zur Wiederaufforstung nach Abs. 1. In der Gesetzesbegründung sollte erwähnt werden, dass sich die Flächendeckung entsprechend der Regelung des § 24 Abs. 1 ThürWaldG an der in den Waldbauvorschriften der Landesforstanstalt für eine künstlich anzulegende Kultur geforderten baumartenbezogenen Pflanzenzahl zu orientieren hat.

Abs. 3 regelt Verhaltensgrundsätze unabhängig davon, ob Naturverjüngung vorliegt oder eine



Wiederaufforstung vorgenommen werden muss.

Abs. 4 regelt die Ermächtigung der Unteren Forstbehörde zu Reaktionen auf gesellschaftliche und umweltbedingte Maßgaben sowie aus Gründen der Verhältnismäßigkeit. Zudem wird mit der vorgenommenen Differenzierung die Haltung der Verwaltung zu genehmigten/genehmigungsfreien Kahlschlag, ungenehmigtem Kahlschlag und Schadereignis verdeutlicht.

Mit freundlichen Grüßen

DER BEAUFTRAGTE
der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung in Thüringen
Evangelisches Büro Thüringen
Augustinerstraße 10
99084 Erfurt

KATHOLISCHES BÜRO ERFURT
Kommissariat der Bischöfe
in Thüringen
Herrmannsplatz 9
99084 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
22.08.2019 10:20

18459/2019

Evangelisches Büro Thüringen, Augustinerstraße 10, 99084 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Erfurt, 22. August 2019

Ihr Zeichen: Drs. 6/6963.

Betreff: Anhörungsverfahren zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes (Drs. 6/6963)

Sehr geehrte Ausschussmitglieder,

wir bedanken uns für die erneute Gelegenheit zur Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes in seiner derzeitigen Fassung. Bereits bei der anfänglichen Fassung des Gesetzentwurfs waren wir skeptisch, inwiefern den vorgesehenen Änderungen wirkliche Probleme zugrunde liegen und ob der Verwaltungs- und Erfüllungsaufwand zum angestrebten Nutzen in einem angemessenen Verhältnis steht, und sehen diese Vorbehalte auch weiterhin bestätigt. Wir sehen nicht, dass mit den jetzt beabsichtigten Änderungen die Rahmenbedingungen des Waldes im Freistaat zukunftsträchtig verbessert werden und die – gerade auch in den vergangenen Wochen medial aufgegriffenen – Herausforderungen im Wald angegangen werden.

Zu den Änderungen im Einzelnen nehmen wir wie folgt Stellung:
Stellungnahme zu Anlage 2 Drucksache 6/6963

1. Änderungen bei § 6 - Betreten des Waldes, sportliche Betätigung in Wäldern (Artikel 1 Nr. 1)

Durch die Änderung in § 6 Abs. 3 soll Reiten und Radfahren auf festen Wegen gestattet werden. Dies lehnen wir weiterhin ab. Eine zielgerichtete und widerspruchsfreie Entwicklung der Wegnutzung im Wald lässt sich den während des Gesetzgebungsverfahrens wechselnden Ideen nicht entnehmen. Noch dazu, wo aus unserer Sicht bereits der Ansatzpunkt, dass zu wenig Reitwege ausgewiesen seien, nicht beobachtbar ist. Wir empfehlen daher die Beibehaltung der bisherigen Situation. Soweit Probleme bei der Ausweisung von Reitwegen bestehen, sind diese innerhalb des geltenden Systems anzugehen.

2. Änderungen bei § 17 – Vorkaufsrecht (Artikel 1 Nr. 3)

Die beabsichtigte Regelung des erweiterten Vorkaufsrechts für die Thüringer Landesgesellschaft in § 17 lehnen wir weiterhin ab. Die im bisherigen Gesetzgebungsverfahren aufgetauchten diversen rechtlichen Probleme sollen nun in einer Verordnung geklärt werden – ungewiss ist, ob die Lösung der tiefgreifenden Vorbehalte rechtssicher möglich ist. Schließlich, angesichts des ausufernden Verwaltungsverfahrens durch Beteiligung mehrerer Behörden sowie die Erschwernis im Umgang mit dem Eigentum, raten wir dringend zur Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

3. Änderung § 24 (Artikel 1 Nr. 5 Buchstabe b)

Die Baumartenwahl zählt zu den ureigenen Entscheidungen des Waldeigentümers auch im Sinne des Bundeswaldgesetzes. Die Vorgabe „...sind geeignete Baumarten in ausreichender Dichte vor allem in reine Fichtenwälder...einzubringen.“ geht weit über die Sozialpflichtigkeit hinaus, zumal in höheren Lagen Thüringens die Fichte zu einer heimischen und autochthonen Baumart gehört. Diese Formulierung kann maximal in eine Soll-Bestimmung geändert werden, wenn der Waldbesitzer Fördermittel in Anspruch nehmen will. Das Weitere wird in den Förderrichtlinien ohnehin geregelt (ELER und GAK). Ein Gesetz dagegen sollte angemessen abstrakt sein.

4. Änderungen bei § 27 Förderung der Forstwirtschaft (Artikel 1 Nr. 6 Buchstabe c) und Abschaffung von § 29 - Beihilfen bei Waldbrandschäden

Hinsichtlich der Regelungen zu Waldbrandschäden kritisieren wir, dass der ausdrückliche, konkrete Anspruch auf Unterstützung nach dem bisherigen § 29 abgeschafft werden soll. Unverständlich bleibt, warum der in der Begründung lapidar angegebene Anlass – der Klimawandel und die Verantwortung des Eigentümers zur Vorsorge – die Abschaffung der Unterstützung notwendig machen. Es wäre verblüffend, wenn eine Regelung abgeschafft wird, weil sie künftig größere Bedeutung erlangt. Wir fordern deshalb weiterhin, dass § 29 nicht aufgehoben wird. Es geht um eine effektive und nachhaltige Sicherung der Waldfunktionen, indem der Eigentümer entsprechend den Grenzen und Maßgaben in § 29 unterstützt wird. Die neue Regelung gemäß § 27 Absatz 3 Satz 2 c) Nummer 14 reicht nicht aus. Insbesondere Feuerwehreinätze und die kostenintensive Nachsorge bei Feuern würden damit ausschließlich bei dem Waldeigentümer verbleiben, der für die Ursache (in der Regel) nicht verantwortlich ist.

Anstelle des Anspruchs in § 29 ist eine Fördermöglichkeit nach § 27 vorgesehen, die nur noch die Schadensbeseitigung und nicht (wie bisher § 29) auch die Wiederherstellung umfassen soll. Bereits diese Einschränkung des Umfangs und kategoriale Verschiebung von direktem Anspruch zur Fördermöglichkeit ist zu kritisieren.

5. Änderung in § 33 - Verkauf von Kommunalwald (Artikel 1 Nr. 8 Absatz 2)

Die Änderung erweckt den Anschein, als sei Körperschaftswald nur Wald im Eigentum der Kommunen. Dies ist ein Missverständnis. Aus der Begriffsbestimmung in § 4 Nr. 2 WaldG wird deutlich, dass es sich um sämtliche Waldgebiete handelt, die öffentlich-rechtlichen Trägern gehören und nicht im Alleineigentum des Landes, der Landesforstanstalt oder des Bundes stehen. Ausgenommen hiervon ist Wald von Religionsgemeinschaften usw. nach Bundeswaldgesetz. Entsprechend passen die beabsichtigten Genehmigungsvoraussetzungen auch nicht, da nicht nur Wald im Eigentum der Kommunen erfasst ist.

Auch bisher sind nur Waldverkäufe erlaubt, die mit dem Allgemeinwohl zu vereinbaren sind. Das beabsichtigte globale Verbot des Verkaufs zur Haushaltskonsolidierung „versteinert“ die kommunalen Waldbestände, wobei nicht erkennbar ist, warum die Eigentumsform „Wald“ gegenüber anderen Eigentumsformen privilegiert wird. Auch wird eine Kommune in der Situation der Haushaltskonsolidierung hierdurch gezwungen, an einem ggf. unwirtschaftlichen Waldgrundstück festzuhalten. Selbstredend werden hierdurch auch nicht die Gründe, aus denen die Haushaltskonsolidierung notwendig wurde, behoben, sondern nur ein Lösungsweg verbaut. Die einseitige Bevorzugung einzelner Kaufinteressenten wie der Stiftung Thüringer Naturschutz ist ein weiterer gesetzgeberischer Eingriff in einen bisher funktionierenden Markt. Insgesamt sollte § 33 Abs. 2 daher mit seinem bewährten Programm nicht verändert werden.

Allenfalls könnte der Wert der Haushaltskonsolidierung bei der Interessenabwägung mit dem Allgemeinwohl eingeordnet werden, etwa durch Anfügung des folgenden letzten Satzes an den derzeitigen § 33 Abs. 2: „Das Interesse an einer Haushaltskonsolidierung überwiegt regelmäßig nicht die Interessen des Allgemeinwohls.“

Als Anfrage wäre zu klären, ob dieser Verkauf auch dem Vorkaufsrecht nach § 17 unterliegt?

6. Ergebnis

Im öffentlichen Stellungnahmeverfahren wurden schließlich auch noch Vorbehalte gegenüber den beabsichtigten Änderungen zur Waldgenossenschaft geäußert. Wir sehen deshalb bei den von uns angesprochenen Punkten wie auch bei vielen anderen Regelungen einen derartigen Nachbesserungsbedarf, dass wir empfehlen, die Änderungen des Waldgesetzes jetzt nicht zu beschließen.

Der Gesetzentwurf hat zwischenzeitlich an vielen Stellen eine völlig andere Zielrichtung als im ursprünglichen Gesetzentwurf erhalten. Wir empfehlen deshalb insgesamt eine nochmalige Problemanalyse, intensive Überarbeitung und profundere Klärung der offenen Fragen.

Stellungnahme zu Anlage 3 Vorlage 6/ 5532 Änderungsantrag AFD Fraktion

Siehe obige Stellungnahme zu §§ 6, 17 und 33

Stellungnahme zu Anlage 4 Vorlage 6/5663 Änderungsantrag Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

1. Änderungen bei § 6 - Betreten des Waldes, sportliche Betätigung in Wäldern (I.1.)

Durch die Änderung in § 6 Abs. 3 soll Reiten und Radfahren auf „geeigneten“ Wegen und Straßen erlaubt sein, „auf denen forstwirtschaftliche Maßnahmen nicht stattfinden“. Offen bleibt bereits, wer die „Eignung“ festlegt. Auch ist es kaum nutzerfreundlich, wenn die Gestattung des Reitens und Radfahrens davon abhängt, dass gerade keine forstwirtschaftlichen Maßnahmen stattfinden. Entfällt die Gestattung in diesem Fall für die gesamte Straße/den gesamten Weg? Auch hinsichtlich der Kutschfahrten gibt es nun im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens eine „Kehrtwende“. Sollten anfangs Kutschen auf allen Wegen und Straßen erlaubt sein, soll es nun der Erlaubnis des Wegeeigentümers bedürfen. Ein Waldweg führt aber üblicherweise durch eine Mehrzahl von Waldgrundstücken. Sollen tatsächlich alle Eigentümer gefragt werden? Woher erfährt der Veranstalter der Kutschfahrten, welche Eigentümer zu befragen sind? Und kann der Wegeeigentümer tatsächlich aus freien Stücken die Erlaubnis versagen bzw. solange versagen, bis ihm das gewünschte Nutzungsentgelt angeboten wird? Bei der Erlaubnisfiktion im letzten Satz stellt sich die Frage, wie lange die Nutzung der ehemaligen Reitwege als erlaubt gilt (der Wegeeigentümer hat freilich in der Regel nicht die Erlaubnis für das vorhandene Reitwegenetz erteilt): Bis der erste Wegeeigentümer ausdrücklich die Nutzung untersagt?

2. Änderungen bei § 17 – Vorkaufsrecht (I.2.)

Mit der beabsichtigten Regelung des Vorkaufsrechts in § 17 würden die waldbesitzenden Kirchengemeinden sowie andere Körperschaften öffentlichen Rechts verfassungswidrig benachteiligt. In Thüringen gibt es in beiden Kirchen insgesamt mehr als 400 waldbesitzende Kirchengemeinden und Pfarreien mit einer durchschnittlichen Waldgröße von ca. 6 Hektar und insgesamt ca. 6300 Hektar Wald. Für den evangelischen Bereich gelten Leitlinien der Evangelischen Kirche nach ökologischen und ökonomischen Aspekten und mit sozialer Verantwortung im ländlichen Raum bei der nachhaltigen Bewirtschaftung unter besonderer Berücksichtigung des Naturschutzes. Im katholischen Bereich wird ähnlich verfahren.

Die Kirchengemeinden sind in der Rechtsform der Körperschaft des öffentlichen Rechts organisiert und allein aufgrund dieser Rechtsform keine forstwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne des Einkommenssteuerrechts. Ein tatsächlicher forstwirtschaftlicher Unterschied liegt dieser steuerrechtlichen Unterscheidung aber nicht zugrunde, sodass der Ausschluss aus dem Kreis der potentiell Vorkaufsberechtigten nicht aus sachgemäßen Gründen erfolgt und dem Gleichbehandlungsgrundsatz widerspricht. Die öffentlich-rechtlichen Körperschaften dürfen also nicht aus dem Berechtigtenkreis des Vorkaufsrechts ausgeschlossen werden.

Auch europarechtlich sind weiterhin Bedenken anzumelden, da Unternehmen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten kaum forstwirtschaftliche Unternehmen nach dem [deutschen] Einkommensteuerrecht sind. Die Ausdehnung des Berechtigtenkreises von „regional ansässigen Unternehmen“ auf deutsche forstwirtschaftliche Unternehmen wird also immer noch eine unzulässige Privilegierung darstellen. Allein eine völlige Öffnung des Berechtigtenkreises – d. h. es entfallen jegliche Aussagen zu den Nutznießern des Vorkaufsrechts – könnte somit im Ergebnis diese Flanke des Gesetzentwurfs absichern. Da hierdurch die wesentliche Intention der beabsichtigten Änderung von § 17 entfällt, raten wir, § 17 vollständig unverändert zu lassen.

Denn durch das nun in § 17 beabsichtigte Verfahren wird der Waldverkauf unverhältnismäßig bürokratisiert und im Ergebnis verteuert. Die Kosten des Verfahrens fallen dem Landeshaushalt oder sogar den Veräußerern und Erwerbern des Waldes zur Last. Diese Kosten sollten nicht unterschätzt werden, müsste doch die Landgesellschaft laufend neu hinzukommende, verstreut liegende Waldstücke für bis zu sechs Jahre in ihre Bewirtschaftung aufnehmen. Beim Wald besteht eine andere Situation als bei Ackerland, das einfacher und auch kurzfristig verpachtet werden kann. Ob die häufigen Eigentümerwechsel dem Zustand des betroffenen Waldstücks dienen, kann bezweifelt werden.

Dies alles soll unter der Maßgabe eines noch zu erstellenden „Leitbildes“ geschehen. Es ist fraglich, ob die Maßgaben für die Erstellung des Leitbildes den vorgesehenen tiefen Eingriff in das Marktgeschehen rechtfertigen können.

Alles in allem sehen wir weiterhin nicht, dass der beabsichtigten Regelung lösungsbedürftige Probleme zugrunde liegen und auch gelöst werden. Verfassungsrechtliche und europarechtliche Hindernisse stehen der vorgesehenen Privilegierung gegenüber. Schließlich angesichts des ausufernden Verwaltungsverfahrens in mehreren Behörden, raten wir dringend zur Beibehaltung der derzeitigen Regelung.

3. Änderung von § 23 (I.3. Buchstabe b) cc))

Diese Änderung ist ersatzlos zu streichen. Aus forstwissenschaftlicher Sicht können sich regelmäßig nur die Baumarten natürlich verjüngen, deren Samen den Boden auf natürlichem Wege erreichen können. Ob die zur Verjüngung bereits vorhandenen alten Bäume klimafolgengerecht sind, wäre ein sehr spekulativer Blick in die Zukunft. Schalenwild „ist“ zu reduzieren widerspricht dem Jagdgesetz, da alle kleinen Eigentümer (unter 75 Hektar) in Pflicht-Jagdgenossenschaften organisiert sind und keinen unmittelbaren Einfluss auf die Reduktion von Schalenwild ausüben können. Die Mehrzahl der kirchlichen Eigentümer ist davon betroffen.

4. Änderung § 24 Absatz 1 (I.4. Buchstabe b))

Satz zwei und drei sind ersatzlos zu streichen. Einem anderen Eigentümer kann nicht vorgeschrieben werden, sich an Waldbauvorschriften des Staatswaldes zu halten. Nachweislich waren es gerade Privatwaldbesitzer in der Forstgeschichte, die nachhaltig arbeiteten und ökologisch neue Waldbaumethoden anwendeten. Gleiches gilt für die pauschale Festlegung, Laubbaumanteile zu erhöhen. Die Bundeswaldinventur zeigt hier eindeutige Erfolge ohne gesetzlichen Zwang.

5. Änderung § 28 Absatz 2 (I.6.)

Die Ablehnung der Beförderung durch die Forstanstalt ist einseitig. Dann darf auch der Zwang zur Beförderung von Körperschaftswald nicht mehr bestehen bleiben. Jetzt gilt: Beförderung oder Eigenanstellung. Eine kleine Kommune oder kleine waldbesitzende Körperschaft mit Splitterbesitz muss auch die Beförderung ablehnen können. Die Pflicht zur Beförderung durch forstliches Fachpersonal sollte gelten, aber nicht in Anstellung (Consulter z.B. auch).

6. Neufassung § 33 Absatz 2 (I.8.)

Siehe dazu weiter oben Stellungnahme zu § 33. Die Regelung wird abgelehnt.

Stellungnahme zu Anlage 4 Vorlage 6/5773 Änderungsantrag zum Änderungsantrag Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Beibehaltung des § 29 wird begrüßt.

Stellungnahme zu Anlage 6 Vorlage 6/5716 zu Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Da bereits, wie in der Begründung formuliert, viele Waldgebiete als Schutzgebiete die Errichtung von Windenergieanlagen ausschließen, ist zur Erreichung der Klimaziele eine weitere Restriktion nicht sinnvoll. Aus unserer Sicht stellt die Errichtung von Windenergieanlagen ohnehin keine formale Änderung der Nutzungsart dar, sondern ist eine temporäre andere Nutzung der Fläche als Nichtholzboden.

Stellungnahme zu Anlage 7 Vorlage 6/5801 zu Änderungsantrag der Fraktion der CDU

Der Änderungsantrag zu Ausgleichsaufforstungen wird begrüßt.

Stellungnahme zu den weiteren Fragen aus dem Schreiben vom 23. Juli 2019

1. Erweiterung der Wiederaufforstungspflicht auf 10 Jahre

Eine 10-jährige Frist ist forstfachlich als zu lang anzusehen, während 6 Jahre angemessen erscheinen. Die Dynamik der Wiederbewaldung besonders auf gut nährstoffversorgten Standorten sollte nicht unterschätzt werden und damit auch gewisse Ansprüche an Qualität, Baumarten und -anzahl nicht aufgegeben werden. Nach 10 Jahren wäre es nur mit erheblichen Aufwendungen und ökologisch fraglichen Methoden möglich, eine dann als nicht ausreichend bewaldete oder mit Sträuchern bewachsene Fläche noch aufzuforsten.

2. Art der Aufforstung

Fragen der Aufforstung hinsichtlich Waldumbau, Baumartenwahl usw. sind nicht im Gesetz zu regeln. Die Aufforstung erfolgt üblicherweise auf Grundlage von Empfehlungen der forstlichen Forschungs- und Versuchsanstalten, in Thüringen durch das Forstliche Forschungs- und Kompetenzzentrum (FFK) Gotha. Dieses sowie ThüringenForst beraten die anderen Waldeigentumsarten fachlich.

Mit freundlichen Grüßen

Evangelisches Büro

Katholisches Büro

Geschäftsstelle

Weidigstraße 3a
99885 Ohrdruf

Tel.: 0 36 24 - 31 38 80

Fax: 0 36 24 - 31 51 46

THÜR. LANDTAG POST
23.08.2019 08:40

18518/2019



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ohrdruf, 16.08.2019

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

vielen Dank für die Möglichkeit zur geplanten Änderung des Thüringer Waldgesetzes (ThürWaldG) Stellung zu nehmen. Hierzu möchten wir uns zunächst grundsätzlich (I) und im Einzelnen (II) äußern.

I. Grundsätzliches

Die geplante Änderung des ThürWaldG trifft unseren Verband in einer katastrophalen Lage, die für viele der 200.000 privaten Waldbesitzer in unserem Land existentiell ist. Die Situation hat sich im Vergleich zur letzten Anhörung vor drei Monaten nochmals dramatisch verschärft. Das landesweite Borkenkäfer-Monitoring hat im Juni dieses Jahres tlw. 40-fach höheren Käferbefall festgestellt, als im ohnehin bereits katastrophalen Juni 2019. Leider ist auch unsere Warnung vor einem massiven Buchensterben eingetroffen. Für dieses Jahr rechnet ThüringenForst mit mehr Schadvolumen in der Buche, als in der Fichte. Anders als bei der Fichte, bei der das Holz häufig auch mit Käfer noch stofflich (d.h. als Sägeholz) verwertbar ist, wird die Buche durch die Trockenheit überwiegend komplett entwertet. Einige unserer Laubgenossenschaften mit den vorbildlichsten Plenterwaldbetrieben, um die uns die ganze Welt beneidet, müssen mit dem Totalverlust der Arbeit von Generationen rechnen.

Unter der Führung Ihres Ausschusses hat der Thüringer Landtag am 14. Juni die einhelligen Empfehlungen des Thüringer Landesforstausschusses aufgenommen und sehr gute Entschließungsanträge zur Hilfe für den Wald verabschiedet. Der Ministerpräsident hat dies in seiner Rede in der Haushaltsschlussberatung aufgegriffen und zugesagt, dass hierfür auch die Rücklagen des Landes eingesetzt werden müssen. Heute stellen wir fest, dass seitdem fast nichts geschehen ist. Wir regen daher an, dass der Landtag die Landesregierung an seine verfassungsmäßige Stellung und Berufung zur Überwachung der Exekutive (Art. 48 Abs. (2) ThürVerf) erinnert.

In dieser komplizierten Situation ist eine Änderung des ThürWaldG (mit Ausnahme der Rechtssicherheit für Waldbesitzer) für uns nicht notwendig. Er belastet unseren Verband, der zurzeit mit Arbeiten an der sich ständig ändernden äußerst komplizierten forstlichen Förderung und der Information unserer Mitglieder bis über die Belastungsgrenze hinaus beschäftigt ist. Die zahlreichen Änderungen, Nachträge, Ergänzungen und Berichtigungen machen uns die Arbeit an einer Stellungnahme zusätzlich schwer. Eine Synopse der Änderungen lag uns nicht vor. Die unübersichtliche Lage macht weiterhin deutlich, dass die verschiedenen Änderungen überwiegend nicht ausgereift sind. Durch die Aufnahme einzelner Anregungen aus der ersten Anhörungsrunde ist endgültig ein Flickenteppich entstanden.

Jahrzehntelang war das ThürWaldG Garant dessen, was gem. § 1 sein Ziel war: „Einen Ausgleich zwischen den Belangen der Allgemeinheit und den Interessen der Waldbesitzer herbeizuführen“. Im Zuge dieses Ausgleiches wurde für eine begrenzte und geregelter Öffnung des Waldes für Erholungssuchende den Waldbesitzern eine Anteilsförderung beim forstlichen Wegebau zugesichert. Für die zu 95% von Waldbesuchern verursachten Waldbrände hat man die Zusicherung staatlicher Brandbeihilfen gegeben. Für eine Vielzahl fachlicher und ökologischer Standards für die Waldbewirtschaftung, die zu den höchsten der Welt gehören, hat man im Gegenzug eine erschweringliche forstfachliche Betreuung zugesichert.

Dieses Gleichgewicht, das die Grundlage eines gesellschaftlichen Konsenses und Waldfriedens in unserem Land war, soll nun ohne Not aufgekündigt und einseitig zu Lasten der Waldbesitzer verändert werden. Die einzige Grundlinie, die wir erkennen können, ist, dass die verschiedenartigen Änderungen zu Lasten des Waldbesitzes gehen. Risiken werden privatisiert, Nutzen sozialisiert.

Manchmal erwarten die Menschen zu Unrecht einfache Antworten auf komplexe Fragen. Manchmal erwarten sie aber auch völlig zu Recht einfache und schnelle Antworten auf einfache und drängende Fragen. An beidem geht der vorliegende Änderungsentwurf vorbei. Schon jetzt gibt es kein Verständnis dafür, dass wir uns mit einer ganz überwiegend nicht benötigten Gesetzesnovelle befassen, statt mit wirksamen Maßnahmen zur Rettung des Waldes. Das „Durchziehen“ dieser Novelle bei gleichzeitigem Unterlassen der tatsächlich benötigten Hilfen wird nicht nur bei 200.000 Waldbesitzern in Thüringen massiven Unmut hervorrufen. Die Menschen in Thüringen haben eine hohe emotionale Bindung zum Wald. Und wer sich in den Vorständen unserer Waldgenossenschaften/ Forstbetriebsgemeinschaften engagiert, ist häufig auch im Gemeinderat, im Kirchenvorstand und Sportverein. Unsere Mitglieder werden nach dem Zustand des Waldes und den Antworten der Politik gefragt. Was sollen sie antworten? Wir würden als Verband gerne bessere Nachrichten aus Erfurt verbreiten, als weitere Einschränkungen der Freiheit des Waldeigentums. Wir würden gerne echte Hilfen verkünden können, statt Maßnahmen, die von unseren Mitgliedern als „zu spät, zu wenig, zu zögerlich“ beschrieben werden. Bitte helfen Sie uns dabei.

Wir weisen auch darauf hin, dass sich der Unmut nicht nur an der Wahlurne zeigen wird. Die verfassungsmäßige Ordnung gibt den Waldbesitzern spezifische Rechtspositionen, die nicht ohne weiteres hinweggewischt werden können. Das ThürWaldG war bisher Ausdruck des Gleichgewichts zwischen Privatnützigkeit und Sozialpflichtigkeit des Waldeigentums. Dass durch zahlreiche Änderungen in den Schutzbereich der Eigentums- und Berufsfreiheit eingegriffen wird, ist den Verfassern der Novelle offenkundig nicht bewusst. Das Fehlen der entsprechenden Erwägungen in den Begründungen ist bereits die Einladung, diese zu beklagen.

II. Im Einzelnen

Unmittelbarer Anlass für eine Änderung unseres insgesamt bewährten Waldgesetzes war die Wiederherstellung der Rechtssicherheit für Waldgenossenschaften. Diese Regelung ist von äußerst großer Dringlichkeit und Wichtigkeit. Sollte sich der Landtag auf keine umfassende Reform des ThürWaldG einigen können, wäre es aus unserer Sicht notwendig, wenigstens diese Änderung noch vor der Landtagswahl zu verabschieden.

Im Übrigen beinhalten die nun vorliegenden Änderungsvorschläge erhebliche Erweiterungen der Eingriffsbefugnisse der Behörden gegenüber den Besitzern des Nicht-Staatswaldes sowie weitere Einschränkungen des Privatwaldes. Wir müssen diese Änderungen daher im Sinne unserer Mitglieder entschieden ablehnen. Dies betrifft v.a. das Reiten im Wald sowie die Ausweitung des Vorkaufsrechts.

Wir weisen die Damen und Herren Abgeordnete auch insb. darauf hin, dass durch die vorgeschlagenen Änderungen die Befugnisse der Landesregierung zum Erlass von Rechtsverordnungen erheblich erweitert wird. Es ist aber nicht zu erkennen, warum sich das Parlament ohne Not dieser Befugnisse entledigen sollte. Wir lehnen die Verordnungsermächtigungen aber auch inhaltlich ab.

Zu den Änderungen im Einzelnen:

A) Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

1. Radfahren, Reiten und Kutschfahren auf Waldstraßen und Rückewegen, § 6 ThürWaldG

§ 6, Abs. (3), Satz 1 bis 4 („Reiten und Radfahren auf geeigneten Wegen“)

Das Reiten und Radfahren auf festen Wegen lehnen wir weiterhin ab. Fraglich ist insbesondere, was „für das Reiten und Radfahren geeignete ... Wege“ sind. Hier werden möglicherweise nicht Rechts- und Umsetzungsprobleme beseitigt, sondern neue geschaffen.

Wir empfehlen daher weiterhin die Beibehaltung der bisherigen Rechtslage. Soweit Probleme bei der Ausweisung und Handhabung von Reitwegen bestehen, sollten diese innerhalb des geltenden Systems angegangen werden.

§ 6, Abs. (3), Satz 5 („Kutschfahren mit Zustimmung des Waldbesitzers“)

Diese Berücksichtigung unserer Anregung wird von uns begrüßt. Sie ist Ausdruck eines positiven Zutrauens in das Subsidiaritätsprinzip. Kutschfahrer und Waldbesitzer können vor Ort am besten entscheiden, wo mit der Kutsche gefahren werden kann und wo nicht.

§ 6, Abs. (3), Satz 6 (neu) („Kutschfahren auf bisherigen Reitwegen“)

Diesen geplanten neuen Zusatz müssen wir im Auftrag unserer Mitglieder ablehnen. Grund hierfür ist, dass bei den damaligen Ausweisungsverfahren für Reitwege viele Waldbesitzer nicht ausreichend beteiligt wurden. Außerdem führen vielfach Reitwege an vorhandenen Wegeschränken vorbei. Die Waldbesitzer wären weiter gezwungen, die Wegeschränken offen zu lassen, damit Kutschen passieren können. Die Regelung würde daher die in der Begründung formulierte Behauptung und Zielstellung (dass es „zu keiner Verschlechterung für den Waldeigentümer kommt“) verfehlen.

§ 6, Abs. (9), Satz 1 („Verordnungsermächtigung, Kosten, Rettungspunkte“)

In Thüringen halten wir am Grundsatz des Einheitsforstamtes fest. Daher sollten die den Wald betreffenden Regelungen aus einer Hand, sach- und ortsnah von der unteren Forstbehörde, dem Forstamt von ThüringenForst geregelt werden. Wir fordern daher, dass ThüringenForst AöR, wie bisher, die Rettungspunkte auf der gesamten Fläche ausweist und die Kosten hierfür ersetzt bekommt. Dass die AöR diese Aufgabe auf den Staatswald beschränken möchte lehnen wir ab. Eine entsprechende klarstellende Regelung ist in Abs. (9) aufzunehmen.

2. § 17 („Vorkaufsrecht“)

Die Regelung geht weiter an den tatsächlichen Problemen der Waldeigentumsstrukturen in unserem Land vorbei. Bereits in wenigen Jahren werden die Forstbetriebe ihre Forsteinrichtungswerke neu aufstellen müssen bzw. ihre Betriebskalkulation neu durchrechnen müssen. Viele kleinere Waldbesitzer werden zu dem Ergebnis kommen, dass die noch zu erwartenden geringen Erträge die hohen Grundkosten (Sozialversicherung, Verkehrssicherung, Wegeinstandhaltung), aber auch notwendige Investitionen wie Wiederaufforstungen nicht mehr decken können. Für viele Waldbesitzer wird nur noch der Verkauf bleiben. Dies betrifft insb. auch Waldgenossenschaften, Gemeinden und Agrarbetriebe, die hierzu aufgrund von rechtlichen Vorgaben sogar verpflichtet sein könnten.

In dieser zu erwartenden Situation geht ein Vorkaufsrecht für benachbarte Betriebe ins Leere. Diese werden ja regelmäßig ähnlich schwer geschädigt sein. Das Vorkaufsrecht beinhaltet, dass der

Nachbar zu dem Preis kaufen muss, den der Investor aufgeboten hat (plus doppelte Grunderwerbssteuer!). Die Forstbetriebe befinden sich aber momentan wahrlich nicht in einer Situation, in der sie große Flächenerweiterung in Betracht ziehen können. Diese Schwäche wird von externen Investoren ausgenutzt werden.

Die mangelnde Hilfe des Landes zur Stabilisierung der Liquidität und Eigenkapitaldeckung der Forstbetriebe wird daher eine Konzentration des Waldeigentums in den Händen großer, externer Forstinvestoren zur Folge haben. Wir bitten daher dringend darum, die Ressourcen aller beteiligten Abgeordneten, Behörden, Anzuhörenden und Mitarbeiter nicht mehr mit einem zweifelhaften Vorkaufsrecht zu binden, sondern auf echte Probleme zu konzentrieren.

Wir lehnen das Vorkaufsrecht der Thüringer Landgesellschaft daher weiterhin ab und verweisen auf unsere Stellungnahme im ersten Anhörungsverfahren.

3. § 23 Wiederaufforstung

§ 23, Abs. (1), Satz 1 („Wiederaufforstungsfristen“)

Die Verlängerung der Frist zur Wiederbewaldung wird von uns begrüßt. Im Übrigen dürfte die Durchsetzung dieser Vorschrift in den kommenden Jahren ohnehin de facto suspendiert sein. Wenn ein Waldbesitzer nicht wiederaufforsten kann, weil keine Pflanzen verfügbar sind, ändert auch eine entsprechende Anordnung nichts. Verwaltungsanordnungen, die unmöglich oder mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden sind, sind unwirksam.

§ 23, Abs. (1), Satz 3 und 4 („Naturverjüngung und Schalenwild“)

Die Regelung wird von uns begrüßt, da sie den wichtigen Zusammenhang zwischen Baumartenmischung und Schalenwilddichten erkennt. Die Regelung ist jedoch lückenhaft, da sie an das Ausbleiben einer wirksamen Anpassung der Schalenwilddichten keine Konsequenzen knüpft. Daher läuft die Regelung Gefahr, auf den Rang einer reinen Deklamation ohne rechtlichen Gehalt herabzusinken.

Eine wirksame Kontrolle und lückenloser Nachweis des Zusammenhangs zwischen mangelhafter Anpassung der Schalenwilddichten und fehlender Naturverjüngung scheint ohnehin kaum möglich. Vor einem repressiven System scheint daher ein Anreiz-System vorzugswürdig. Daher sollte ebenso wie in anderen Ländern (bspw. Bayern) eine Förderung der erfolgreichen Etablierung von gemischter Naturverjüngung erfolgen. Dies setzt bei Waldbesitzer und Jägern positive Anreize für die Erreichung von Zielen.

4. § 24, neuer Absatz 1 („Staatliche verordnete Baumartenzusammensetzung“)

Wir Waldbesitzer wüssten wirklich gerne, woher der Staat genaue Kenntnis davon hat, welche Baumarten im Klimawandel bestehen werden, obwohl dies aktuell nicht einmal renommierte Forstgenetiker und Klimatologen sagen können. Das aktuelle Buchensterben aufgrund der Trockenheit führt uns mehr als deutlich vor Augen, dass unsere bisherigen Annahmen evtl. zu pauschal waren und überprüft werden müssen. Weder das Klima noch das Wachstumsverhalten von Bäumen lassen sich per Verordnung regeln.

Auch hielten wir es nicht für einen gangbaren Weg, wenn sich Zwangsanordnungen zum Waldumbau nur auf eine Auflistung der Baumarten beschränken, die verboten sind („Keine Fichte wegen Sturm, keine Lärche wegen Käfer, keine Buche wegen Trockenheit, keine Esche wegen Eschentriebsterben, keine Ulme wegen Ulmensterben, keine Eiche wegen Eichenprozessionsspinner, keine Douglasie wegen Fremdheit, kein Ahorn wegen Rußrindenkrankheit,...“).

Neben den Einwänden, die wir bereits in der ersten Anhörung vorgebracht haben, fragen wir auch, ob der Freistaat für den Ausfall der von ihm angeordneten Anpflanzungen bestimmter Baumarten bzw. der damit verbundenen Einkommensverluste die Haftung übernimmt?

Schließlich fragen wir uns auch, warum und auf welcher Grundlage den Forstbetrieben die Art und Mischung ihrer Kulturen vorgeschrieben werden soll, den Landwirten aber nicht.

Die Regelung ist weiterhin dringend um einen Absatz zur Freiwilligkeit für den Privatwald zu ergänzen.

5. § 27, Abs. 3, Satz 2, Nr. 11, („Wegpflege bei Erholungsnutzung“)

Wir begrüßen, dass mit dieser Änderung eine unserer Anregungen aufgenommen wurde.

6. §§ 27, 28 („System der Beförderung“)

§ 27 Abs. 3, S. 2, Nr. 12 („Förderung der Beförderungskosten als Fördertatbestand“)

Unser Verband hat seit dem Sieg des Bundeskartellamtes vor dem OLG Düsseldorf in Bezug auf die Bezuschussung der Beförderung immer darauf hingewiesen, dass wir ein System einer direkten Förderung brauchen. Das bisherige System mit einer indirekten Förderung über die Garantie günstiger Beförderungstarife von ThüringenForst (5. DVO zum ThürWaldG) ist reformbedürftig. ThüringenForst muss aus wettbewerbsrechtlichen Gründen seine Dienstleistungen zum sog. Vollkostensatz anbieten.

Mit den jetzt vorgeschlagenen Änderungen soll die Förderung der Beförderungskosten ein regulärer Fördertatbestand werden (§ 27 Abs. 3, S. 2, Nr. 12). Damit wird der Weg freigemacht, die 5. DVO abzuschaffen. Allerdings ist völlig unklar, was danach kommt. Aus der gesetzlich festgeschriebenen Beförderung gegen anteilige Kostenbeteiligung würde in jedem Fall eine Beförderung zu Vollkosten. Für eine Förderung dieser Kosten sollen die Waldbesitzer dann einen Förderantrag stellen. Dies geht mit einer Reihe von Nachteilen für die Waldbesitzer einher:

1. Förderung steht unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit von Haushaltsmitteln.
2. Haushaltsmittel können jederzeit umgeschichtet werden (versichert man uns aktuell wiederholt).
3. Die Höhe einer etwaigen, zukünftigen Förderung ist völlig unklar.
4. Komplexität, Frist- und Formerfordernisse des Antragsverfahren – ein falsches Kreuz gesetzt und der Antrag wird abgelehnt.
5. Direkte Förderung wäre flächenbezogen und müsste wohl GIS-gestützt erfolgen. Hierfür besteht im Forst noch kein System (das System bei WUM ist noch nicht ausgereift).
6. Die Voraussetzung der Ablehnung der Beförderung sind völlig unklar (§ 28 Abs. 2).
7. Deminimis und Publizitätsanforderungen – insb. für Agrarbetriebe ein Problem.
8. Bezugsgröße und mögliche Antragsteller völlig unklar – insb. für FBGs und real geteilte Waldgenossenschaften ein Problem (Deminimis, einzelne Anträge pro Mitglied?).

In Bezug auf den letzten Punkt sollte insb. abgewartet werden, ob und wann es der Bundesregierung und dem DFWR gelingt, in der nächsten GAP-Periode eine sog. Gruppenfreistellung für die forstwirtschaftlichen Vereinigungen zu erreichen, um eine zentrale Antragstellung für alle Mitglieder zu erreichen und die Deminimis-Problematik zu umgehen. Die wettbewerbs- und europarechtlichen Implikationen dieses Systemwechsels hat offenbar keiner der Autoren und Befürworter dieses Systemwechsels im Blick. Jedenfalls liegt uns hierzu keine Prüfung durch entsprechende Experten

vor. Daher steuert man hier grds. in die Gefahr, von einer wettbewerbswidrigen Variante in die nächste zu stolpern. Das ist eine gesetzgeberische Geisterfahrt!

Auch ist völlig unklar, was mit dem Begriff der „Beförsterung“ in dem Änderungsvorschlag gemeint ist. Welche Anforderungen sollen an die Beförsterung gestellt werden? Welche Zielstellungen sind zulässig und welche sind ausgeschlossen? Wäre bspw. auch nur Kulturpflege auf jetzt entstandenen Kahlfeldern umfasst? Kann ein Waldbesitzer auch entscheiden, die Nutzung weitgehend ruhen zu lassen und nur Waldschutz und Verkehrssicherung in Anspruch zu nehmen? Welche Qualifikationen sind im Kleinprivat ausreichend, welche im Großprivat- und Körperschaftswald?

Zu diesen o.g., für die Mehrzahl unserer Mitglieder existentiellen Fragen, hat niemand von Seiten des Landtages, des Ministeriums oder von ThüringenForst das Gespräch mit uns gesucht. Aus der amtlichen Begründung der vorgeschlagenen Änderung ist eindeutig ersichtlich, dass sich auch niemand Gedanken zu den Folgefragen gemacht hat. Sie sind auch hochkomplex und erfordern eine gründliche Vorbereitung. Es geht immerhin darum, das System der Beförsterung völlig umzustellen.

Unter diesen Bedingungen wird niemand vom Waldbesitzerverband erwarten, dass wir einer solchen Regelung zustimmen werden. Im Gegenteil: Wir werden sie im Interesse unserer Mitglieder mit allen verfügbaren Mitteln bekämpfen. Wir sind zwar grds. und schon seit Längerem für die Einführung einer direkten Förderung, aber wir werden nicht auf das funktionierende System verzichten, solange wir nicht wissen, was, wann und ob jemals ein adäquater Ersatz hierfür kommt. Aktuell sehen wir ja, wie lange es dauert, bis eine Änderung der Förderung greift oder gar eine Neugestaltung dauern kann.

§ 28 Abs. 2 („Ablehnung der Beförsterung durch ThüringenForst“)

Durch diese Änderung wird die Pflichtaufgabe der Beförsterung abgeschafft. Damit wird eine grds. Zusage der Daseinsvorsorge des Landes den Waldbesitzer gegenüber zurückgenommen. Zukünftig soll ThüringenForst (TF) die Beförsterung nur noch im Regelfall übernehmen, und nur, wenn keine gewichtigen Gründe dagegen sprechen. In der amtlichen Begründung wird dabei auf den Fall eines säumigen Waldbesitzers verwiesen, der seine Beförsterungsrechnung nicht zahlt. Hier fragen wir uns schon, was in diesem Fall durch eine Kündigung für TF erreicht wäre? TF wäre ja weiter als Forstbehörde für die Durchsetzung des ThürWaldG gegen diesen Waldbesitzer zuständig. Nötigenfalls müsste TF erforderliche Maßnahmen (bspw. Forstschutz) in Ersatzvornahme betreiben. Wenn aber schon die Beförsterungsrechnung nicht einzutreiben ist, wie will TF dann die ungleich höheren Verwaltungskosten der Ersatzvornahme eintreiben? Die Garantie der Beförsterung durch TF war in erster Linie nicht eine Zusage an den Waldbesitzer, sondern an den Wald. In § 28 Abs. (1) S. 4 heißt es: „Aus Gründen der Verpflichtung für das Gemeinwohl wie auch zur fachlichen und finanziellen Förderung der Forstwirtschaft (§27 Abs. (1)) gewährleistet das Land die staatliche Beförsterung privater und körperschaftlicher Waldbesitzer.“

Ein weiterer gewichtiger Grund, der zur Auflösung des Beförsterungsverhältnisses durch TF führen müsste, wäre ein rechtliches Verbot. Als solches liegen natürlich die festgestellten Europa- und Wettbewerbsrechtsverstöße der bisherigen Beförsterung auf der Hand. Dadurch könnte TF sich veranlasst sehen, Beförsterungsverhältnisse im Bereich ab 100 ha Betreuungsfläche aufzulösen. Anlass könnte bspw. eine Anordnung des Bundeskartellamtes oder eine Klage auf Kartellschaden seitens der Forstdienstleister sein. Auch hier drängen wir schon seit langem auf eine solide und faire Lösung. Hier jedoch zunächst nur eine „Ausstiegsklausel“ zugunsten von TF einzuführen, lehnen wir kategorisch ab. Es kann nicht sein, dass den Waldbesitzern die Betreuungszusage entzogen wird, aber im Gegenzug völlig unklar ist, was kommt. Denn natürlich wird es zu dem Zeitpunkt nicht in ausreichendem Maße forstwirtschaftliche Vereinigungen und freie Dienstleister geben. Die Waldbesitzer müssten also zu ThüringenForst zurück – diesmal jedoch zu Vollkosten. Ob dann eine etwaige Förderung dieser Kosten (vgl. den vorhergehenden Punkt) schon vorhanden sein wird, ist völlig unklar. Und ob dann die Antragsformulare schon entworfen sind, das Personal zur Bearbeitung der Anträge eingestellt (etc. etc.) oder gar Haushaltsmittel verfügbar sind, ist ebenfalls fraglich.

Auch hier kann niemand vom Verband des Privatwaldes erwarten, dass wir einer solchen Änderung, die die Zukunft des Privatwaldes in Thüringen insgesamt in Frage stellt, zustimmen können.

7. § 29 („Beibehaltung der Waldbrandregelung“)

Dass § 29 ThürWaldG nicht aufgehoben und nunmehr beibehalten werden soll, wird von uns begrüßt. Eine Abschaffung wäre in der aktuellen Situation auch nicht vermittelbar gewesen.

8. § 33 („Einschränkung des Verkaufs von Körperschaftswald“)

In Bezug auf § 33 schließt unsere Auffassung die unserer Mitglieder des kirchlichen Waldbesitzes ein:

Die Änderung erweckt den Anschein, als sei Körperschaftswald nur Wald im Eigentum der Kommunen. Von dem Veräußerungsverbot wären demnach sämtliche Körperschaften betroffen! Dies ist ein Missverständnis. Aus der Begriffsbestimmung in § 4 Nr. 2 WaldG wird aber deutlich, dass es sich um sämtliche Waldgebiete handelt, die öffentlich-rechtlichen Trägern gehören und nicht im Alleineigentum des Landes, der Landesforstanstalt oder des Bundes stehen. Ausgenommen Wald von Religionsgemeinschaften usw. nach Bundeswaldgesetz.

Entsprechend passen die Genehmigungsvoraussetzungen auch nicht, da nicht nur Wald im Eigentum der Kommunen erfasst ist. Auch bisher gab es eine Beschränkung auf mit dem Allgemeinwohl zu vereinbarende Verkäufe des Körperschaftswaldes. Die einseitige Bevorzugung einzelner Kaufinteressenten wie der Stiftung Thüringer Naturschutz ist ein weiterer gesetzgeberischer Eingriff in einen bisher funktionierenden Markt. Das globale Verbot des Verkaufs zur Haushaltskonsolidierung versteinert die kommunalen Waldbestände, wobei nicht erkennbar ist, warum dieses Eigentum gegenüber anderen Eigentumsformen privilegiert wird. Auch wird eine Kommune in der Situation der Haushaltskonsolidierung hierdurch gezwungen, an einem ggf. unwirtschaftlichen Waldgrundstück festzuhalten. Selbstredend werden hierdurch auch nicht die Gründe, aus denen die Haushaltskonsolidierung notwendig wurde, behoben, sondern nur ein Lösungsweg verbaut.

Insgesamt sollte § 33 Abs. 2 daher mit seinem bewährten Programm nicht verändert werden. Allenfalls könnte der Wert der Haushaltskonsolidierung bei der Interessenabwägung mit dem Allgemeinwohl eingeordnet werden, etwa durch Anfügung des folgenden letzten Satzes bei § 33 Abs. 2: "Das Interesse an einer Haushaltskonsolidierung überwiegt regelmäßig nicht die Interessen des Allgemeinwohls."

Als Anfrage wäre zu klären, ob dieser Verkauf auch dem Vorkaufsrecht nach § 17 unterliegt?

9. § 44 („Aufgebotsverfahren bei Waldgenossenschaften“)

Die Änderung wird von uns begrüßt.

10. § 62 („Unbeschränktes Betretungsrecht Staatsförster“)

Die Änderungen im Bereich des Betretungsrechts für den Staatsförster im Fall von großflächigen Waldschutzsituationen werden von uns begrüßt.

11. §§ 54, 54a („Grundbuchfähigkeit von Anteilen an Waldgenossenschaften“)

Es ist weiterhin so schnell wie möglich Rechtssicherheit für die Waldgenossenschaften herzustellen. Die berechtigten Fragen, die der Richter Spitzer aufgeworfen hat, sind nach unserer Prüfung durch die Ausführungen der Ministerin vom 4. Juli 2019 keineswegs hinreichend ausgeräumt. Wir regen

daher dringend an, dass – soweit möglich und noch nicht erfolgt – die Auffassung des zuständigen Senats des ThürOLG hierzu eingeholt wird. Insbesondere sind die Fragen des Richters Spitzer zum Verhältnis zwischen der Gesamthand und den Anteilen, insb. im Falle des Zuwachsens eines Anteils zu klären, um auszuschließen, dass dabei den Genossenschaften ein Nachteil entstehen könnte. Schließlich ist die Auffassung des Senats auch entscheidend dafür, dass die Regelung Bestand haben kann.

B) Änderungsantrag der CDU- Fraktion

§ 10 abs. (1) („Windkraft im Wald“)

Von diesem Änderungsvorschlag bitten wir Abstand zu nehmen. Es sollte grds. jedem Waldbesitzer überlassen sein, ob er den Weg beschreiten möchte, Windkraft in seinem Wald zu ermöglichen. Dazu ist eine Verständigung mit der weiteren Nachbarschaft unserer Erfahrung nach für einen langfristigen Erfolg unerlässlich. Es gibt Gegenden in unserem Land, da ist das erwünscht, und in anderen nicht. Diese Frage sollte im Sinne der Subsidiarität jedoch vor Ort, und nicht zentral von Erfurt aus, geregelt werden.

§ 10 Abs. (3) neuer S. 3

Die Änderung wird von uns grds. begrüßt. Wir können jedoch keine Eilbedürftigkeit erkennen. Der vorgeschlagene Regelungsgehalt sollte bei verständiger und gebotener Auslegung der bestehenden Rechtslage heute schon möglich sein. Die Forsteinrichtung hat keinerlei Rechtskraft i.S.d. § 10 ThürWaldG.

C) Änderungsantrag der AfD- Fraktion

Hierzu bitten wir zur Vermeidung von Wiederholungen auf das oben zu §§ 6, 17 und 33 Gesagte verweisen zu dürfen.

D) Anschreiben vom 23. Juli 2019 zur Drs. 6/6963

In dem Anschreiben werden uns Fragen von grds. und weitreichender waldbaulicher und rechtlicher Bedeutung gestellt. Hierzu liegen umfangreiche wissenschaftliche Daten vor. Die Situation stellt sich in Thüringen je nach Naturraum unterschiedlich dar.

Wir können noch nicht absehen, ob wir die Fragen rechtzeitig beantworten können. Wir bitten daher um Verlängerung der Frist zur Abgabe einer Stellungnahme hierzu bis zum 12. September 2019.

Im Übrigen verweise ich auf unsere umfangreichen Ergänzungsvorschläge aus der ersten Anhörung, an denen wir weiterhin festhalten.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

**Sie finden
Nachhaltigkeit
modern?**

Wir auch –
seit 300 Jahren.

**FORSTWIRTSCHAFT
IN DEUTSCHLAND**
Vorausschauend aus Tradition

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt. Die von den Beteiligten eingereichten Formblätter zur Datenerhebung nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes (ThürBeteildokG) wurden aufgrund des Wegfalls des Verfügungsgrundes gemäß § 6 Satz 2 ThürBeteildokG gelöscht.

Vereinigte Kirchen- und Klosterkammer

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum